

Wöchentlich 85 Pfg., monatlich 2,60 M.
Im voraus zahlbar. Postbezug 4,32 M.
einschl. Bestellgeld, Kustensabonnemen-
ment 6.— M. pro Monat.

Der „Vorwärts“ erscheint wochentäg-
lich zweimal, Sonntags und Montags
einmal, die Abendausgaben für Berlin
und im Handel mit dem Titel „Der
Abend“, illustrierte Beilagen „Welt
und Zeit“, „Kinderfreund“, „Früher
Unterhaltung und Wissen“, „Frauen-
stimme“, „Leserbrief“, „Bild in die
Bühnenwelt“ und „Jugend-Vorwärts“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Die einseitige Kompensations-
50 Pfennig, Restsumme 5.— Reichs-
markt, „Recht Anzeigen“ das zeitge-
weisse Wort 25 Pfennig (zwei-
seitige Drucke), eben weitere Wort
12 Pfennig, Sprechzettel das erste
Wort 15 Pfennig, eben weitere Wort
10 Pfennig, Worte über 15 Buchstaben
zahlen für zwei Worte, Arbeitsmarkt
Seite 60 Pfennig, Familienanzeigen für
Abonnenten Seite 40 Pfennig, Anzeigen-
annahme im Hauptgeschäft Linden-
straße 2, wochentägig, von 8½ bis 17 Uhr.

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Pöndhoff 202—207 Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postkonten: Berlin 37534. — Bankkonten: Bank der Arbeiter, Angestellten
und Beamten Wallstr. 65. Diskontogesellschaft, Depositentasse Lindenstr. 3

Herrmann Müller spricht.

Das Programm der neuen Reichsregierung. — Verheißungen und eine Tat: Die Todesstrafe praktisch abgeschafft!

Ein denkwürdiger Tag in der Geschichte der deutschen, der internationalen Arbeiterbewegung, zum erstenmal wieder seit den Sturmjahren 1918—20 erscheint ein Sozialdemokrat als Reichskanzler vor dem Deutschen Reichstag. Es erscheint die erste sozialdemokratisch geführte Reichsregierung unter stabilisierten, normal gewordenen Verhältnissen. Das parlamentarische System hat sich trotz alledem eingepiekt; es bringt den Führer der im Wahlkampf siegreichen großen Partei an die Verantwortung.

Die sozialdemokratisch geführte Regierung ist keine sozialdemokratische Regierung. Das Regierungsprogramm, das Herrmann Müller eine Stunde lang verliest, ist kein sozialistisches Parteiprogramm. Kann es nicht sein, denn die Sozialdemokratie hat nicht die Mehrheit. Neben den vier sozialdemokratischen Ministern sitzen Bürgerliche bis zu Curtius und Schäkel. Die Mehrheit, auf die sich die neue Regierung stützen will, reicht von Breitscheid bis zu Scholz; dem Signaturnamen des „deutschnationalen Herrn Wallraf“, 32 Seiten Kompromiß, höhnt Hugenbergs Nachtausgabe. Mag sein, doch ist kein Kompromiß dabei, wie es die Deutschnationalen mit den Dames-Gesellen, Locarno, den Richtlinien, dem Republik-
schutzgesetz geschlossen haben.

Im einzelnen ist zu erkennen, welchen Wünschen der Sozialdemokratie im Kabinett Erfüllung zugesagt ist und wo der bürgerliche Einfluß sich geltend macht. Manches ist recht vorsichtig umschrieben, da steht die Entscheidung noch aus. Aber jetzt schon die Bilanz zu ziehen, wäre verfrüht, denn zunächst handelt es sich ja nur um Ankündigungen, nicht um Taten, und nur die Taten werden entscheiden.

Die Ankündigungen sind zahlreich. Ein Kabinett, das sich soviel vornimmt, hat die Absicht, lange zu leben. Herr Curtius ist damit einverstanden, wie denkt Herr Scholz? Der letzte Reichstag stand im Zeichen des Bürgerblocks, aber der Bürgerblock ist während der verflochtenen Legislaturperiode zweimal zusammengebrochen. So schwer war die Verständigung zwischen den bürgerlichen Parteien. Jetzt aber sollen Sozialdemokraten und Bürgerliche zusammenarbeiten auf lange Sicht.

Die Sozialdemokratie ist bereit. Werden die Ankündigungen des Regierungsprogramms verwirklicht, dann wird sie die Verantwortung für ihr Wagnis vor ihren Wählern tragen können. Friedenspolitik nach außen, republikanische Politik — auch bei der Reichswehr — im Innern. Sozialer Fortschritt auf mancherlei Gebieten. Rückkehr — in welchem Tempo? — zum Achtstundentag. Für Ratifizierung von Washington, Zollsenkungen. Schärfere Kontrolle der Trusts, Kartelle ufm. Steuerentlastung bei kleinen und mittleren Einkommen. Fortdauer der Krisenfürsorge. Vereinheitlichung des Arbeitsrechts. Förderung des Wohnungsbaus im Interesse der Kinderheimstätten. Wahlreform. Vereinfachung der Verwaltung. Eine Fülle fruchtbarer Gedanken. Wenn das vier Jahre zusammenhält und wenn mit den Ankündigungen Ernst gemacht wird, dann wird die Sozialdemokratie bei den nächsten Wahlen nicht mit leeren Händen vor die Wähler treten.

Was also haben wir zu fordern? Daß Ernst gemacht wird! In diesem Programm ist offenbar nichts, was den bürgerlichen Ministern unerträglich scheint — sonst stände es ja nicht drin! Die Sozialdemokratie ist, unter Zurückstellung mancher weitergehenden Wünsche, zur loyalen Mitarbeit an der Ausführung dieses Programms bereit. Und die Massen, die zu ihr stehen, sind politisch genug geschult, um zu verstehen, daß es besser ist, einiges zu verlangen und einiges zu erreichen, als alles zu verlangen und nichts zu erreichen.

Der Reichstag soll nach dem Wunsch der Reichsregierung nicht in die Sommerferien gehen, ohne ein Stück praktische Arbeit getan zu haben. Er soll vor allem ein Amnestiegesetz verabschieden. Noch haben sich die Parteien nicht geeinigt, doch wird das hoffentlich schon heute geschehen, und der Reichsjustizminister will dabei helfen.

Indes enthält die Regierungserklärung nicht nur Ankündigungen, Wechsel auf eine nähere oder fernere Zukunft, sondern auch eine Tat. Das ist der Appell des neuen

Reichskanzlers an die Länderregierungen, keine Hinrichtungen mehr vollstrecken zu lassen. Die Entscheidung über die Todesstrafe ist damit vorweggenommen. Keine Regierung wird sich diesem Appell, den der Reichskanzler namens des neuen Kabinetts an sie gerichtet hat, entziehen können, und dem Reichstag, in dem eine Mehrheit gegen die Todesstrafe vorhanden ist, ist der Weg für sein eigenes Handeln vorgezeichnet. Am 3. Juli 1928 ist das Bild des Henkers in das Museum deutscher Altertümer gewandert. Ein kultureller Fortschritt ist vollbracht.

Gegenüber Ankündigungen sind wir skeptisch, wir registrieren die Tat. Der neuen Reichsregierung spenden wir keine Borshuplorbeeren, aber wir verhalten uns gegenüber ihrem ersten Erfolg nicht gleichgültig. Manche Regierung hat in Jahren aktienwälgender Amiszeit für den Kulturfortschritt weniger geleistet als diese sozialdemokratisch geführte Regierung in den ersten Tagen ihres Bestandes.

Der Beifall, der zum Schluß von den Bänken der Sozialdemokratie lebhafter klang als von denen der Mittelparteien, galt dem Mann. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat zu Herrmann Müller und ihren anderen Kollegen auf der Ministerbank das Vertrauen, daß sie ihre schwierige Aufgabe meistern und der gemeinsamen Sache zum Wohl des arbeitenden Volkes dienen werden. Freunde der politischen Lyrik kamen nicht auf ihre Kosten, denn der neue Reichskanzler ist ein Mann, dem es auf schöne Redensarten gar nicht ankommt, auf praktische Arbeit desto mehr. Störungsversuche der Nationalsozialisten und der Kommunisten kamen nicht auf. So war es auch im Sinne der Rückkehr zu besseren parlamentarischen Sitten ein guter Anfang.

Um 3 Uhr nachmittags sind Haus und Tribünen überfüllt. In der Diplomatenloge sitzt der russische Botschafter Kresinski, um ihn zahlreiche andere Vertreter der diplomatischen Korps. Auf der Ministerbank nimmt als erster der neue Reichskanzler, Herrmann Müller, Platz. Es folgen Groener, Hilferding und die anderen Kabinettsmitglieder mit Ausnahme des erkrankten Dr. Stresemann. Nach Erledigung einiger Formalitäten erteilt zur Verlesung der Regierungserklärung Reichstagspräsident Böbe das Wort dem

Reichskanzler Herrmann Müller:

Ich habe die Ehre, dem hohen Hause das neue Reichskabinett vorzustellen, das aus dem am 20. Mai gewählten Reichstag hervorgegangen ist. Der Wahlkampf hat der Welt bewiesen, daß das Deutsche Reich nach den schweren Nachkriegsjahren in eine Periode ruhiger und fester Entwicklung getreten ist.

Die Fundamente des neuen Staates, der deutschen Republik, stehen sicher und unerschütterlich.

Die Reichsregierung hat die Aufgabe, auf dem nun festgelegten Grunde weiterzubauen und unablässig dahin zu wirken, daß die Wunden des Krieges und der Nachkriegszeit sich immer mehr schließen und auf allen Gebieten entschlossene Reformarbeit geleistet wird. Denn nur entschiedenes Weiterarbeiten auf dem Weg des sozialen und politischen Fortschrittes entspricht dem Willen, den das deutsche Volk bei der Reichstagswahl bekundet hat. Solchem Ziele dient die Zusammenlegung der Reichsregierung. Beruht sie auch noch nicht auf koalitionsmäßiger Grundlage, so hat doch ihre Zusammensetzung die Zustimmung der in Betracht kommenden Parteien gefunden. Auf dieser Basis hat das neue Reichskabinett seine Tätigkeit aufgenommen. Es wird die kommende politische Arbeit nach dem folgenden Programm gestalten, das ich die Ehre habe, Ihnen vorzutragen:

In der auswärtigen Politik

Ist der Weg, den die Reichsregierung gehen wird klar vorgezeichnet. Die deutsche Außenpolitik verfolgt ihre Ziele in dem Willen zur friedlichen Verständigung und unter Verzicht auf den Gedanken der Rache. In dieser Grundlage werden wir festhalten. Von ihr aus werden wir das Ziel weiter verfolgen, Deutschland eine gleichberechtigte Stellung unter den Nationen zu sichern und in aufrichtiger Zusammenarbeit mit den anderen Regierungen auf die politische und wirtschaftliche Konsolidierung Europas hin-

zuwirken. Ernste und wichtige Fragen hatten der Lösung und machen es uns zur Pflicht, alle unsere Bemühungen für ihre friedliebende Regelung einzusetzen. Ich wenne zunächst die Frage der

Befreiung der noch besetzten Gebiete

am Rhein und des Saarlandes. In Übereinstimmung mit dem ganzen deutschen Volke ist die Reichsregierung von unserem wohl begründeten Anspruch auf die sofortige Befreiung dieser Gebiete überzeugt. Wir müssen jedoch feststellen, daß die Befreiungsmächte aus der politischen Entwicklung der letzten Jahre die gegebenen Schlussfolgerungen noch immer nicht gezogen haben, und daß es aus diesem Grunde bisher nicht gelungen ist, in den wechselseitigen Erörterungen über die Räumungsfrage ein praktisches Ergebnis zu erzielen. Nur noch einhalbes Jahr trennen uns von dem für die Räumung der zweiten Zone vorgesehenen letzten Vertragstermin. Wir wissen alle, daß es eines Appells an die Treue und Geduld der Bevölkerung der besetzten Gebiete selbst dann nicht bedürfen werde, wenn es notwendig wäre, bis zu den letzten Vertragsterminen auszuharren. Kame es es aber wirklich dahin, daß die Räumungsfrage einfach dem Zeitablauf überlassen bliebe, so wäre damit eine bedeutungsvolle Gelegenheit veräußert, die Politik der Verständigung in die Tat umzusetzen, obwohl alle Voraussetzungen dafür gegeben waren. Für uns ist in dieser Frage neben dem selbstverständlichen Wunsch nach freier Ausübung der deutschen Souveränität im Rheinlande und nach Befreiung der Bevölkerung von den Lasten der Besetzung vor allem der Gesichtspunkt maßgebend, daß es sich darum handelt, endlich diese noch aus der Kriegszeit datierende Schranke niederzuliegen, die der Begründung eines wirklichen Vertrauensverhältnisses zwischen den Völkern im Wege steht. Wir erwarten auf das bestimmteste, daß dieser Gesichtspunkt im gleichen Maße nunmehr auch von den an der Befreiung beteiligten fremden Regierungen gewürdigt wird. Wir erwarten auch, daß bei ihnen jeder von anderer Seite unternommene Versuch, den Sachverhalt durch das bestmögliche Hineinziehen anderer Probleme zu verwirren, vergeblich bleiben wird. Das Räumungsproblem ist einfach und klar. Es bedarf nur des guten Willens, um es zu lösen. Der treuen Bevölkerung an Rhein und Saar entbieten wir unseren herzlichsten Gruß. Die Reichsregierung ist sich der schweren wirtschaftlichen Not bewußt, die dort infolge der Besetzung einen hohen Grad erreicht hat und durch die Grenzverhältnisse noch verschärft wird. Wir werden dieser Wirtschaftsnot unsere besondere Aufmerksamkeit widmen.

Beitragung im Völkerbund

aufs engste zusammen. Wir sehen im Völkerbund einen der wichtigsten Faktoren des internationalen Lebens und damit auch der Förderung der nationalen Interessen. Wir sind entschlossen, an allen Aufgaben, die in Genuß zu lösen sind, loyal mitzuarbeiten. Von den allgemeinen Völkerbundsproblemen steht jetzt im Vordergrund unseres Interesses die Frage der allgemeinen Abrüstung.

Die Entwaffnung Deutschlands ist bis zum letzten Ende durchgeführt, und kein Staat hat so vielfach für die allgemeine Sicherheit getan wie Deutschland. Das beweisen die Beiträge von Locarno, unsere zahlreichen Schiedsverträge, die Annahme der Fakultativklausel des Völkergerichtshofs und unsere aktive Mitarbeit in dem Generalsicherheitskomitee. Deutschland ist der erste Staat gewesen, der dem neuerdings von den Vereinigten Staaten von Amerika vorgelegten allgemeinen

Pakt zur Bechtung des Krieges

ohne Vorbehalt zugestimmt hat. Wir werden auch weiterhin das Unfrige tun, um diesen großartigen Plan zu verwirklichen, der die Sicherung des Friedens auf die denkbar breiteste Grundlage stellt. Alles das gibt uns das Recht und die Pflicht, mit allem Nachdruck die Forderung zu erheben, daß jetzt endlich mit der Durchführung der allgemeinen Abrüstung Ernst gemacht und so der sehnlichste Wunsch der Völker, die durch den furchtbaren Krieg gegangen sind, erfüllt wird.

Die Welt muß sich darüber klar werden, daß es auf die Dauer ein unmöglicher Zustand ist, daß ein großes Land wie Deutschland einseitig abgerüstet sich inmitten von Ländern befindet, die bis an die Zähne bewaffnet sind.

Es wird Aufgabe der nächsten Bundessammlung im September sein, Klarheit über den Weg zu schaffen, den der Völkerbund künftig in dieser ernsten Frage gehen will.

Entwicklung in der Reparationsfrage

Es bedarf nicht des Hinweises, daß die Behandlung dieser Frage für die gesamte Wirtschafts- und Finanzlage Deutschlands auf

lange Jahre hinaus von entscheidender Bedeutung sein wird. Durch den Sachverständigenplan und die Londoner Abmachungen vom Jahre 1924 ist es gelungen, das Reparationsproblem des politischen Charakters zu entscheiden und aus ihm eine finanzielle und wirtschaftliche Frage zu machen. Seither ist die Durchführung des Sachverständigenplans reibungslos erfolgt. Deutschland hat seine Verpflichtungen regelmäßig und pünktlich erfüllt. Die Sachverständigen selbst haben ihren Plan indes nur als eine vorläufige Regelung bezeichnet und es als notwendig hingestellt, diese vorläufige Regelung durch eine endgültige zu ersetzen, sobald die Verhältnisse dies ermöglichen. Die Durchführung des Plans während eines Zeitraums von nahezu vier Jahren hat die Erkenntnis der allgemeinen Voraussetzungen für die endgültige Regelung in weitgehendem Maße gefördert. Was der Zeitpunkt für die Annahmefristen der Endlösung sich auch heute noch nicht genau überlassen lassen, so ist doch die Entwicklung weit genug fortgeschritten, um in allen beteiligten Kreisen Raum für die Überzeugung zu schaffen, daß

die baldige Herbeiführung dieser Endlösung

nicht nur wünschenswert, sondern auch möglich ist. Der Erfolg aller Bemühungen um die endgültige Regelung des Reparationsproblems wird davon abhängen, daß sie von allen beteiligten Seiten mit dem erforderlichen Maß von Weisheit angefaßt und daß dabei auf dem Wege der gegenseitigen Verständigung, nach den Methoden einer vernünftigen Wirtschaftspolitik und selbstverständlich unter Sicherung einer angemessenen Lebenshaltung des deutschen Volkes vorgegangen wird. Deutschland wird es seinerseits nicht an der lokalen Mitwirkung fehlen lassen, um eine Frage endgültig zum Abschluß zu bringen, die sowohl für die deutsche Wirtschaft als auch für die Weltwirtschaft von größter Bedeutung ist. Indem ich darauf verzichte, die sonstigen Aufgaben unserer Außenpolitik, wie sie sich aus unseren Beziehungen zu den einzelnen Ländern ergeben, besonders aufzuführen, wende ich mich nunmehr den

Fragen der Innenpolitik

zu. Ausführungen des Sachverständigenplans, Wiederaufbau der Weltwirtschaft und eigene Interessen der deutschen Volkswirtschaft fordern gleichermaßen Erleichterung und Pflege des Handelsverkehrs. Die Reparationszahlungen können nach den eigenen Worten der Sachverständigen auf die Dauer nur aus wirklichen Überschüssen der deutschen Wirtschaft geleistet werden.

Die Weltwirtschaft krankt am Protektionismus.

Die deutsche Wirtschaft bedarf zu ihrer vollen Entfaltung der Entmischung und Vertiefung ihrer weltwirtschaftlichen Beziehungen. Infolgedessen wird die Reichsregierung alle Bestrebungen zu weltwirtschaftlicher Berichtigung unterstützen und selbst ihre Kraft daran setzen, durch Pflege und Erweiterung der weltwirtschaftlichen Betätigung die deutschen Wirtschaftskräfte zu stärken. Die neue Reichsregierung nimmt die vorbehaltslos Anerkennung der Ergebnisse der Genfer Weltwirtschaftskonferenz durch die bisherige Reichsregierung auf. Sie wird zu ihrem Teil für ihre Vermittlung sorgen, sich insbesondere an den Arbeiten zur Senkung der nach dem Kriege fast überall erhöhten Zolltarife durch internationale Vereinbarungen tatkräftig beteiligen. Neben den Genfer Arbeiten, die auf Senkung der Zölle hinstreben, sind nach wie vor Handelsverträge das vornehmste Mittel zur Beseitigung von Hindernissen im Austausch der einzelnen Volkswirtschaften.

Die Erweiterung unserer handelsvertraglichen Beziehungen, insbesondere auch zu den östlich und südöstlich gelegenen Staaten, steht die Reichsregierung als eine wesentliche Aufgabe an.

Sie begrüßt es, daß die Verhandlungen mit dem samenesverwandten Österreich zu einem endgültigen und abschließenden Handelsvertrag in Wien eingeleitet haben.

Die Reichsregierung wird auch den dritten Weg handelspolitischer Betätigung einschlagen, den die Weltwirtschaftskonferenz in ihrem Streben nach Erleichterungen des Warenaustausches empfohlen hat: autonome Maßnahmen auf dem Gebiete des Zolltarifs. Sie wird daher die vom Reichswirtschaftsrat bereits begutachteten Vorschläge einer autonomen Zollsenkung für in Handelsverträgen nicht verwertbare industrielle Positionen des deutschen Zolltarifs den Gesetzgebenden Körperschaften zur Beschlußfassung vorlegen.

Wichtig für die Gestaltung der Ausfuhr sowohl, als für die Sicherung eines angemessenen Reallohnes der wertvollen inneren Markt. Zu ihrer Beeinflussung dient neben einer auf die Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit zielenden Handelspolitik vor allem auch die richtige Einstellung des Staates zu den großen in

Kartell-, Trust- und ähnlichen Formen

unter Wirtschaftskreisen beeinflussenden monopolistischen Organisationen. Die in diesen Gebilden der wirtschaftlichen Entwicklung wirkenden Kräfte sind zu fördern, die nachteiligen hingegen zu beseitigen. Dazu muß die Leitung eines Staatswesens den unbedingt nötigen Hoheitsakt und Einblick in diese Organismen erhalten, um sich ein Urteil über Art und Auswirkung ihrer Betätigung bilden und ihre Maßnahmen entsprechend einstellen zu können. Diese Möglichkeiten der Staatsgewalt zu gewährleisten, liegt auch im wohlverstandenen eigenen Interesse jener Gebilde selbst, die alsdann bei der Abgrenzung ein besseres Verständnis für ihre Maßnahmen und bei der Regierung das zu einem Zusammenarbeiten erforderliche Vertrauen finden werden. Dadurch kann die Anwendung gesetzlicher Maßnahmen gegen den Mißbrauch wirtschaftlicher Machtstellungen auf das unbedingt erforderliche Maß beschränkt werden. Für diejenigen Fälle, in denen eine solche Gemeinschaftsarbeit nicht zu erzielen ist, bedarf die bisherige gesetzliche Grundlage einer Ergänzung, die der Regierung die notwendige Kontrolle, Sicherheit und die Möglichkeit gewährt, sachverständige Feststellungen darüber zu treffen, ob die Tätigkeit dieser Gebilde dem allgemeinen wirtschaftlichen Fortschritt zu dienen geeignet ist.

Entsprechende Vorschläge einer Erweiterung der Kartell- und Monopolgesetzgebung, insbesondere nach der Richtung einer Einbeziehung der den Markt beherrschenden Großunternehmungen, werden nach ihrer Fertigstellung vorgelegt werden.

Die Feststellungen der Enquetekommission, die sich gerade mit den Gebieten, bei denen derartige Organisationen bestehen, besonders eingehend befaßt hat, werden hierfür wertvolles Material bilden. Die Bestrebungen, den inneren Vorgängen der großen Unternehmungen eine stärkere Öffentlichkeit zu geben, wie sie u. a. im Rahmen einer Reform des Aktienrechtes verfolgt werden, dienen den Gesamtinteressen der Wirtschaft und der Kapitalbeschaffung. Mit besonderer Sorgfalt verfolgt die Reichsregierung die Entwicklung der

Verhältnisse im Steinkohlenbergbau.

Die hier bestehenden Schwierigkeiten beschränken sich nicht auf Deutschland, sondern stellen ein gemeinsames Problem aller an der Steinkohlenförderung beteiligten Länder dar. Die deutsche Regierung begrüßt es, daß die hiermit zusammenhängenden Fragen vom ökonomischen Komitee des Völkerbundes einer internationalen Betrachtung unterzogen werden und wird an dieser zu ihrem Teil bereitwillig mitarbeiten.

Für das Gedeihen der Wirtschaft ist die Gestaltung der Transportverhältnisse und des öffentlichen Nachrichtenwesens von ausschlaggebender Wichtigkeit. Die Reichsregierung wird an der bisherigen Verkehrs- und Nachrichtenpolitik festhalten und bestrebt sein, durch organische Weiterentwicklung der verschiedenen Verkehrsmittel die günstigen Bedingungen zur Hebung des Absatzes zu schaffen. Die Reichsregierung ist sich bewußt, daß weite Kreise des Mittelstandes in

Handwerk, Handel und Gewerbe

sich in schmerzlicher Notlage befinden und — wie der Herr Präsident dieses hohen Hauses bei Übernahme seines Amtes kürzlich gesagt hat — „noch immer nicht eine gesunde Grundlage für ihre Existenz haben können“. Diesen mittelständischen Kreisen Schutz und Förderung angedeihen zu lassen, wie dies der Art. 164 der Reichsverfassung vorschreibt und erzieht durch die Bedürfnisse der Bevölkerung nicht gebotene Ausdehnung der Betätigung der öffentlichen Hand angemessene Grenzen zu setzen, wird sich die Reichsregierung besonders anstrengen lassen. Dem Handwerk gegenüber soll durch alsbaldige Vorlage und Verabschiedung der Handwerkerrolle das gegebene Versprechen der Regelung einiger wichtiger Organisationsfragen eingelöst werden. Den genossenschaftlichen Selbsthilfeeinrichtungen von Handwerk und Gewerbe ist tatkräftige Förderung zu verleihen. Die durch die Schaffung der Bedingungsordnung für Bauleistungen für ein beschränktes Gebiet getroffene Regelung soll unter Mitwirkung der beteiligten Kreise auf das gesamte öffentliche Vergabewesen zweckentsprechend ausgedehnt werden. Dabei sollen die mittleren und kleineren Betriebe besonders berücksichtigt werden.

Die Heranbildung eines ausreichenden Stammes an Facharbeitern

zu Qualitätsleistungen muß, insbesondere auch im Hinblick auf den Geburtenrückgang der Kriegszeit und den infolgedessen zu erwartenden Mangel an jugendlichen Arbeitskräften, durch eine umfassende Regelung der Berufsausbildung des Nachwuchses in Industrie, Handel und Handwerk Rechnung getragen werden. Ihre Durchführung ist unter gleichberechtigter Mitwirkung von Arbeitgeber und Arbeitnehmer durch die zuständigen Berufsvertretungen der Wirtschaft sicherzustellen. Diesem Zweck dient das Berufsausbildungsgesetz, das alsbald eingebracht wird. Artikel 165 der Reichsverfassung sieht die gleichberechtigte Mitwirkung der Arbeitnehmer in Wirtschafts- und Sozialpolitik vor. Seiner weiteren Verwirklichung dient der

Gesetzentwurf über den endgültigen Reichswirtschaftsrat.

der in nächster Zukunft den Reichstag beschließen wird. Eine der wichtigsten und ersten Aufgaben des endgültigen Reichswirtschaftsrats wird es sein, Vorschläge zur weiteren Ausführung des Art. 165 mit dem Ziel einer steigenden Mitbeteiligung der Arbeitnehmer an der gesamten wirtschaftlichen Entwicklung der produktiven Kräfte zu beraten.

Die Herstellung und Sicherung einer fruchtbareren Zusammenarbeit wird auf allen Gebieten, die einer solchen zuzugänglich sind, erstrebt werden. Auch im Verhältnis zu den deutschen Grenzgebieten, die infolge ihrer Lage einer Reihe besonderer Schwierigkeiten ausgesetzt sind und daher erhöhter Fürsorge bedürftig sind, muß dies geschehen. Es müssen die praktischen Folgerungen aus dem Gedanken gezogen werden, daß die Wirtschaft dieser Gebiete mit der der übrigen gelegener Landesstelle eine für alle gleich wichtige Einheit bildet; es gibt keine isolierte Wirtschaft einzelner Bezirke, sondern nur eine einheitliche deutsche Wirtschaft.

Ebenso ist es notwendig, den verschiedenen wirtschaftlichen Interessen, deren Betreuung innerhalb der Reichsregierung aus technischen und organisatorischen Gründen verschiedener Ministerien zugeordnet ist, einen angemessenen Ausgleich und eine Behandlung unter einheitlichen Gesichtspunkten zu sichern. Hierfür wird die Regierung durch Pflege einer engen Zusammenarbeit der einzelnen Regierungsstellen und durch Festhaltung einheitlicher Grundgedanken Sorge tragen.

Die Notlage weiter Kreise und Gebiete der deutschen Landwirtschaft

hält unvermindert an. Die Wiederherstellung der Rentabilität der landwirtschaftlichen Betriebe ist die Voraussetzung ihrer Erhaltung und damit der Erhaltung des deutschen Volkvolkes, dessen das Deutsche Reich im Interesse seiner Wirtschaft und eines gesunden Aufbaues des deutschen Volkes so unumgänglich bedarf. Eine dauernde Schwächung des Landes als Arbeitnehmer auf dem inneren Markt würde nicht ohne Rückwirkungen auf Industrie und Gewerbe bleiben. Ebenso würde eine verlässliche Umwandlung vom Lande, welche die notwendige Folge einer lange anhaltenden landwirtschaftlichen Krise wäre, den städtischen Arbeitsmarkt unerschütterlich belasten. Die Reichsregierung ist sich der Gefahr durchaus bewußt, daß bei Rückgang der landwirtschaftlichen Produktion unsere Ernährung im verstärkten Maße vom Auslande abhängig wird und die dann nötige vermehrte Nahrungsmittelzufuhr unsere Handelsbilanz belastet.

Zur Bekämpfung dieser Gefahren und zur Behebung der Notlage der Landwirtschaft sind zunächst alle diejenigen Mittel anzuwenden, die geeignet sind — ohne eine Belastung der Verbraucher herbeizuführen — zur Wiederherstellung der Rentabilität der Landwirtschaft beizutragen. Demgemäß sollen die Maßnahmen des Reiches zur Förderung der Bodenverbesserung und zur Hebung der technischen Grundlagen der landwirtschaftlichen Erzeugung fortgeführt werden. Die Anwendung aller modernen Mittel zur Steigerung der Erträge und rationellen Ausnutzung der natürlichen Kräfte des deutschen Bodens soll begünstigt werden. Neben die Verbesserung der Produktion muß aber treten Verbesserung der Markt- und Absatzverhältnisse für die Erzeugnisse des deutschen Acker- und Gartenbaus und der deutschen Viehwirtschaft. Besonders wird Beachtung genommen werden auf eine Ausschaltung übermäßiger Schwankungen der Vieh-, Getreide- und Kartoffelpreise, welche den Produzenten schädigen und dem Verbraucher nichts nützen. Auf der Grundlage des vom letzten Reichstag beschlossenen Hilfswerts sollen die Arbeiten zur Qualitätssteigerung, zur Standardisierung wichtiger Produkte und zur Verbesserung der Absatzorganisationen unter besonderer Berücksichtigung der Güterzeugnisse der bäuerlichen Wirtschaft fortgesetzt werden. Die Reichsregierung vertraut darauf, daß diese Bestrebungen durch die lebendigen Kräfte der Selbsthilfe in der Landwirtschaft ihre unentbehrliche Ergänzung und Unterstützung finden. Sie wird deswegen unter Bekämpfung der Zersplitterung des landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens sich die Stärkung dieser Einrichtungen der Selbsthilfe angelegen sein lassen mit dem Ziel, der Landwirtschaft einen sicheren Absatz dadurch zu schaffen, daß die Herstellung einer den Anforderungen des Verbrauchers entsprechenden guten Marktware ermöglicht wird.

Gemeinsam mit den berufenen Stellen wird die Reichsregierung die Bestrebungen unterstützen, das Zentralinstitut der Genossenschaften leistungsfähig zu erhalten und auszubauen, damit es seinen wachsenden Aufgaben nachkommen kann. Die vordringlichste Sorge bereitet die immer noch steigende

Landwirtschaftliche Verschuldung

zu Zinsfällen, die auch in besseren Zeiten nicht armirt werden können. Die Menge kurzfristiger Kredite, die in dieser Verschuldung enthalten sind, gefährdet fortgesetzt die rationelle Führung der Betriebe. Die Umwandlung dieser Kredite in langfristige Verschuldung und die Senkung der Zinsfüße aller landwirtschaftlichen Schulden wird angestrebt werden.

Die öffentlichen Abgaben und Lasten hat die Landwirtschaft in den letzten Jahren zu einem erheblichen Teil nicht aus den Erträgen der Wirtschaft bestritten, sondern durch eine Verschuldung der Betriebsubstanz gedeckt. Darüber hinaus ist die Belastung der Landwirtschaft bislang eine recht ungleichmäßige gewesen. Bei Überprüfung des öffentlichen Abgabewesens wird überlegt werden, wie weit eine Entlastung und gerechte Verteilung der Lasten erreicht werden kann. Die Reichsregierung wird die landwirtschaftliche Siedlung nachdrücklich mit dem Ziele fördern, eine gesunde Verteilung der Bevölkerung und ihrer einzelnen Gruppen zwischen Stadt und Land zu erreichen, hierbei namentlich den dünnbesiedel-

ten Grenzgebieten neue Kräfte zuzuführen und möglichst vielen ländlichen Siedlungsansatzpunkten, auch solchen, die nur geringe Anzahlungen leisten können, zu einer Siedlerstelle zu verhelfen. Sie wird im Einvernehmen mit den Ländern insbesondere auf eine Verminderung der Kosten der Siedlung beim Bodenerwerb, und bei Herstellung der Gehöfte, sowie auf eine Vereinfachung und Verebilligung des Verfahrens hinarbeiten. Der Beschaffung von Dauerkredit für die landwirtschaftliche Siedlung wird die Reichsregierung ihre besondere Sorge widmen.

Die Sozialpolitik der Nachkriegszeit

ist eins der wichtigsten Probleme unserer inneren Politik, sie ist aber auch durch die internationale Sozialpolitik beeinflusst und wirkt ihrerseits weit über die Grenzen unseres Landes hinaus. Die Reichsregierung beabsichtigt die

Ratifizierung des Washingtoner Abkommens über den Achtstundentag

und wird in den internationalen Verhandlungen an der Beseitigung der hinsichtlich der Revision dieses Abkommens zurzeit bestehenden Ungewissheit und der seiner allgemeinen Ratifizierung entgegenstehenden Hindernissen mit allen Kräften mitarbeiten. Sie wird den bereits vom Reichsrat verabschiedeten Entwurf eines Arbeitschutzgesetzes dem Reichstag alsbald vorlegen, ebenso auch den zu seiner Ergänzung erforderlichen Entwurf eines Bergarbeitsgesetzes. Die in diesen Gesetzen enthaltene Regelung der Arbeitszeit beruht auf der Grundlage des Achtstundentages, vermeidet wirtschaftliche Unmöglichkeiten und soziale Ungerechtigkeiten und entspricht dem Washingtoner Übereinkommen. Von den übrigen im Entwurf des Arbeitschutzgesetzes behandelten Gebieten verlangt besonders der sozialpolitische

Schutz der Jugendlichen

und die Regelung der Arbeitsaufsicht größte Aufmerksamkeit. Die Reichsregierung hält eine einheitliche Ausgestaltung der Behörden der Arbeitsaufsicht und ihre gleichmäßige Tätigkeit unter einer mit den erforderlichen Befugnissen ausgestatteten sachlichen Zentralbehörde auch unter Beteiligung der Arbeitnehmer im Interesse eines wirksamen Arbeitsschutzes für unerlässlich. Neben dem Arbeitsschutzgesetz wird vor allem die Neugestaltung der Seemannsordnung, des Tarifvertragsrechts und des allgemeinen Arbeitsvertragsrechts zu fördern sein, um das von der Verfassung verheißene einheitliche Arbeitsrecht baldmöglichst zum Abschluß zu bringen.

Das Gesetz über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung

vom Sommer vorigen Jahres hat die Organisation des Arbeitsmarktes auf eine neue Grundlage gestellt. Die Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung ist noch im Aufbau begriffen. Die örtlichen Arbeitsnachweise sind noch nicht eingelebter. Auf dem Lande müssen sie vielfach neu geschaffen werden. Versäumnisse von Jahrzehnten sind hier nachzuholen. Erst wenn das geschehen ist, werden sich die Wirkungen des neuen Gesetzes zuverlässig beurteilen lassen. Eine Frage, die rechtzeitig vor dem Winter geregelt werden muß, ist die Stellung der Saisonarbeiter in der Arbeitslosenversicherung, wozu die Organe der Reichsanstalt die nötigen Befugnisse haben. Sie werden den sachgemäßen Gebrauch davon machen, wie sie das in anderen nicht weniger schwierigen Fragen bereits getan haben. Die Reichsregierung wird sie nachdrücklich haben unterstützen.

Die Krisenunterstützung

ist bereits über den 1. Juli hinaus verlängert worden. Zugleich ist durch eine Reihe von Erweiterungen der Siedlung auf dem Arbeitsmarkt, die sich neuerdings bemerkbar macht, Rechnung getragen worden. Die neue Reichsregierung wird in diesem Sinne fortfahren. Ferner soll die Dauer der Krisenunterstützung für die älteren Angestellten und Arbeiter über die gegenwärtige Grenze hinaus verlängert werden. Das kann im Wege der Verordnung geschehen. Es wird weiter zu prüfen sein, ob rüchsigster Entlassung älterer Angestellter wirksam gesteuert werden kann.

Die Reichsregierung steht in der Unterstützung der Arbeitslosen nur ein letztes Hilfsmittel. Unvergleichlich wertvoller ist alles, was den Arbeitslosen zur Arbeit zurückführt. Die Reichsregierung wird diese Bestrebungen auf jede mögliche Weise fördern. Sie wird bemüht sein, dem Mangel an Arbeitskräften auf dem Lande entgegenzuwirken und sie wird ihre ganz besondere Aufmerksamkeit der großen Aufgabe widmen, in allen Zweigen der Wirtschaft einen ausreichenden, geschulten Nachwuchs an Arbeitern zu sichern. Dieser Aufgabe dient unter anderem das bereits erwähnte Berufsausbildungsgesetz. Unter diesem Gesichtspunkt werden auch alle Bestrebungen zur Umschulung von Arbeitskräften und zur Erleichterung der Freigängigkeit der Arbeiterkraft, die durch die heutigen Wohnungsverhältnisse stark behindert ist, stets die nachdrücklichste Förderung der Regierung finden. Im Rahmen der allgemeinen Sparmaßnahmen wird zu erwägen sein, wie

die Reichsversicherung einfacher, wirtschaftlicher

und infolgedessen ertragsfähiger gemacht werden kann. Dabei kommt ein Abbau der Sachleistungen oder eine Beschränkung der Selbstverwaltung nicht in Betracht. Es wird sogar zu prüfen sein, ob und inwieweit die Ersparnisse im Versicherungsbetriebe durch verstärkte Sachleistungen den Versicherten und ihren Angehörigen wieder gutgebracht werden müssen. Namentlich werden die Versicherungsträger sich noch stärker als bisher auf vorbeugende und verhütende Maßnahmen einstellen können, insbesondere auf die Bekämpfung von Volkskrankheiten und den Schutz gegen Arbeitsunfälle. Auch die

Ausdehnung der Unfallversicherung

auf noch nicht versicherte Berufsgruppen dient dieser Aufgabe. Eine Verordnung wird das Verzeichnis der Berufsgruppen, die für die Entschädigung der Arbeitsunfälle gleichstehen, auf Grund eines Gutachtens des Vorläufigen Reichswirtschaftsrates erweitern. Der Reichstag erhält sofort den schon vom Reichsrat verabschiedeten Gesetzentwurf über Ausdehnung der Unfallversicherung auf weitere Betriebe. Ob und wie eine Einbeziehung noch anderer Kreise in die Unfallversicherung erfolgen kann, soll in einer dem Reichstag vorzulegenden Denkschrift geprüft werden. Die Träger der Sozialversicherung müssen sich in den Dienst der Bevölkerungspolitik stellen, die den Schutz und die Förderung der Familie betont. In diesem Zusammenhange gewinnt die Versicherungspflichtgrenze in der Kranken- und Angestelltenversicherung eine besondere Bedeutung. Es wird daher zu erwägen sein, ob und inwieweit die Grenzen zu erweitern sind.

In der internationalen Sozialversicherung

werden die bisher mit Erfolg beschrittenen Wege fortgesetzt. In Staatsverträgen und internationalen Abkommen werden den Versicherten auch beim Gebietswechsel die Rechte aus der Versicherung gegenständig gewährt. Solche Verträge und Abkommen sind zugleich die Brücke zwischen den Versicherungen der einzelnen Länder und fördern die Rechtsangleichung. Die enge Zusammenarbeit mit dem Internationalen Arbeitsamt, die schon zu erfreulichen und bedeutsamen Ergebnissen für die deutsche wie auch die internationale Sozialpolitik geführt hat, wird fortgesetzt werden, sie verpflichtet auf der anderen Seite die Reichsregierung,

Deutschland den geführenden Platz in der internationalen Arbeitsorganisation zu sichern.

Das Los der Kriegsgeschädigten und Kriegshinterbliebenen

zu bessern entspricht dem einmütigen Empfinden des deutschen Volkes. In gleicher Weise wird die Regierung bestrebt sein, die öffentliche Wohlfahrtspflege zum Segen der Notleidenden auf das Beste auszubauen, die Rechte der Hilfsbedürftigen zu stärken und die öffentliche Fürsorge in ihrem Wesen und Wirken zu vertiefen. Sie wird auch fernerhin die gegenständlichen Einrichtungen der freien Wohlfahrtspflege fördern. Sie wird die Kleinrentnerhilfe auf eine von dem Ermessen der örtlichen Fürsorgestellen unabhängige gesetzliche Grundlage stellen.

Die Wohnungsnot

beeinträchtigt noch wie vor die Befindung unseres Volksebens. Der Erhaltung des Wohnraumes und dem Bau neuer Wohnungen wird die Regierung ihre besondere Sorge zuwenden und dabei dem Bedürfnis der unbedürftigsten und minderbemittelten wohnungslosen Volksschichten, vor allem der neu begründeten und der hinterlassenen Familien sowie der Kriegsgeschädigten und Kriegshinterbliebenen vorzugsweise Rechnung tragen. Darüber hinaus sind auch andere Maßnahmen zur Erleichterung der Notleidenden Familien zu treffen.

Bei der Schaffung neuen Wohnraumes wird sie darauf hinwirken, daß durch eine sparsame und wirtschaftliche Verwendung der Wohnungsbaumittel die Neubauten auf einer möglichst hohen Gebührengrenze gehalten werden. Einem ungerechtfertigten Ansteigen der Bodenpreise wird sie ebenso entgegenzutreten wie sonstigen unbedingten Erhöhungen. Sie wird die Bestrebungen fördern, durch rationellere Gestaltung des Bauwesens die Baukosten zu senken. Zur Bekämpfung des Wohnungsbaues sollen alle Kräfte der gemeinnützigen wie der privaten Bauwirtschaft herangezogen werden. Die Reichsregierung sieht es als eine bedeutsame Aufgabe an, ihren Einfluß auf eine möglichst wirtschaftliche Verwendung der öffentlichen Mittel zu häufen und dafür zu sorgen, daß Neubauwohnungen in erster Linie da errichtet werden, wo auf lange Sicht günstige Beschäftigungsmöglichkeiten für die arbeitende Bevölkerung bestehen. Da der Wohnungsbau als produktiv gilt, wird es ohne Bedenken sein, bei dringendem Bedarf Mittel im Wege der Anleihe aufzubringen, soweit es die allgemeinen Wirtschaftsverhältnisse und die Lage am Kapitalmarkt gestatten.

Eine fruchtbare Arbeit auf dem Gebiete der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialpolitik ist nur möglich auf dem Fundament eines festen Staatsgefüges, dessen Grundzüge unsere Weimarer Verfassung ist. Es ist die vornehmste Aufgabe der Reichsregierung, auf dieser Grundlage unser Staatswesen im demokratischen Sinne auszubauen und für die Führung und Wahrung der Republik und ihrer Symbolik einzusetzen. Sie wird die vom Reichstag beschlossene

Initiativvorlage über den Verfassungstag

unverzüglich beim Reichstag einbringen. Es ist selbstverständlich, daß sie die Verfassung gegen jeden gleichwertigen Angriff, gleichviel von welcher Seite er kommen mag, mit allen zu Gebote stehenden Mitteln schützen wird. Die Reichsregierung rechnet und vertraut hierbei auf die treue Mitarbeit der Beamtenschaft. Sie wird sich angelegen sein lassen, die Rechte der Beamten zu wahren und ihre Interessen zu fördern. Im Anschluß an die bereits vom früheren Reichstag angenommene Entschließung über eine

Höchstgrenze der Ruhegehälter

werden die Wiederherstellung einer solchen Höchstgrenze und die damit zusammenhängenden Fragen geprüft werden. Ihre besondere Aufmerksamkeit wird die Regierung einer Regelung der Rechtsverhältnisse der Minister und der Schaffung eines neuen Ruhegehaltsrechts zuwenden, in das auch die im vorigen Reichstag unverändert gebliebene Dienststrafordnung einzugliedern sein wird. Auch die Abschaffung des in Artikel 136 Absatz 3 der Weimarer Verfassung vorgesehenen Beschlages über Beamtenverordnungen wird in diesem Zusammenhang geprüft werden.

Die Notwendigkeit einer Reform des Reichs- und Staatsangehörigkeitsrechts im Sinne der vom vorigen Reichstag angenommenen Entschließung erkennt die Reichsregierung an.

Die Wahlreform

wird die Reichsregierung erneut in Angriff nehmen. Es ist bekannt, daß das geltende Wahlrecht Mängel aufweist, die zu einer Entfremdung des Bewusstseins von den Wählern und zu einer Zersplitterung des Parteiwesens führen. Es wird Aufgabe der Reform sein, das verfassungsmäßig festgelegte System der Verhältniswahl aufrechtzuerhalten, aber zugleich eine engere Beziehung des Abgeordneten zu den Wählern sicherzustellen.

Auf dem Gebiete der Schulpolitik

haben die in der Reichsverfassung vorgesehenen reichsgerichtlichen Regelungen noch der Lösung. Die Reichsregierung wird bestrebt sein, das öffentliche Schulwesen organisch und sozial auszugestalten mit dem Ziele, allen Schichten des Volkes einen gleichen Anteil am deutschen Kulturgut zu sichern. Es wird ferner ihre Aufgabe sein, die Lösung des weittragenden Problems des Reichsschulgesetzes im Sinne der Hebung und Verbesserung des hochwertigen deutschen Schulwesens anzustreben. Dabei ist die Stellung der Schule als eines der Staatshoheit unterliegenden Organismus, dessen Aufbau und Wiedergewinnung auf den Bestimmungen der Reichsverfassung beruht, das Recht der Religionsgesellschaften bezüglich des Religionsunterrichts und die verfassungsmäßig gewährleistete Gewissensfreiheit unter Berücksichtigung der Elternrechte zu wahren.

Die Pflege der körperlichen, geistigen und sittlichen Gesundheit des deutschen Volkes wird nach wie vor ernste Sorge der Reichsregierung sein. Sie wird die Einrichtungen und Maßnahmen zur Erforschung und Bekämpfung von Krankheiten, zur Herabminderung der Säuglingssterblichkeit und zur Zurückdrängung des Alkoholmißbrauches, nach Kräften fördern und sich für eine planmäßige Volkserziehung einsetzen. Ebenso wird sie ihre Aufmerksamkeit der Pflege der Selbstübungen widmen, die als Mittel zur körperlichen Erleichterung unserer Jugend erstrebenswerterweise immer mehr Boden gewinnen. Die Reichsregierung wird sich besonders angelegen sein lassen, die großen Aufgaben der Technik, Forschung, Wissenschaft und Kunst mit allen Kräften zu fördern und die Notstände auf diesen Gebieten abzustellen.

Eine wichtige Aufgabe ermächtigt der Reichsregierung in der Vertiefung der internationalen kulturellen Beziehungen. Die Reichsregierung begrüßt es, daß diese Beziehungen in Deutschland seit unserem Eintritt in den Völkerbund schon eine wesentliche Förderung erfahren haben und daß zu ihrer Pflege die deutsche Kommission für internationale geistige Zusammenarbeit vor kurzem zusammengetreten ist.

Die Wehrmacht der Deutschen Republik

wird ihre Aufgaben — Schutz der Grenzen und Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung im Innern — nur dann wirksam erfüllen können, wenn sie im Volke wurzelt und vom Vertrauen aller Bevölkerungsschichten getragen wird. Dieses Vertrauen wird sie sich am besten durch pflichttreue Arbeit und eine rein vaterländische und überparteiliche Einstellung erworben und erhalten. Der Wehrmacht dürfen ihre Aufgaben aber auch nicht unnötig erschwert werden, indem man sie in den politischen Meinungsstreit zieht. Bei allseitigem guten Willen wird und muß es gelingen, daß die Fragen der Wehrmacht nicht mehr unter Parteigegensätzen behandelt werden, daß jeder Deutsche stolz auf unsere Wehrmacht ist und in ihr nur einen Helfer und Schützer sieht.

Die Regierung, die von der Wehrmacht verlangt, daß sie eine treue und unabdingbar zuverlässige Stütze der Republik ist,

wird ihrerseits dafür sorgen, daß die Wehrmacht im Rahmen ihrer Aufgaben, der beschriebenen Beiträge und nach Maßgabe der

finanziellen Kräfte mit allen für ihre Aufgaben notwendigen Mitteln ausgestattet wird.

Das große Gesetzgebungswerk der Strafrechtsreform

hat der Reichstag in der vorigen Wahlperiode nicht mehr zum Abschluß bringen können. Durch das Ueberleitungsgebot ist dem hohen Hause die Möglichkeit gegeben, diese wichtige Aufgabe alsbald wieder in Angriff zu nehmen. Der Strafrechtsausschuß hat unter der bewährten Führung des Herrn Abgeordneten Dr. Kahl gründliche und wertvolle Vorarbeiten geleistet. Gemäß haben die Beschlüsse des Strafrechtsausschusses keine bindende Kraft; auch die Reichsregierung muß sich vorbehalten, zu den Einzelheiten dieser Beschlüsse und der Gesetzentwürfe, die nunmehr als Vorlagen an den neuen Reichstag gehen, selbständige Stellung zu nehmen.

Namentlich wird bei dieser Gelegenheit die Frage der

Beseitigung der Todesstrafe

zu entscheiden sein. Schon jetzt aber wird die Reichsregierung bei den Landesregierungen anregen, bis dahin das Begnadigungsrecht gegenüber Todesurteilen anzuwenden. In der Hoffnung, daß es gelingen wird, über manches Trennende hinweg zu einer Verständigung über die Strafrechtsreform zu gelangen, weiß ich mich mit dem hohen Hause ein. In dieser Zuversicht bekräftigt mich die Tatsache, daß dieses große Gesetzwerk zugleich berufen ist, der unauflösbaren inneren Verbundenheit des Deutschen Reichs mit seinen Brüdern in Oesterreich neuen Ausdruck zu geben. Zum erstenmal nach langer Zeit reichen sich Oesterreich und Deutschland die Hand zu gemeinsamer Gesetzgebung, die uns den ersten großen Schritt zur Rechtsgleichheit der Deutschen bringen soll.

Dem hohen Hause liegen mehrere Initiativanträge vor, die sich mit der Frage einer

Amnestie für politische Straftaten

befassen. Die Entwürfe gehen von der Erwägung aus, daß für eine Anzahl von Delikten, die in Zeiten tiefgehender politischer Erregung aus politischen Beweggründen begangen sind, und die zum Teil auf die Räte der Inflationszeit zurückzuführen sind, der Zeitpunkt für einen Verzicht des Staats auf weitere Strafverfolgung gekommen sei.

Die Reichsregierung hofft, daß sich das hohe Haus bei der bereits begonnenen Beratung der Amnestieentwürfe über Umfang, Art und Grenzen der Amnestie verständigen wird und legt in Uebereinstimmung mit dem hohen Hause besonderen Wert darauf, daß durch eine beschleunigte Behandlung der Entwürfe die gesetzgeberische Lösung der Aufgabe noch vor dem Waisensandertagen des Reichstags zum Abschluß gelangt.

In der Heranbildung eines hochgebildeten, mit Verständnis für den neuen Staat erfüllten und den gesteigerten Anforderungen des modernen Staats-, Wirtschafts- und Kulturlebens gerecht werdenden Nachwuchses an Richtern, höheren Verwaltungsbeamten und Rechtsanwältinnen erhebt die Reichsregierung eine besonders wichtige und dringende Aufgabe. Die Reichsregierung hofft in Durchführung der bereits eingeleiteten Erörterungen mit den Ländern in Zusammenarbeit mit der Festlegung eines einheitlichen, möglichst Justiz- und Verwaltungsjuristen umfassenden, dabei neuzeitlich geistigsten Ausbildungsganges zu gelangen. Damit werden zugleich die Vorbereitungen für einen weitgehenden, den Bedürfnissen der Einheit des Reichs entsprechenden Beamtenaustausch und für die Vermittlung der seit langem erstrebten Freizügigkeit der Rechtsanwaltschaft gesichert.

Auf dem Gebiete der Steuerpolitik

wird die Reichsregierung ihr Augenmerk der Frage zuwenden, inwieweit die drückende Steuerlast, die insbesondere auf den mittleren und unteren Schichten der Bevölkerung liegt, eine Erleichterung erfahren kann. Dadurch würde zugleich die Sparfähigkeit gestärkt und die Kapitalbildung im Innern gefördert werden. Die Verantwortung dieser Frage ist selbstverständlich abhängig von der weiteren Entwicklung weiterer wirtschaftlichen Verhältnisse und der Beizustellung der Lage der Reichsfinanzen. Es wird zu prüfen bleiben, ob auf dem Gebiete der Einkommensteuer unter diesen Voraussetzungen eine mögliche Senkung des Tarifs in den unteren und mittleren Stufen durchführbar erscheint. Die Prüfung ist freilich davon abhängig, daß zunächst noch die weitere Entwicklung der Gesamtwirtschaft abgewartet wird. Erst im Herbst wird die Möglichkeit sein, sich ein Urteil hierüber zu bilden.

Vordringlich erscheint die Frage, inwieweit bei den Einkommen bis zu 8000 M. sei es, daß sie dem Lohnabnehmer unterliegen, sei es, daß sie veranlagt werden, eine Erleichterung angestrebt werden soll

angeht, die Tatsache, daß das Einkommen an Lohnsteuer in den vergangenen Monaten des Rechnungsjahres betragsmäßig erreicht hat, die eine Ueberbelastung der geschäftlich festgelegten Höchstsumme erweisen lassen. Es scheint ferner geboten, nunmehr das gesetzlich angeordnete Verprechen einzulösen, den Teil der Vermögenssteuer nachzuverheben, der in Höhe von 40 Millionen Reichsmark gegenüber dem Staatsfall des Rechnungsjahres 1926 ausgefallen ist. Der Entwurf des Gesetzes zur Durchführung dieser Nachverhebung ist bereits von der vorigen Regierung dem Reichstag vorgelegt worden. Er wird nunmehr dort zu verhandeln sein und sodann dem Reichstag zugehen. Es wird durch die zweifelhafte Wahl des Zeitpunktes dieser Nachzahlung und durch die Ausgestaltung des Vollzugs, insbesondere zugunsten laienwirtschaftlicher Betriebe, dafür Sorge getragen werden, daß Härten bei der Nachzahlung vermieden werden. Besondere Aufmerksamkeit wird dem finanziellen Verhältnis zwischen Reich, Ländern und Gemeinden zuwenden sein. Für eine künftige Gestaltung des für die gesamte Finanzlage so bedeutsamen

Finanzausgleich

bildet die wichtigste Grundlage eine einheitliche Regelung des materiellen Rechts der Realsteuern und der Hauszinssteuer, die durch ein Steuerereinhaltungsgebot erreicht werden soll, dessen Entwurf bereits dem Reichstag beschickt ist. Durch ein solches Gesetz soll ein bedeutsamer Fortschritt für einen richtigen Ausgleich der gesamten steuerlichen Lasten erreicht und eine zweckmäßige Reichs- und Verwaltungsreform gefördert werden. Was

Die Finanzgebung insgesamt

anlangt, so kann nach dem bisherigen Ergebnis der abgelaufenen Monate des Rechnungsjahres erwartet werden, daß Steuern und Verwaltungsmaßnahmen, die im Haushaltsgesetz 1928 angelegten Beiträge im wesentlichen erreicht werden, wenn nicht unerwartete Veränderungen in der Wirtschaftslage eintreten. Da auf der andern Seite mit Mehreinnahmen nicht gerechnet werden kann, so ist sparsame Haushaltsführung unbedingtes Erfordernis, um jede Gefährdung des Gleichgewichts unserer Finanzen, die unter allen Umständen ausgeschlossen bleiben muß, zu vermeiden. Nach wie vor bildet die Höhe des Extraordinariums und des sich daraus ergebenden Anleihebedarfs — trotz der in dieser Beziehung in der letzten Zeit erreichten Fortschritte — einen Gegenstand erster Sorge. Auch die gegenwärtige Reichsregierung wird die Bemühungen, hier die Lage zu bessern, mit allem Nachdruck fortsetzen. Sie betrachtet es angelehnt der im nächsten Jahre steigenden Ausgaben und des Bedarfs mehrerer in diesem Jahre noch stehender Einnahmen als ihre Pflicht, alles daran zu setzen, um die Ordnung unserer Finanzen vor Rückschlägen zu sichern. Die finanzpolitischen Probleme können im übrigen nicht ohne den engen Zusammenhang betrachtet werden, in dem sie zu den Reparationsverpflichtungen Deutschlands stehen. Dies wird sorgsamste Rücksichtnahme erfordern, auch soweit es sich um die

allgemeine Wirtschaftspolitik der deutschen Gesamtwirtschaft handelt. Es ist gelungen, zu einer Regelung der Anleihepolitik zu gelangen, die in enger Fühlungnahme mit den beteiligten öffentlichen Körperschaften getroffen worden ist. Auch in Zukunft erscheinen Anleiheanfragen nur erwünscht, wenn sie wirtschaftlichen Grundfragen der Produktivität und Rentabilität entsprechen. — Die Reichsregierung stimmt mit der Landeskonferenz, und der Gesamtheit des Volkes darin überein, daß die gegenwärtige

Regelung des Verhältnisses zwischen Reich und Ländern

unbefriedigend ist und einer grundlegenden Reform bedarf. Sie acht an dieses lebenswichtige Problem in der Erkenntnis der Notwendigkeit einer starken Reichsgewalt, der Bedeutung der vielfältigen Eigenarten des deutschen Volksebens und des Erfordernisses sparsamster Finanzgebung der öffentlichen Haushalte. Sie wird bestrebt sein, eine befriedigende Lösung der Reichsreform in enger Zusammenarbeit mit den Ländern herbeizuführen. Die Schaffung eines Reichsverwaltungsgerichts wird als nächster Schritt zur Vereinfachung nachdrücklich gefördert werden. Die grundsätzliche Uebereinstimmung mit Preußen ist bereits dahin erzielt, daß das Preussische Obergericht in dem Reichsverwaltungsgericht aufgehen soll.

Die Ihnen unterbreitete Regierungserklärung des neuen Reichskabinetts zeigt Ihnen, daß wir den ernstesten und aufrichtigsten Willen haben, mit allen uns gegebenen Kräften die uns übertragene schwere Aufgabe zu lösen. Das eingehende Programm, das wir uns gesetzt haben, kann aber nur dann in die Tat umgesetzt werden, wenn die Werra der Krisen beendet und wenn die politische Lage so gesichert und fest ist, daß die ganze Kraft der Reichsregierung sich auf die Erledigung der ihr obliegenden Aufgaben konzentrieren kann. Das ist der einmütige Wunsch unseres Volkes und entspricht dem Willen des Reichskabinetts.

Die Regierung nimmt für sich die Führung auf dem Wege des Wiederaufbaus in Anspruch und vertraut darauf, daß die Mehrheit dieses hohen Hauses hinter dem Programm der Reichsregierung steht.

Die Vereinerung der Regierungserklärung durch den Reichskanzler wurde im ganzen von dem Hause mit großer Aufmerksamkeit verfolgt, zum Teil aber durch Zwischenrufe, namentlich von kommunistischer oder nationalsozialistischer Seite unterbrochen. Die Kommunisten machten zu zahlreichen Stellen der Erklärung ironische Zwischenrufe, auf die wieder mit anderen Reden aus der Mehrheit geantwortet wurde. Der Inhalt zahlreicher solcher Zwischenrufe ging zum Teil verloren. Unter den Kommunisten zeichnete sich der Abg. Torgler durch die vielen Zwischenrufe aus, doch er schied sich vom Präsidenten Lobe wegen fortwährender Störung zur Ordnung gerufen wurde. Bei der Erwähnung der Währungsreform rief ein Kommunist: Das ist ja der alte Stresemann-Kurs! Bei der Erwähnung der Fürsorge für die Hinterlassenen veranlaßte der Zwischenruf eines Kommunisten den Reichskanzler zu der Erwiderung: Haben Sie den Keim überhaupt schon gelebt?

Bei der Erwähnung der notwendigen Erweiterung der Unfallversicherung rief der Abg. Torgler: Das Kabinett sieht mich nicht hinein! In einer anderen Stelle rief der Abg. Torgler: Das ist ja allgemeiner Schmutz! Als der Reichskanzler die besondere Fürsorge für die Hinterlassenen für die hinterlassenen Familien betonte, rief Abg. Torgler: Reichskanzlerpalais! Bei dem Punkte der Studienförderung erhob aus den Reihen der Kommunisten: Was Schwimmler! Bei der Erwähnung des Nationalfeiertages wurde gefragt: Wird der Feiertag bezahlt?

Auch an einigen anderen Momenten fehlte es nicht z. B. als der Kommunist und Führer des Reichstagskämpferbundes Lohm in Erinnerung an den Wahlkampf ein Stück Seite auf den Tisch des Hauses niederte, ferner als bei der Betonung der förmlichen Erdrückung der Jugend der Sozialdemokrat rief: Wöllern! und als bei dem Hinweis über die Währungsreform die Kommunisten riefen: Hurra! Hurra! Am Schluß wurde die Regierungserklärung von dem lebhaften Beifall der Regierungsmehrheit, insbesondere der Sozialdemokratischen Partei begleitet, während die Kommunisten lärmende Jurtele machten.

Präsident Lobe schloß, nachdem der Reichskanzler seine Erklärung beendet hatte, im Einvernehmen mit dem Reichskanzler dem Hause vor, die Besprechung der Regierungserklärung am Mittwoch mittags 12 Uhr zu beginnen und damit zu verbinden die Beratung einer Anzahl von Anträgen der Kommunisten.

Das Haus schloß sich dem Vorschlage des Präsidenten an, Schluß 4 1/2 Uhr.

Die Aussprache im Reichstag.

Die Rednerliste. — Das Arbeitspensum bei der Sommerpause.

Als Redner für die Aussprache über die Regierungserklärung sind von den einzelnen Fraktionen folgende Abgeordnete bestimmt worden: Für die sozialdemokratische Fraktion die Abgeordneten Braj Westarp und Dr. Oberfahren, für die Volkspartei Dr. Scholz, für die Bayerische Volkspartei Waldt, für das Zentrum Dr. Stegerwald, für die Demokraten Dr. Haas, für die kommunistische Fraktion Emert, für die Wirtschaftspartei Dremig, für die Nationalsozialisten Straßer.

Die kommunistische Fraktion beschloß, einen Mißtrauensantrag gegen die Reichsregierung einzubringen. In parlamentarischen Kreisen rechnet man damit, daß die Regierungsparteien sich dahin einigen werden, der Regierung die Billigung des Reichstages auszusprechen.

Zwischen der Regierung und den hinter ihr stehenden Parteien des Reichstages ist eine Vereinbarung dahin getroffen worden, was der Sommerpause des Reichstages nur noch die Amnestiefrage, die Frage des Verfassungstages und die erneute Ueberprüfung des Strafrechtsgesetzes an den Strafrechtsausschuß zu erledigen. Steuerfragen sollen in der gegenwärtigen Session nicht mehr behandelt werden. Auch eine eventuelle Senkung der Lohnsteuer und der Einkommensteuer bei kleineren Einkommen wird frühestens im Herbst einbringen.

Der Rechtsausschuß konstituiert sich.

Nach Schluß der Plenarsitzung trat der Rechtsausschuß des Reichstages zusammen, um sich zu konstituieren. Zum Vorsitzenden wurde Abg. Dr. Kahl (Dsp.) gewählt; zum Stellvertreter des Vorsitzenden Abg. Landsberg (Saj.). Es wurde beschlossen, die nächste Sitzung für den Donnerstag mittags anzuberaumen, wobei die Amnestiefrage beraten werden wird.

Sozialdemokratische Reichstagsfraktion

Wahl des Fraktionsvorstandes.

Die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion trat am Dienstag nach der Vollziehung zu einer Fraktionsversammlung zusammen. An Stelle des Reichskanzlers Hermann Müller-Franken, dem der Dank der Fraktion für seine langjährige und erfolgreiche Tätigkeit als Fraktionsvorsitzender ausgesprochen wurde, wählte die Fraktion einstimmig die Abgeordneten Dr. Breitfeld, Dittmann und Wels zu geschäftsführenden Vorsitzenden.

Juristische Haarspaltereien.

Ist das Arbeitsgerichtsgesetz verfassungswidrig?

Nachdem die Arbeitsgerichte jetzt gerade ein Jahr bestehen, trat vor dem Arbeitsgericht Berlin zum ersten Male ein leidenschaftlicher Rechtsanwalt als Vertreter des Klägers auf. Darob herrschte allgemeines Staunen bei denen, die diesem Vorgang beizwohnten, denn § 11 des Arbeitsgerichtsgesetzes bestimmt ausdrücklich, daß Rechtsanwälte und Personen, welche die Prozeßvertretung geschäftsmäßig betreiben, vor den Arbeitsgerichten als Vertreter nicht auftreten dürfen.

Wie kam es nun, daß trotz dieser klaren Gesetzesbestimmung ein Rechtsanwalt vor dem Arbeitsgericht auftreten konnte? Damit hat es — wie wir von dem Vorsitzenden der betreffenden Kammer, Amtsgerichtsrat Dr. Regensburger erfahren — folgende Bewandnis?

Es kommen Fälle vor, wo ein Kläger, der fern von Berlin wohnt oder durch Krankheit oder andere wichtige Gründe an der persönlichen Vertretung seiner Klage behindert ist, vom zuständigen Richter ein Offizialvertreter bestellt wird. Mit solchen Vertretungen wurden bisher Justizbeamte des Arbeitsgerichts und Referendare, die beim Arbeitsgericht Vorbereitungsdienst tun, betraut. Ob das zulässig ist, darüber herrscht schon seit längerer Zeit Streit unter den Juristen. Amtsgerichtsrat Dr. Regensburger hält die Zulassung dieser Vertreter für unzulässig und hat sie zurückgewiesen, und zwar aus folgenden Gründen: Justizbeamte und Referendare, welche wiederholt oder gar regelmäßig vor dem Arbeitsgericht auftreten, betreiben die Vertretung geschäftsmäßig, sie gehören also auch zu den Personen, denen der § 11 des Arbeitsgerichtsgesetzes das Auftreten vor den Arbeitsgerichten untersagt.

Amtsgerichtsrat Dr. Regensburger ist aber nicht nur ein gewissenhafter Jurist, sondern auch ein sozial empfindender Mann. Nachdem er die erwähnte Zurückweisung aus formaljuristischen Gründen beschlossen hatte, schlug ihm sein soziales Gewissen, denn

er sagte sich, daß ja durch seine Stellungnahme, besonders wenn sie allgemein anerkannt werden sollte, einer Reihe von Personen die Vertretung ihrer Rechte vor dem Arbeitsgericht unmöglich gemacht werde. Er suchte und fand nach eingehendem Studium einen Weg, der seiner Meinung nach zur endgültigen Klärung der Streitfrage führen soll. Er betraute einen Rechtsanwalt mit der armenrechtlichen Vertretung eines Klägers, in der Absicht, daß dieser öffentliche Verstoß gegen § 11 des Arbeitsgerichtsgesetzes eine Beschwerde und infolgedessen eine höchstinstanzliche Entscheidung darüber herbeiführen werde, ob der § 11 des Arbeitsgerichtsgesetzes sich mit der Verfassung vereinbaren läßt. Dr. Regensburger sagt, durch die Ausschlepfung der geschäftsmäßigen Vertretung würde denen, die nicht in der Lage sind, selbst ihre Sache zu führen oder sich durch Bekannte oder Gewerkschaftsangehörige vertreten zu lassen, der Weg zum Richter abgeschnitten. Es stehe zwar nicht in der Verfassung, aber im § 277 des Berliner Friedensvertrages, daß den Angehörigen der alliierten und assoziierten Mächte freier Zutritt zum Richter offen steht. Ein Recht, das den Angehörigen fremder Mächte zusteht, dürfe den Bürgern des Deutschen Reiches nicht vorenthalten werden. Das tue aber der § 11 des Arbeitsgerichtsgesetzes, also sei er verfassungswidrig.

Das sind juristische Tüfteleien, an denen gelehrte Juristen ihre Freude haben mögen. Jeder andere wird sich sagen, es wäre wirklich nicht nötig gewesen, diese Streitfrage aufzurollen, denn der Sinn des § 11 des Arbeitsgerichtsgesetzes ist doch der, daß nur Rechtsanwälte und Rechtskonsulenten vom Arbeitsgericht ferngehalten werden sollten. Ueber die gelegentliche, nur sehr selten vorkommende Vertretung durch Referendare oder Justizbeamte braucht man sich nicht zu streiten, denn sie hat kaum eine praktische Bedeutung und widerspricht dem Sinne des Gesetzes nicht.

Der Vertreter des Preussischen Justizministeriums, der sich ebenfalls an der Aussprache beteiligte, erklärte, daß auch die Justizverwaltung und der Preussische Justizminister die Meinung von der zu niedrigen bestattungsmäßigen Bewertung der Justizwachmeister teilen und daß sie alles getan hätten, um eine bessere Eingruppierung zu erlangen. Am zweiten Verhandlungstage wurden nach einem Referat des Landgerichtsdirektors Siegert über den Sicherheitsdienst der Justizwachmeister die Anträge erledigt. Am dritten Verhandlungstage wurden in interner Sitzung organisatorische Fragen verhandelt. Die dann vorgenommene Neuwahl des Vorstandes ergab die einstimmige Wiederwahl des bisherigen Vorstandes.

Zum Konflikt der Kanalschiffer. Die Christen springen den Unternehmern bei.

In der neuen Tarifbewegung auf dem Dortmund-Ems-Rhein-Hannover-Kanal sollen, soweit wir unterrichtet sind, die Christen in der sogenannten Wasserstraßengewerkschaft für ihre Kanalschiffergruppe einen Tarifvertrag bereits abgeschlossen haben. Es ist das ansehend derselbe Tarifvertrag, den die Arbeiter im vorigen Jahr mit Streit abgewehrt haben. Das Vorgehen der christlichen Organisation ist weiter nicht verwunderlich, wenn man sich vergegenwärtigt, daß die 27 Mann ihrer Kanalschiffergruppe in der Hauptsache Leute sind, die im vorigen Jahre als Streikbrecher eine wenig rühmliche Rolle gespielt haben. Wenn die Unternehmer versuchen sollten, diese Arbeitergruppe von ganzen 27 Mann — bei einer Gesamtzahl von 1400 — zu den Verhandlungen hinzuzuziehen, oder wenn sie auf den Gedanken verfallen sollten, den Vertrag der Christen den Arbeitern aufzujagen zu wollen, dann können sie sich auf etwas gefaßt machen. Sie werden dann über Nacht eine Abwehrbewegung hervorrufen, die an Schärfe hinter dem vorjährigen Kanalschifferstreik nicht zurückbleiben wird.

Neue Verhandlungen in der Rheinschiffabri. Rotterdam, 2. Juli.

Im Arbeitskonflikt in der holländischen Rheinschiffabri ist auf Anregung des ständigen Schlichters zwischen den beiden Parteien ein vorläufiger Status quo bis zum kommenden Sonnabend vereinbart worden. In der Zwischenzeit sollen die Vertreter beider Parteien zu erneuten Verhandlungen zusammentreten.

Der Konflikt in der sächsischen Textilindustrie. Schiedspruch von den Unternehmern angenommen.

Dresden, 3. Juli.
Wie der Verband der Arbeitgeber in der sächsischen Textilindustrie mitteilt, haben die Unternehmer den Schiedspruch über die Verlängerung des Mehrarbeitszeitabkommens in der mittleren und westsächsischen Textilindustrie angenommen. Da der Schiedspruch von den Arbeitern bekanntlich abgelehnt worden ist, werden die Unternehmer die Verbindlichkeitsklärung des Schiedspruches beantragen.

Streik der polnischen Flugzeugführer. Der polnische Flugverkehr stillgelegt.

Warschau, 3. Juli.
Infolge Gehaltsdifferenzen mit der polnischen Luftverkehrsgesellschaft haben die polnischen Piloten am Dienstag vormittag um 10 Uhr einen dreitägigen Streik ausgerufen. Damit ist der gesamte Luftverkehr in Polen stillgelegt worden. Die Piloten hatten statt einer 3proz. Gehaltssteigerung nur eine 2proz. Gehaltssteigerung erhalten.

Die griechischen Häfen stillgelegt. London, 3. Juli.

Wie aus Athen gemeldet wird, sind alle griechischen Schiffe im Bräun infolge der unerwarteten Ausrufung eines Feuertreits der Heizer und Ingenieure am Auslaufen verhindert. Die Seemanns- und Heizer-Union hat den Generalstreik erklärt und alle Schiffsarbeiten sind eingestellt.

Der seit mehreren Wochen andauernde Streik der Klempner im Groß-Hamburger Gebiet ist am Mittwoch auf Grund eines für verbindlich erklärten Schiedspruches, der eine Erhöhung der Spigenlöhne um 8 Pf. pro Stunde bis zum 30. November d. J. und von weiteren 3 Pf. bis zum 31. Mai 1929 gewährt, beendet worden.

Ein Buch über Organisation und internationale Vertretung der Landarbeiter wurde vom Internationalen Arbeitsamt veröffentlicht. Es behandelt vor allem die Beteiligung der Landarbeiter an der Internationalen Arbeitsorganisation, namentlich ihre Vertretung auf den Internationalen Arbeitskonferenzen und in dem Beirat für Landwirtschaft, der vom Arbeitsamt und dem Internationalen Landwirtschaftsinstitut eingesetzt wurde. Ebenfalls gibt es einen Uebersicht über den Stand der Landarbeiterorganisationen in 28 Ländern.

Freie Gewerkschafts-Jugend Groß-Berlin

Deute, Mittwoch, 19½ Uhr, tagen folgende Gruppen: Baumhakenweg: Gruppenheim Jugendheim Ernststraße 16, Heimbesprechung. Verbandsorganisation: „Schule und Religion.“ Verbandsbuchkontrolle. — Gärten, Schwefel: Gruppenheim Stadt Jugendheim Jochstr. 11 (Fabrikgebäude), Heimbesprechung. Punter Abend. Nur mit Verbandsbuch und Heimausweis Zutritt. — Reutlingen: Gruppenheim Jugendheim Bergstr. 29 (Kof.), Heimbesprechung. Zister- und Freizeitspiele. Ohne Verbandsbuch und Heimausweis kein Zutritt. — Meiners: Gruppenheim Meinerser, Parkstr. 36, Heimbesprechung. Lieberabend. Verbandsbucher und Heimausweis mitbringen. Lieberabend und Musikinstrumente nicht vergessen. — Centrum: Gruppenheim Jugendheim Schöndorfer Str. 14-15, Heimbesprechung. Ohne Verbandsbuch und Heimausweis kein Zutritt. — Katernheider Str. 18, Heimbesprechung. — Große Wiese in Schillerpark. — Dittes: Spiel und Tanz auf dem Sportplatz Friedrichshagen.

Jugendgruppe des Zentralverbandes der Angestellten

Deute 19½ Uhr sind folgende Veranstaltungen: Diers: Jugendheim der Schöne Aussicht Str. 18, Heimbesprechung. Kucheltisch lesen wie aus „Amerika.“ von W. Hoffmann. — Steglitz: Jugendheim der Schöne Aussicht Str. 18, Heimbesprechung. — Wedding-Gesellschaft: Jugendheim Schöne Aussicht Str. 18, Heimbesprechung. — Reutlingen: Jugendheim Schöne Aussicht Str. 18, Heimbesprechung. — Katernheider Str. 18, Heimbesprechung. — Katernheider Str. 18, Heimbesprechung. — Katernheider Str. 18, Heimbesprechung.

Beamtentum für Vollzeit: Dieter Schiff; Straßburg: G. Klingebier; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner; Kucheltisch: Dr. Joh. Schütz; Kucheltisch und Schach: Frau Karstadt; Kucheltisch: H. Gier, ähnlich in Berlin. Verlag: Fortwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin, Prud. Gewerkschafts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Gieseler u. Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 2. Straßburg 2, Schillerstr. und „Unterhaltung und Wissen“.

Maizena-Flammerl mit Erdbeeren

2 Pfd. Garten-Erdbeeren werden mit etwas Zucker und wenig kaltem Wasser, in das man 1 Teelöffel Maizena auflöst, leicht aufgekocht. 120 Gr. „Maizena“ wird in kalter Milch gelöst und mit Zucker und Vanille durchgekocht. Dann mischt man die Maizena-Masse mit dem Erdbeeren, von denen vorher die Sauce abgeseiht wird, läßt die Speise in ausgespülter Form erkalten und serviert mit der Erdbeer-Sauce.

Die Lage im Bäckerstreik. Entschwundene Hoffnungen der Brotfabrikanten.

Trotz aller Anstrengungen der Unternehmer, Bewirung in die Reihen der Streikenden zu tragen, hat sich die Streiklage nicht wesentlich verändert. Die Streikversammlung am Dienstag hat zu einem angeblichen Angebot der Firma Wittler Stellung genommen. Wittler hatte die Schlichterführer zusammengerufen und ihnen erklärt, daß er die angebotene Zulage von drei Mark bereits von dem Tage an zahlen wolle, an dem der Schlichtungsausschuß den von den Unternehmern abgelehnten Schiedspruch fällte. Die Streikenden haben der Firma darauf erklärt, daß dies kein neues Angebot sei. Eine Verständigung sei nur möglich, wenn die Firma den Spruch des Schlichtungsausschusses in seiner vollen Höhe anerkennen wolle. Die Abstimmung über dieses „Angebot“ der Firma ergab seine einstimmige Ablehnung.

Die Brotfabrikanten versuchen nun mit aller Gewalt ihre Betriebe mit Streikbrechern in Gang zu bringen, was ihnen aber schlecht gelingen will. Herr Wittler hat eine Droschke voll Streikbrecher über dem Pferdebestall einquartiert, wo sie scheinbar auch hingehören. Der „Vorsteher“ des Brotfabrikantenverbandes Hähne in Weiskow fährt seine drei Streikbrecher immer höchst eigenhändig in seinem Luxusauto hin und zurück. Vornehme Gesellschaft. In der Schlüterbratfabrik, wo auch ein Duzend Streikbrecher ist, weh man überhaupt nicht, wo diese Gesellschaft her ist und wo sie die Nacht bleibt. Vielleicht arbeiten diese Kausreißer Tag und Nacht. Die obengenannten Streikbrecher sollen ein Produkt herstellen, das nicht einmal das Vieh frisst. Das Vieh wird in einer Weise verwüftet, daß wohl die von den Brotfabrikanten bereits angekündigte Brotverteuerung noch größer werden wird.

Die Bevölkerung muß sich jetzt vor den Wittler-Autos hüten, die in einem sonst nur auf der Haus üblichen Tempo durch die Straßen fahren, daß selbst Motorradfahrer ihnen kaum folgen können.

Den „fortschrittlichen“ Geist der Firma Wittler beweist auch die gestern erfolgte striftlose Entlassung der noch im Betrieb befindlichen Schlosser, Schmiede usw., die sich weigerten, eine Brotverpackungsmaschine zu reparieren, die scheinbar von den Streikbrechern entzwei gemacht worden ist.

Die Unternehmer haben an den Anschlagzäunen die gleichen unwahren Behauptungen verbreitet, die bereits früher schon in Annoncen des „Total-Anzeigers“, der das Leiborgan der Brotfabrikanten zu sein scheint, veröffentlicht waren. Das schönste dabei ist, daß die Brotfabrikanten sich selber täuschen. Einer erzählt dem anderen die größten Auberpfosten. Niemand sagt dem anderen die Wahrheit. Es scheint sich ein Betriebsinhaber über des anderen Unglück zu freuen. Die Organisation der Bäckerarbeiter hat dafür die originellsten Beweise. Eins hat dieser Streik sicher fertiggebracht. Die Brotfabrikanten haben die Ohnmächtigkeit ihrer Organisation voll erwiesen. Solidarität gibt es unter den Brotfabrikanten überhaupt nicht, sondern nur Starrköpfigkeit, die man Prinzip nennt.

Gestern hat wieder ein Betrieb die Forderungen bewilligt, so daß die Zahl der Streikenden jetzt auf 504 gesunken ist. Es wird nicht mehr lange dauern, dann stehen die Deutschnationalen Wittler und Hähne allein auf weiter Flur.

„Hilfe“ für erwerbslose ältere Angestellte. Beseitigung dieser Hilfe ist das Beste.

Uns wird geschrieben: Kurz vor den Wahlen hat der damalige Reichsarbeitsminister Dr. Brauns mehrere Millionen Mark für über 40 Jahre alte und erwerbslose Angestellte zu Darlehenszwecken zur Verfügung gestellt. Schon damals hat der „Vorwärts“ darauf hingewiesen, daß mit solchen Palliativmitteln den älteren Angestellten nicht zu helfen ist. Die meisten Angestellten müssen jetzt sehen wie berechtigt diese Warnung war. Sehen wir uns nur die Erläuterungen zum Fragebogen an, den jeder Darlehensnehmer ausfüllen muß. Da wird die Bürgschaft zahlungsfähiger Privatpersonen verlangt. Einkommen und Ver-

mögen der Bürgen sind anzugeben. Wörtlich heißt es in den Fragebogen: „Doch ist bei letzterem zu prüfen, ob dadurch der Schuldner nicht in eine seine Existenz gefährdende Abhängigkeit gerät.“ Ausnahmsweise können auch Schmuckachen, Flügel und Klaviere als Bürgschaft angerechnet werden. Der Höchstbetrag für das Einzeldarlehen ist für den Regelfall 1000 Mark. Die Zinsen betragen 4 Proz. bis zum Reichsbankdiskont. Sie sind vierteljährlich nachträglich zu zahlen. Die Rückzahlung soll alsbald erfolgen, im allgemeinen in Monatsraten von ein Zehntel bis ein Dreißigstel der Darlehenssumme, beginnend je nach dem Einzelfalle zwei bis zwölf Monate nach der Auszahlung des Darlehens.

Es wäre interessant, wenn die Kreditgemeinschaft gemeinnütziger Selbsthilfeorganisationen Deutschlands G. m. b. H. einmal der Öffentlichkeit eine Statistik vorlegen würde, wieviele von den durch die Wohlfahrtsämter befürworteten Anträgen bewilligt wurden. Die Wohlfahrtsämter bearbeiten zwar die Anträge, erfahren aber über die Ablehnung oder Zustimmung nichts. Bis Ende April bestand noch die Bestimmung, daß der Gemeindeverband für den Darlehensnehmer zu bürgen habe. Mit Recht hat eine Berliner Dezentalkonferenz sich gegen jene Bestimmung gewandt, die nun auch aufgehoben worden ist. Denn wenn die Gemeinde als solche bürgen soll, kann sie das Darlehen, soweit die Mittel vorhanden, selbst geben. Der Antragsteller ist dann insofern noch besser dran, daß er dieses Darlehen nicht zu verzinsen braucht.

Die Kreditgemeinschaft hat selbst nicht viel Vertrauen zu den Bürgen, sonst würde sie nicht den Pferdebesitz von der Abhängigkeit angehängt haben. Ueberhaupt sind die Antragsteller in den meisten Fällen darüber empört, daß sie einen zahlungsfähigen Bürgen stellen sollen. Immer wieder hört man sie sagen: „Dann brauchte ich doch nicht den Antrag zu stellen, dann wäre mir ja so geholfen.“ Das ist durchaus verständlich, denn der Bürge ist für die Rückzahlung des Kapitals ja mit verantwortlich.

Diese ganze Aktion entpuppt sich immer mehr als eine schöne Wahlmache, die den erwerbslosen älteren Angestellten hoffentlich die Augen vollends geöffnet hat. Der neu Reichsarbeitsminister sollte sich einmal gründlich um die Dinge kümmern und den noch vorhandenen Rest der Gelder anteilig den Gemeinden überweisen, wo die Gewähr dafür geboten ist, daß die Mittel ihren Zwecken zugeführt werden. Heute wissen die älteren Angestellten wohl, wo sie ihren Antrag stellen müssen, aber welches Gremium über ihn endgültig entscheidet, wissen die Götter. Ist die Kreditgemeinschaft eine Organisation, zu der die Angestellten Vertrauen haben können? Die Angestellten bezweifeln es, um so mehr, als Anträge, die vom Wohlfahrtsamt dringend befürwortet werden, trotzdem der Ablehnung verfallen.

Tagung der Justizwachmeister. Einstimmige Wiederwahl des Vorstandes.

Der dem Allgemeinen Deutschen Beamtenbund angeschlossene Reichsverband deutscher Justizwachmeister hielt vor einigen Tagen in Berlin seinen Hauptverbandstag ab. Neben zahlreichen Vertretern der Behörden waren auch Abgeordnete der sozialdemokratischen Landtagsfraktion, Vertreter des ADB, des Landessekretariats Preußen des ADB und der Arbeitsgemeinschaft deutscher Justizstrafanstaltsbeamten erschienen.

Der Verbandsvorsitzende Schmidt behandelte in seinem Geschäftsbericht das bei der neuen Besoldungsregelung den Justizwachmeistern zugefügte Unrecht in der Bewertung ihrer Leistungen. Er betonte, daß die bessere Einflusung der Justizwachmeister hauptsächlich an der starren Haltung des preussischen Finanzministers gescheitert sei. Nach dem amtsdienlichen Kasernenbericht des Kassendirektors Reng sprach der Vorsitzende des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes, der Genosse Falkenberg, über „Grundsätzliche Beamtenpolitik des ADB“. Er wandte sich besonders scharf gegen die Vorwürfe, daß der ADB, das Berufsbeamtentum in Gefahr bringe. Er betonte, daß diese Vorwürfe besonders von jenen Seiten kämen, die das Berufsbeamtentum im Sinne des alten Obrigkeitstaates und im Sinne der Abhängigkeit der Masse der Beamten von den Vorgesetzten aufrechterhalten wollten und damit eine dauernde Gefährdung des neuzeitlichen Volksstaates bildeten. Der ADB erstrebe

ein neuzeitliches und freiheitliches Berufsbeamtentum

und lasse sich in der Erlämpfung der Sicherung der materiellen und rechtlichen Grundlage dieses Berufsbeamtentums von niemandem übertreffen. Genosse Falkenberg legte weiter die Notwendigkeit der Internationalen Beamtenbewegung dar.



Erdbeeren mit Maizena!



Staatl. Vogelschutzstation Seebach.

Zahlreiche Vogelarten, insbesondere die Singvögel und verschiedene Wasser- und Raubvögel, haben sich in Deutschland durch unzureichenden Schutz stark vermindert. Die Vögel sind gewissermaßen enteignet worden, denn die Sumpf- und Niederungsgebiete, die dem Storch und vielen Wasservogelarten Nahrung gaben, sind trockengelegt; die Oedländereten, die den Singvögeln Gelegenheit zum ungeführten Nisten gegeben haben, wurden kolonisiert. Raubvögel, wie Bussarde, Turmfalcken und Eulen, fielen als „Jagdsteuere“ der Verfolgung anheim. Nur die Großstädte mit ihrem ausgedehnten Laubengürtel und ihrer Park- und Grünflächenkultur bieten einigermaßen einen Ausgleich gegenüber dem gänzlichen Aussterben mancher Vogelarten. So hat z. B. die Schwarzdrossel in den Berliner Gärten sich stark vermehrt. Neuerdings jedoch — nicht zuletzt durch praktische und wissenschaftliche Beweisführung des Ornithologen Freiherrn v. Berlepsch — schafft sich die Erkenntnis von der Nützlichkeit der Vögel immer breiteren Raum. Wie zeigen heute in unserem Artikel die Anlage einer staatlichen Vogelschutzstation in Seebach in Thüringen, die dem Waldschutz und der Landwirtschaft dient.

Schon beim Aussteigen auf der kleinen Station Seebach, die kurz vor Rühlhausen im Kreis Bongersalza liegt, merkt man, daß es mit diesem Ort seine besondere Art hat, die der Großstädter nicht gewöhnt ist. Auf den Tannen, die die Chaussee zum Dorf hin begleiten, sitzt und zwitschert es, und auf den Lotospähnen klettern kleine Vögel herum. Die hier gewissermaßen „heißerlichen“ Schutz genießen. Doch den rechten Eindruck von einem Vogelparadies erhält der Besucher erst bei Eintritt in



Futterhaus

Jack London: Wolfsblut.

„Es ist Weedon ein Unglück passiert.“ entschied Weedons Frau. Alle sprangen auf, während Wolfsblut die Stufen hinabstief und sich umblückte, ob man ihm auch folgte. Zum zweiten und letztenmal in seinem Leben hatte er gebellt und sich dadurch verständlich gemacht.

Nach diesem Ereignis trat er den Herzen der Bewohner von Sierra Vista noch näher, und selbst der Stallknecht, dem er den Arm aufgerissen hatte, gab zu, daß, wenn er auch ein Wolf, doch ein kluges Tier sei. Richter Scott war derselben Ansicht und bewies seine Meinung von der Abstammung Wolfsbluts unter dem lauten Widerspruch der anderen Familienglieder durch Maße und Beschreibungen, die er dem Konversationslexikon und verschiedenen naturwissenschaftlichen Werken entnommen hatte.

Die Tage kamen und gingen, und nie endender Sonnenschein überflutete das Tal von Santa Clara. Als aber die Tage kürzer wurden, und Wolfsbluts zweiter Winter im Südbande herannah, da machte er die festsame Entdeckung, daß Collies Zähne weniger scharf wären. Wenn sie ihn zausste, so geschah es mehr aus Neugierde und zum Scherz, ohne ihm wirklich wehe zu tun. Er vergaß, daß sie ihm eins das Leben zur Last gemacht hatte, und wenn sie ihn spielend umkreiste, so ging er gravitätisch darauf ein und versuchte selbst mutwillig zu sein, wobei er eine höchst lächerliche Figur spielte.

Eines Tages jagte sie lange auf den Wiesen, ja selbst bis in den Wald hinein, mit ihm herum. Es war an einem Nachmittage, als der Herr ausreiten wollte, und Wolfsblut mußte das. Das Pferd stand gefesselt vor der Tür, und Wolfsblut zögerte. Aber noch tiefer lag etwas in ihm, als all die Befehle, die er gelernt, als all die Bräuche, die ihn geformt hatten, tiefer selbst die Liebe zum Herrn und als der Wille zum Leben, und als Collie in dem Augenblick des Zauderns ihn zausste und vor ihm herlief, kehrte er um und

Von Vogelparadies

die Vogelschutzstation des Freiherrn v. Berlepsch, der seinen ganzen Gutsbesitz seit frühesten Jugend dem einen Zweck, dem Schutz der Vögel, verfügbar gemacht hat. Eine riesige Burg, seit dem 14. Jahrhundert im Besitz der Familie, die sonderbarerweise in einem Taleinschnitt steht, wurde von dem jetzigen Besitzer restauriert, wobei er von vornherein auch an die Nistgelegenheiten seiner Pfleglinge dachte. Zu diesem Zweck hat v. Berlepsch einen Niststein konstruiert, einen aus Zement gegossenen quadratischen Stein in der Größe eines Straßenspaltsteins, der auseinanderklappbar ist und neben dem Flugloch eine Nisthöhle birgt. Die hintere Hälfte des Steins wird eingemauert, die vordere herausnehmbar schließt glatt mit der Außenmauer ab und wird durch Bemur einer Farbe unerkennbar als Niststätte. Doch finden die Vögel die kleine Flugöffnung und nehmen diese Steine gern an. Mauerfalken, Stare und eine Reihe kleiner Sorten von Singvögeln nisten in dem alten Gemäuer der Burg, auch den Turmfalcken hat dieser Vogelkünstler wieder herangewöhnt. Ganz oben unter den Balken des hohen Satteldaches hängen noch immer einige hundert Vogelkisten an der Wand, die ihr Flugloch nach außen haben, innen aber abnehmbar sind, so daß jederzeit der Inhalt der Kisten kontrolliert werden kann. In einem Winkel des Bodens ist ein Stand errichtet, auf dem man stundenlang den nistenden Vögeln bei ihrem Brutgeschäft und bei der Aufzucht der Jungen beobachten kann, ohne selbst gesehen zu werden.

Keine Angst vor den Menschen!

Die Scheu vor den Menschen scheinen die Vögel hier ganz verloren zu haben, was keine Ursache wohl dabei hat, daß sie hier in vollständiger Ruhe und vor jeder feindlichen Belästigung nisten können. Viele alte Paare sind auch in Volieren aufgezogen worden, besonders die Falken, die in der Umgebung nicht heimisch waren. Zur Zeit des Vogelzugs leuchtet nachts eine Lampe auf der höchsten Spitze der alten Burg, um die Jungvögel in dieses Paradies zu locken. Die Mehrzahl von ihnen findet ihr naturgeschulenes Heim in dem wunderschönen Park, den der alte Herr v. Berlepsch in seinem größten Teil vor 40 Jahren selbst gepflanzt hat. Heute schon haben die Eichen, Rotannen und Birken eine Höhe bis zu 20 Meter erreicht, was von der Fruchtbarkeit des Talgrundes zeugt, der früher einen See um die alte Turmseite gezogen hatte. Auf dem kleinen Gewässer im Park tummeln sich Wasservögel und Wildenten. In den Bäumen hängen hunderte von Nistkästen, jene berühmten Nistkästen der Berlepschen Art, wie sie auch im Berliner Tiergarten aushängen, die der natürlichen Spechthöhle nachgebildet sind. Wie Arten von Reisen nisten hier, der Baumläufer, Kleiber, Wendehals, Gartenschwänze, Trauersilberfänger und Kleinspecht. In Höhlen, deren Flugloch größerer Vögel Einschlupf gewährt, ist der Star und die Fomise der Spechte zu Hause, auch die selteneren Gefiederarten, wie die Birkhühner, Schwarzspecht, Holztaube, Blaurabe, Turmfalck, Dohle und Steinkauz. Wohl alle deutschen Vogelarten haben in diesem Park und auf der Burg Bürgerrecht, nur der Spatz nicht, für den man Nisthöhlen aus Ton angefertigt hat, aber nur zu dem Zweck, seine Brut auszunehmen und zu vernichten. Im Juni sind die Vögel eifrig bei ihrem Brutgeschäft. Fast jede Niststätte ist bewohnt, sie zählen nach Hunderten, die Vögel, die sich in dem kleinen Park angesiedelt haben. Ueberall ist ein Zwitschern und Piepsen, das aus den Nestern dringt. Morgens, wenn der Tag beginnt, schwirrt der Gesang der Vögel zu einer niesstimmigen Riesenoriel an, von dem unser alter Vogelkünstler sagt, daß er einen Eindruck vermittelt, wie er ihn an Unterstät selbst nicht im Urwald bei seinen ausgedehnten Expeditionen gehört hat. Die Stare, diese schalen Höhlenbrüter, nisten hier schon 1 1/2 Meter über der Erde. Das Nest des Wendehals ist mit Jungen besetzt, die ein eigentümliches sägendes Geräusch von sich geben, während die Alte ihren Hals wie eine Schlange gegen die Eindringlinge wendet.

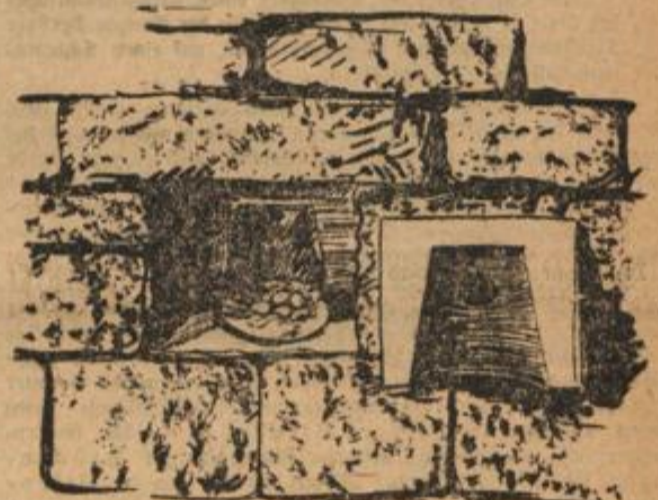
Vögel sind nützliche Tiere!

Die Nützlichkeit der Vögel offenbart sich später bei einem Rundgang durch die Flur und im Walde. Am Rühlbach entlang sieht eine Doppelreihe von hohen Pappeln, wo jeder Baum



Nisthecke

eine Starhöhle trägt. Früher kannte Seebach keinen Star, jetzt besiedeln sie die Flur nach Tausenden. In einer dünnen Pappel zählt man acht natürliche Spechthöhlen untereinander, die dieser fleißige Zimmermann geschlagen hat und die nun von allerhand Vögeln bewohnt werden. Da in diesem Jahre der Waldkäfer als arge Landplage über Thüringen hinweggezogen ist, hat die kleine Schutzpolizei vollauf zu tun, die Bäume und Sträucher von dem gefährlichen Ungeziefer zu säubern. Die Wege sind dicht bedeckt mit den Kerbresten und Flügeln der Käfer. Man gelangt an das erste Vogelkühgehölz der Berlepschen Art. Während er den Höhlenbrütern im Wald und Garten seine nach der Natur geformten Nisthöhlen



Niststein in einer Mauer

offert, schafft er den Freibrütern durch praktische Anlagen von Hecken die geluchte Nistgelegenheit. Von außen ist loch ein Feldrain oder Waldrain mit einem Gestrüpp von Schwarzdorn, Brombeeren oder Wildrosen umgeben, im Innern sind die Sträucher zu Nestverstecken umgeschossen worden. Etwa bis 1 1/2 Meter Höhe werden die Hauptstämme gekürzt, doch so, daß ein Kranz von Ästen unter der Schnittfläche neu austreibt. Es bildet sich dann ein Quirl als Spitze, der bei alljährlichem Zurückschneiden sich dicht belaubt und dessen Inneres von den Strauchbrütern gern zum Nestbau aufgesucht wird. Das Experiment kann jeder Gutsbesitzer in seinem Garten machen. Hier leben hunderte solcher Quirle an den Feldrainen entlang und fast jeder

rannte hinter ihr drein. Der Herr ritt an dem Tage allein aus, und im Walde lief Wolfsblut neben Collie her, wie einst vor vielen Jahren neben seiner Mutter Rische Einauge im stillen Walde des Nordens gelaufen war.

5. Der schlafende Wolf.

Um diese Zeit waren die Zeitungen voll von den Laten eines Sträflings, der tollkühn aus dem Gefängnis von San Quentin entsprungen war. Er war ein wilder mordlustiger Gesell, dem schon die Natur schlimme Gaben verliehen, und den die Hand der Umstände nicht besser gemacht hatte. So war er zur menschlichen Bestie geworden, furchtbar wie ein gewaltiges Raubtier.

Die Gefängnisstrafe hatte Jim Hall nicht bessern können; Zwangsarbeit, Hunger und Prügel, das war nicht die richtige Behandlung für ihn gewesen. So übel war er von seher behandelt worden, als er noch ein kleines Buben in einem der Winkelgäßchen von San Francisco gewesen war, wo er weicher Ton war, aus dem man alles Mögliche hätte formen können. Im dritten Jahre seiner Haft war in dem Gefängnis ein Wärter, der fast ebenso schlimm, wie Jim Hall selber, war. Dieser verkehrte und verfolgte ihn. Allein der trug ein Bund Schläffel und hatte einen Revolver, und Jim Hall hatte nichts als seine nackten Hände und die Zähne, und so geschah es, daß er eines Tages über den Wärter herfiel und ihn wie ein wildes Tier bearbeitete.

Darauf sperrte man Jim Hall in die Zelle der unverbesserlichen Verbrecher ein. Dort blieb er drei Jahre. Diese Zelle war ganz aus Eisen, die Wände, die Decke und der Fußboden. Nie verließ er dieselbe, nie sah er Himmel und Sonnenschein, lebendig war er in der eisernen Gruft begraben. Kein menschliches Antlitz sah er, mit keinem menschlichen Wesen sprach er; sein Essen wurde ihm hineingeschoben. Manchmal brüllte und schrie er ganze Tage und Nächte lang in seiner Wut gegen die Welt und die Menschen, manchmal verharnte er ganze Wochen und Monate in starrem Schweigen, und in einer Nacht war er entflohen. Man hatte behauptet, daß das eine Unmöglichkeit sei, den-

noch war die Zelle leer, nur der Leichnam eines Gefangenwärters lag darin, und noch zwei Leichen bezeichneten den Weg, den er bis zur Außenmauer eingeschlagen hatte. Die Waffen der Erschlagenen hatte er an sich genommen und war in die Berge entflohen.

Ein hoher Preis wurde auf seinen Kopf gesetzt, und habgierige Farmer verfolgten ihn mit Flinten, um mit dem Blutgeld eine Hypothek zu tilgen oder einen Sohn zur Unversität zu schicken. Ebenso ergriffen patriotische Bürger die Büchsen, um den bestellten Wächtern des Gefängnisses zu helfen, die mit Telephon, Telegraph und Girtzug ihn Tag und Nacht verfolgten.

Manchmal traf man auf ihn, und dann gab es einen verzweifelten Kampf, dessen Bericht die ruhigen Bürger am Morgen darauf beim Frühstück lasen. Die Laten und Verbundeten wurden in die nächste Stadt geschafft, und ihre Stelle durch frische Leute besetzt. Plötzlich verschwand Jim Hall; man hatte seine Spur verloren. In entlegenen Tälern hatten harmlose Viehzüchter sich über ihre Identität auszuweisen, und einigemal wurden Jim Halls sterbliche Reste in den Bergen von Leuten entdeckt, die das Blutgeld einzuziehen wollten.

Unterdessen las man in Sierra Vista die Zeitungen weniger aus Neugier als aus Angst. Besonders die Frauen taten das. Richter Scott lachte sie aus und nahm die Sache leicht, hatte aber wenig Grund dazu, denn Jim Hall war im letzten Jahr seines Richteramtens verurteilt worden, und im offenen Gerichtshof hatte er vor den Versammelten laut geschmorn, daß er sich an dem Richter, der ihn verurteilt hatte, rächen wolle.

Von alledem wußte Wolfsblut nichts. Allein zwischen ihm und Ulke, der Gattin des Herrn, schwebte ein Geheimnis. In der Nacht, wenn jedermann in Sierra Vista zu Bett gegangen war, stand sie auf und ließ Wolfsblut ins Haus ein. Da er aber kein Haushund war und nicht im Flur schlafen durfte, so schlüpfte sie an jedem Morgen früh hinab und ließ ihn hinaus, ehe die Familie auf war.

(Fortsetzung folgt.)

zweite und dritte ist befeht. Die Bogelschuhgehölze sind in vergangenen Jahren noch dichter bevölkert gewesen, aber man hat die Beobachtung gemacht, daß bei abnehmender Rahrung, in diesem Falle also Insekten und sonstige Schädlinge, die Bögel sich auch in ihrer Zahl vermindern. Sie suchen sich andere reiche Futterstellen auf, was wohl am treffendsten für die Wirksamkeit des Bogelschuhes spricht.

Vorbegender Bogelschuh.

Der Bogelschuh hat demnach nur vorbeugende Wirkung, im Gegensatz zu den chemischen Bekämpfungsmitteln, die fast immer erst angewandt werden, wenn der Schaden schon vorhanden ist. Es darf eben erst gar nicht zu den Massenvermehrungen des Ungeziefers kommen, die unseren Kulturen im Walde, im Obstgarten und in der Landwirtschaft so verhängnisvoll werden. Beträchtliche Teile des Volkseinkommens lassen sich durch planmäßigen Bogelschuh erhalten, wie folgendes Beispiel zeigt: In den Jahren 1905, 1914 und 1921 wurde der Hainichwald zwischen Mühlhausen und Eisenach auf großen Flächen bis zum Rablstrich verheert von Eichenwickler und Goldulmer, von Blattwespen und zuletzt vom Luchspinner. In allen Fällen hatten im mitten darin liegenden Veruchsfeld der Seebacher Station die in den Nisthöhlen brütenden Bögel die Schädlinge erfolgreich niedergelassen. Der Seebacher Wald lag mitten in den entlaubten Beständen wie eine grüne Insel. Es ist festgestellt, daß ein nistendes Bogelpaar mit seinen Jungen den Wald in 50 Meter im Umkreis rein hält. Oben am Waldbrand mocht der Führer auf graue im Grobe herumliegende Laubung aufmerksam, die aber dem Begriff nach etwas anderes darstellte, nämlich das „Gewälle“ von Eulen, unverdaute Stoffe, die von der Eule aus dem Magen wieder herausgestoßen werden. Beim näheren Hinsehen erkennt man, daß das Gewälle aus Rauschfellen und Kerntellen von Insekten besteht, jedenfalls ein trefflicher Befrag für den Nutzen dieser arg verfolgten Tiere. Denselben Nutzen haben der Buffard und die meisten anderen Raubvogelarten unserer deutschen Flur.

Alle diese Beobachtungen und Untersuchungen werden auf der Bogelschuhstation Seebach ausgeführt. Das Gebiet der Bogelkunde ist durch die Lebensarbeit ihres Gründers v. Berlepsch außerordentlich bereichert worden, da das emigrierte Wissen dieses Mannes durchweg auf englischer jahrzehntelanger Naturbeobachtung beruht und darum auch viele Neuentdeckungen auf dem Gebiete der Ornithologie von ihm ausgegangen sind. Zu seinem 70. Geburtstag im vorigen Jahre ehrten die Gelehrten aller Länder den großen Forscher, Regierungen und Gemeinden wenden sich heute an ihn und erlauben um seinen Rat, wenn Wälder und Fluren von Insekten schaden bedroht sind. F. R.

Ermittlungen zum Straßenbahnunglück Die abgenutzte Bordschwelle.

Die Entgleisung des Anhängers eines Straßenbahnzuges der Linie 49 ist, wie jetzt Sachverständige der Großen Berliner Straßenbahngesellschaft festgestellt haben, auf einen Schienenmaterialfehler zurückzuführen.

Von den Insassen sind insgesamt zwölf Personen verletzt worden. Dem 50 Jahre alten Kaufmann Bernhard Klaffer aus der Alexanderstraße 14, der in eine Fenster Scheibe gestürzt war, wurde eine Pulsader durchschnitten. Er mußte, da Gefahr der Verblutung bestand, nach dem Krankenhaus Am Friedhof in geschloffen werden. Die übrigen, die nach Anlegung von Notverbänden nach ihren Wohnungen gebracht werden konnten, sind: Die 62 Jahre alte Emilie Velle aus der Schönhauser Allee 33/34 (Unterlippe), der 66jährige Gustav Böhm aus der Sorauer Straße 7 (Augenüberletzung), der 40jährige Franz Richter aus der Elbinger Straße 51 (Hand- und Kopfverletzungen), der 30jährige Friedrich Borchers aus der Sorauer Straße 8 (Hand- und Augenverletzungen), die 25jährige Frida Elpert aus der Stallier Straße 34 (leichte Gehirnerschütterung), die 36jährige Johanna Hilgen aus der Bräudenstraße 52 (Stirnverletzung), Michael Rotholz aus der Eisenflugsstraße 15 in Wittenau (Rückenverletzungen), die 64jährige Maria Witt aus dem Weidenweg 58 (Hüftenverletzungen), Frau Schmehling aus der Sanderstraße 19 (Rückenverletzungen), Otto Bandmann aus der Stallischerstraße 7 (Armerverletzungen), der 57jährige Martin Heidorn aus der Bräudenstraße 13 (Hand- und Obersehenverletzungen).

Der gesamte Verkehr mußte von 8.50 Uhr bis 10.15 Uhr durch die Voltaire, Neue Friedrich- und Königsstraße umgeleitet werden. Ganz gesperrt bleibt bis zur Beendigung der Reparaturarbeiten das Gleis im Zuge der Neuen Friedrichstraße von der Schilder- bis zur Alexanderstraße.

Zur Klärung des Straßenbahnunglücks wurden u. a. auch der Führer und die Schaffner des Zuges eingehend vernommen. Der Führer des Triebwagens gab an, daß er nach der Freigabe der Bahn durch den Schupfosten nach und nach etwas schneller gefahren sei. Zur Zeit des Unglücks habe die Fahrgeschwindigkeit etwa 8 bis 10 Kilometer betragen. Von einer Entgleisung habe er wegen des großen Lärmes, der ringsherum herrschte, nichts hören können. Erst der Ruf beim Anprall des Anhängers gegen den Straßenbahnstiel habe ihn aufgeklärt. Die Aussagen des Schaffners lauten ebenso. Der Schaffner des Anhängers fand, wie er sagt, in der kritischen Zeit auf der hinteren Plattform. Er nahm plötzlich, ebenso wie die Fahrgäste, ein gewisses Studern des Wagens wahr, führte das aber auf die Unebenheit des Gleises bei den Bauarbeiten zurück. Was sich wirklich ereignet hatte, erfährt man erst bei dem Anprall an den Stiel. Die Räder des entgleisten Wagens liefen etwa mit 4 Millimeter Führung neben den Schienen her. Der Bürgersteig liegt an dieser Stelle sehr hoch, die Bordschwelle ist so abgenutzt, daß sie mit dem Fahrstrom in gleicher Höhe liegt und nur ganz wenig ansteigt. Wäre sie so hoch gewesen, wie es üblich ist, so hätte der entgleiste Wagen gegen sie anstoßen müssen und wäre nicht auf den Bürgersteig selbst geraten.

Die Straßenbahnbetriebsgesellschaft m. b. H. selbst gibt über das Ergebnis der Untersuchung folgende Darstellung: „An der Kreuzung Neue Friedrichstraße und Stralauer Straße haben gegenwärtig während der Hauptverkehrszeit Kuffschweizerarbeiten stattgefunden, die den Zweck haben sollen, die ausgefahrenen Rillen mit Schweißmaterial auszufüllen. In der letzten Nacht hat der Schweizer, dem diese Arbeiten obliegen, sämtliches Schweißmaterial aufgeföhrt, daß die Führung der Wagen nicht mehr ausreichend war.“

Austauschschüler fahren nach Frankreich.

Wieder, wie im Vorjahre, sind für die großen Ferien deutsche Schulkinder nach Frankreich gefahren, ebenso wie uns im Austausch das westliche Nachbarland erwünschte Besucher schickt. 60 Jungen und Mädchen sammelten sich gestern früh auf dem Schlesischen Bahnhof, um strahlende Erwartung und Stolz darüber, daß gerade sie ausgewählt sind, im Gesicht, in die Abteile zu klettern. Das gleiche muntere Bild wie immer: Mütter betreuen zum Abschied und sprechen Ermahnungen in den Wind, Stullen werden vorzeitig aufgeföhrt, Unterhaltungen schwirren. Endlich fährt der Zug, der unsere Jungen zu den französischen Gastgebern bringt. Kräftig schallt der Ruf: Auf Wiedersehen, auf Wiedersehen!

Todesurteil für Riebach.

Das Gericht gegen die Todesstrafe.

Nach anderthalbstündiger Beratung — für den psychologisch wie juristisch komplizierten Fall vielleicht doch etwas zu wenig — verurteilte das Gericht im Mordprozeß Horst Riebach im Namen des Volkes sein Urteil: Der Angeklagte wird wegen Mordes in Tateinheit mit schwerem Raub mit Todeserfolg zum Tode und zum Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf Lebenszeit verurteilt.

Das Gericht hat seinem Urteil das erste schriftliche Bekenntnis Riebachs zugrunde gelegt; darin hatte der Mörder unumwunden zugegeben, daß er fest entschlossen war, irgendein Verbrechen zu begehen und daß er in dieser Absicht den Zug bestiegen hatte. In Verbindung mit dem übrigen Verhalten des Angeklagten vor und während der Tat ist das Gericht zur Ansicht gelangt, daß

die Tat mit Uebertretung ausgeführt

worden ist. Das Gericht ist nicht dem Gutachten der Sachverständigen, Medizinalrat Dr. Dyrenfurth gefolgt, der die Möglichkeit gibt, daß bei dem zur hysterischen Psychopathie neigenden egozentrischen jungen Menschen unter dem Einfluß von Hunger und Durst der tagelang gehegte Plan zu einem plötzlichen überlegungslosen Kurzschluß geführt habe. So blieb dem Gericht nichts anders übrig, als den Angeklagten auf Grund des Mordparagrafen zum Tode zu verurteilen. Es konnte sich aber nicht der Einsicht verschließen,

daß allein eine tragische Verkettung ungünstiger Umstände ihn zum Mörder gemacht hatte;

daß er es nicht geworden wäre, wenn er unter einem glücklicheren Stern geboren wäre. Deshalb erklärte der Vorsitzende, daß das Gericht von sich aus zu prüfen gehabt habe, ob es ein Todesurteil gefällt hätte, wenn nicht absolut zwingende juristische Gründe vorgelegen hätten; es sei zum Ergebnis gelangt, sagte er weiter, daß es angesichts einer großen Reihe von Lebensumständen, die in das Leben des Angeklagten hineingespielt haben, von der Todesstrafe abgesehen hätte, wenn es die freie Wahl gehabt hätte. So wurde hier das Todesurteil gegen Riebach gewissermaßen zum Todesurteil gegen den Mordparagrafen. Das Gericht hat sein Urteil zwar seinem juristischen Gewissen gemäß gefällt, zugleich aber gegen sein menschliches Gewissen gehandelt.

Zur grauenhaften Tat des 23jährigen Horst Riebach und zu

seiner Persönlichkeit ist nur noch wenig nachzutragen: Gestandet von seinem lieben Ich, jedes Gemeinschaftsgefühls bar, galabte der Zwanzigjährige ein Verbrechen begehen zu müssen. Wäre nicht die 23jährige Dora Perse ihm zum Opfer gefallen, so hätte er sich wahrscheinlich ein anderes Opfer geholt. Seine Eltern ahnten Schlimmes und veranlaßten ihn, den Dreitant aus dem Paletot zu nehmen; der Zeuge Schwarz sah das Mordinstrument, als Riebach eines Abends unter verdächtigen Umständen bei ihm in der Wohnung erschien. Der junge Mensch war gewissermaßen dem Dreitant auf Leben und Tod verfallen. Und darin liegt eine gewisse Tragik. In knobenhafften Uebermut hatte er

dies eiserne Lineal für den Eisentönig Breitbart verfertigt,

es später für die Zeichnungen seines perpetuum mobiles benutzt, um es schließlich als Jüngling zum Mordwerkzeug an seinem Opfer werden zu lassen. Nicht geringere Tragik liegt darin, daß sein Beruf, der ihm zur Lebensgestaltung verhelfen sollte, hier zum Todesbesser wurde. Als Präparator gewohnt, mit Menschenknochen und Menschenleibern zu hantieren, Augenzeuge dessen, wie sein Vater mit Menschenknochen nach der Mutter wart, sah er im fremden Menschen weniger ein fühlendes und leidendes Geschöpf als ein Bündel von Knochen, Muskeln und Nerven. Eben erst hatte er einem unschuldigen Mädchen den Schädel eingeschlagen und zu Hause fand er

auf dem Herd in einem Topf Menschenhädel kochend.

Was der Beruf in ihm an Gefühlshoheit schuf, wurde durch das Elternhaus nicht gemildert. Aus dieser Häuslichkeit hinweg wollte er sich in das geordnete Familienleben im Hause seiner Braut retten. Die Rängel der Erziehung hatten aber bereits eine zu große Macht über ihn gewonnen, der Einfluß der Braut und ihrer Eltern waren nicht imstande, das gutzumachen, was an ihm verderben worden war — die Liebe des tüchtigen Mädchens konnte ihn nicht mehr retten. Und so sind es drei Familien, die schwer an der Tat leiden müssen: die Eltern der Ermordeten, die Angehörigen des Mörders und die Familie der Braut.

Tragisch wirkt schließlich die Tatsache, daß, wie im Falle des jungen Schumann, der am Vorabend von Weihnachten 1926 den Tabakhändler Wurzel tötete und im Falle des Mauergeriffen aus Königsberg, der zu Weihnachten 1927 den Geldbriefträger niederschlug, auch hier um des Weihnachtsfestes und seiner Geschenke willen ein so graßliches Verbrechen begangen werden konnte. Hatte es wirklich geschehen müssen?

Schreckenstat einer Ehefrau.

Dem Mann kochendes Wasser über den Kopf geschüttet.

Einen grauenhaften Abschluß fand gestern Abend eine zerstückte Ehe in Lichtenberg. Dort wohnt seit längerer Zeit in dem hause Fürst-Bismarck-Straße 8 der 38 Jahre alte Tapezierer Max Kämpfe mit seiner drei Jahre jüngeren Ehefrau Erna, geb. Lunow, und einem Sohn von 8½ Jahren.

Die Ehe ist schon seit geraumer Zeit nicht mehr glücklich, so daß das Paar beabsichtigt hatte, sich zu trennen. Da es dem Manne aber nicht möglich war, ein anderes Unterkommen zu finden, so blieb er vorläufig in der Wohnung. Als Kämpfe gestern Abend heimkehrte, kam es bald wieder zum Streit. Der Tapezierer wollte sich dann die Füße waschen und ließ sich von der Frau helles Wasser zurechtmachen. Während er, nur mit einer Unterhose bekleidet, auf einem Stuhle saß und die Füße im Wasser hatte, trat die Frau plötzlich hinterrücks an ihn heran und goß ihm einen Kessel voll kochenden Wassers über Kopf und Rücken. Brüllend vor Schmerz brach der Mann zusammen. Die Frau nahm ihren Sohn an der Hand und verließ mit ihm fluchtartig die Wohnung.

Nachbarn, die durch den Tumult aufmerksam geworden waren, riefen die Polizei und die Feuerwehr. Diese brachte den Mann in das Hubertus-Krankenhaus, wo er mit so fürchterlichen Verletzungen daniederliegt, daß es zweifelhaft ist, ob er am Leben erhalten werden kann. Frau Kämpfe ist spurlos verschwunden und konnte noch nicht ermittelt werden.

Flugzeugabsturz in Staaken.

Der Pilot durch Fallschirmab sprung gerettet.

In Staaken ereignete sich gestern Nachmittag ein Flugzeugunglück, das für den Piloten noch recht glimpflich abgelaufen ist.

Gegen 13 Uhr startete ein Schulflugzeug der Verkehrsfliegerschule Staaken zu einem Übungsflug. Als sich der Apparat in etwa 300 Meter Höhe befand, mußte infolge Verlagens des Höhenruders der Pilot in einem steilen Kreisflug plötzlich zur Erde niedergehen. Aus etwa 500 Meter Höhe sprang der Führer mit einem Fallschirm ab und landete glücklich etwa 400 Meter nordwestlich des Stellwerts Dallgow-Döberitz. Beim Aufschlagen auf den Erdboden erlitt der Flugschüler leichtere Verletzungen. Das Flugzeug stürzte nur 20 Meter weiter in die Tiefe und stieg krachend auf eine Wiese auf, wobei es in Trümmer ging.

Bier Brände an einem Tag.

Die viel beanspruchte Feuerwehr.

Im Laufe des gestrigen Nachmittags war die Feuerwehr an vier verschiedenen Stellen mit der Bekämpfung von Bränden beschäftigt.

In der Parallelstraße 3 in Marienfelde geriet der Dachstuhl eines zweistöckigen Landhauses in Brand. Das Feuer wurde von den im Garten sitzenden Bewohnern erst bemerkt, als aus den Rufen der Bodenkammer helle Flammen herausströmten. Das Feuer fand reiche Nahrung. Als die Feuerwehr mit drei Jüngen an der Brandstelle eintraf, bildete der Dachstuhl ein großes Flammenmeer. Nach einstündiger Vöchstätigkeit war die Macht des Feuers gebrochen. Der Schaden ist groß, aber durch Versicherung gedeckt.

Der zweite Alarm „Dachstuhlbrand“ kam aus der Belle-Alliance-Straße 88. Dort war im Maschinenhaus der Eisengießerei von Bartfeld im Seitenflügel des zweiten Hofes im Dachstuhl Feuer entstanden. Obgleich die Feuerwehr nach kurzer Zeit anrückte, konnte von dem Dachstuhl wenig gerettet werden. — Auf dem Dach des Hauses Samariterstraße 8, auf dem Reparaturarbeiten ausgeführt werden, lodete Feuer über, der sofort in Brand geriet. Die Qualmentwicklung erzwang den Ansehen, als ob der gesamte Dachstuhl in Flammen stünde. Die Feuerwehr, von sechs Seiten zu gleicher Zeit alarmiert, konnte das Feuer aber durch Aufwerfen von Sand bald ersticken.

Von einem schweren Schaden wurde der Polizeihauptwachmeister Weiß von der Sanitätsstelle Ost betroffen. W. hat in der Kolonie „Eintracht“ in der Köpenicker Landstraße zu Treptow eine Wohnlaube aus mehreren Räumen. Als gestern Nachmittag niemand anwesend war, ging die Laube plötzlich in Flammen auf. Die Feuerwehr mußte sich darauf beschränken, ein Weitergreifen des Feuers zu verhindern. Das Unglück trifft den Polizisten besonders hart, da sein gesamtes Hab und Gut verbrannt ist. W. ist nicht versichert.

„Leichtsinntig vergeudete Menschenleben“ Harte Worte über Robile.

An der Rettung der verunglückten „Italia“-Mannschaft sind bis jetzt 20 Flugzeuge, ungefähr 20 Schiffe und viele Schiffs- und Skiptrouillen mit ungefähr 500 Menschen beteiligt. Insgesamt dürften bisher etwa 5 Millionen Mark zur Rettung der verunglückten Opfer des schifflichen Wahnstaus zur Verfügung gestellt worden sein. Mehr als 1 Million ist nach den vorliegenden Feststellungen bereits verausgabt worden, ohne daß vorerst irgend ein Erfolg zu verzeichnen wäre. Hunderte muß ebenfalls als ein Opfer seiner Hilfsbereitschaft betrachtet werden; ebenso dürfte der größte Teil der „Italia“-Mannschaft die Heimat niemals wiedersehen.

Es ist unter diesen Umständen kein Wunder, wenn die Empörung der nordischen Völker gegen Robile von Tag zu Tag wächst. Man spricht bereits davon, daß die „Citta di Milano“ Epibergen wahrscheinlich bald verlassen muß, um Demonstrationen zu entgehen. Inzwischen juckt Robile täglich endlose Rundgebungen in die Welt hinaus, hat zu schweigen. Auf seinem Gewissen lasten voraussichtlich mehr als 20 Tote.

Aus Kreisen der skandinavischen Polarsachverständigen kommen immer weitere Urteile, die Robiles Expedition als ein maghaffiges und schlechtes vorbereitetes Unternehmen verurteilen. Der bewährte norwegische Polarforscher Kapitän Otto Sverdrup sagt seine Meinung über die Expedition so zusammen: „Robiles Flug hatte nicht die geringste Berechtigung. Es war eine leichtsinnige Vergeudung von Menschenleben. Robile hätte nur einen ganz oberflächlichen Eindruck von den Polargebieten, die er auf einem einzigen Flug über das Gelände geholt hatte. Auf dieser Grundlage hat man keine Berechtigung, als arktischer Forscher aufzutreten.“

Hauptmann Weilerin, der Chef der norwegischen Luftstreifen, äußert sich: „Robile hat sich über die Ansprüche, die man sonst an die Leute stellt, die sich mit Polarisuchen betreffen, hinweggesetzt. Es ist zweifellos ein verhängnisvoller Fehler gewesen, daß man die „Italia“ mit lauter Südmännern, mit Ausnahme des Schweden Malmgren, bemannt hat. Es hätten abgehärtete Polarleute an Bord sein müssen. . . . Es ist eine traurige Geschichte.“

Aus Roskau wird gemeldet, daß der Leiter der Expedition des Eisbrechers „Krasin“ Wiese telegraphierte, er könne trotz der Nähe zu der „Italia“-Mannschaft nicht bis zu dieser vordringen, weil das Eis zu dick sei. Er werde seine Versuche fortsetzen.

Die Taufe des neuen Zeppelins. Die Taufe des neuen Zeppelin-Luftschiffes ist endgültig auf den 9. Juli festgelegt worden. Die Bauarbeiten des Luftschiffes sind an sich vollständig beendet, nur die Motoren sind noch nicht eingebaut, außerdem konnte mit der Füllung noch nicht begonnen werden. Die Arbeiten gehen rüstig vorwärts. Die reinen Werkstättenfahrten können dann in den letzten Tagen des Juli aufgenommen werden. Größere Fahrten kommen erst im August in Frage.

Vorbeugend bei Neigung zu Gicht, Rheumatismus usw.



Fachinger Versandstelle, Berlin SW 41
Schöneberger Str. 16a. Tel. Lützow 8266-41

Frauen, die gern Sport treiben, aber auch wissen, wie teuer er ist, raten Ihnen:



„Nehmen Sie Lux Seifenflocken zur Pflege Ihrer Sportkleider, dann bleiben sie länger frisch und schmiegsam.“

Hinaus ins Freie!“ — ruft der Sommer wieder. Wie gern folgt jede Frau diesem Ruf, aber — die neue Saison erfordert neue Kleidung. Helle Sommersachen müssen gekauft werden, ein neues Sportkostüm, dünne Seidenstrümpfe, bunte Schals und schmiegsame Wollsachen, die so schwer zu waschen sind: der Sommer kostet viel! Aber kluge Frauen haben an rechter Stelle zu sparen gelernt, um sich diese Ausgaben leichter zu machen. Sie waschen ihre zarte Unterwäsche und feinen Kleider mit Lux Seifenflocken und schützen sie damit vor der Beschädigung durch scharfe

Waschmittel. So halten auch die empfindlichsten Sachen sehr viel länger; nach jedem Waschen sind sie reizvoll, farbenfrisch und wieder wie neu.

Millionen Frauen haben erkannt, dass man auf diese Art auch bei bescheidenen Mitteln stets gut gekleidet sein kann. Eine Frau wird immer entzückend aussehen, solange sie allem, was sie trägt, den Reiz der Frische und strahlenden Reinheit zu erhalten versteht. Gerade zur Pflege der wunderbaren Sommerstoffe sind Lux Seifenflocken wie geschaffen; sie erhalten und erneuern sie.



NORMALPAKET
50 Pfg.
DOPPELPACKUNG
90 Pfg.

KOSTENLOS!

Machen Sie einen Versuch auf unsere Kosten! Ein Probepaket Lux Seifenflocken für jeden Haushalt! Füllen Sie diesen Gutschein aus und senden Sie ihn uns sofort als Drucksache (Porto 5 Pfg.) Sie erhalten völlig umsonst eine Probepackung Lux Seifenflocken und können damit ein paar zarte Sommerkleider oder dergl. waschen, um die grossen Vorzüge von Lux Seifenflocken selbst zu erkennen.



LUX SEIFENFLOCKEN

NEU UND WERTVOLL!

Die drei anschaulichen Haushalts-Lehrkurse des neuen Sunlicht-Instituts Mannheim — je 12 Hefte — können alle Verbraucher von Suna, Sunlicht Seife, Lux Seifenflocken und Vim kostenlos beziehen. Verlangen Sie Prospekt.

„SUNLIGHT“ MARKEN

An die Sunlicht Ges. A.G. Mannheim
Senden Sie mir kostenlos ein Probepaket Lux Seifenflocken. X64

Name _____

Ort _____

Strasse u. Nr. _____

Rund um Lambach.

Ausschlussdrohungen - neue Gruppenbildung rechts.

Noch vor dem Beschluß der deutschnationalen Reichstagsfraktion, der Herrn Lambach wegen seines Artikels über den Monarchismus eine Mißbilligung aussprach, hat der deutschnationalen Pressedienst in einem sehr gereizten Artikel Herrn Lambach auf das heftigste angegriffen und das Gerücht verzeichnet, daß Herr Lambach mit der Gründung einer neuen Partei spiele.

Einzelne Parteinstanzen der Deutschnationalen Volkspartei machen sich zwar jetzt stark gegenüber den Bundesgenossen, die Lambach in dem deutschnationalen Handlungsgehilfenverband gefunden hat. Der hannoversche Kreisverein der Deutschnationalen Volkspartei hat gegen den Vorsitzenden des Angestelltenauschusses des Deutschnationalen Kreisvereins, Teichmann, der Beamter im Deutschnationalen Handlungsgehilfenverein ist, sowie gegen den Gauvorsteher des Deutschnationalen Handlungsgehilfenvereins, Ebers, und das Mitglied Holz, das Ausschlußverfahren eingeleitet, weil sie sich öffentlich hinter Lambach gestellt haben.

Aber diese Suppe wird wohl nicht so heiß gegessen werden, als sie gekocht wird. Die Zustimmung, die Herr Lambach im Deutschnationalen Handlungsgehilfenverband gefunden hat, ist außerordentlich stark, so daß es fast scheint, als ob die starken Männer in der Deutschnationalen Fraktion, die Herrn Lambach in die Wüste schicken wollen, mit der Spaltung spielen. Es hat sich bereits ein Kreis von rechtsstehenden Politikern unter dem Namen „Nungnationaler Ring“ gebildet, der zu den Auseinandersetzungen um Lambach folgende Kundgebung veröffentlicht:

„Der Kampf um das Schlagwort Monarchismus droht die Begriffe weiter Kreise von den wesentlichen Zielen der nationalen Rechte zu verwirren. Wesentlich ist für uns nicht die Form, sondern der Inhalt, nicht der Weg, sondern das Ziel. Deshalb empfinden wir die Frage „Monarchismus“ als gründlich falsch gestellt. Nicht um republikanisch oder monarchistisch geht es, sondern um Aufstieg oder Stagnation. Wir bekennen uns zur Republik, weil wir aus ihr ein neues größeres Deutschland hervorgehen lassen wollen. Das monarchische Problem ist gegenüber dem Hauptverdienst, den Staat zu stärken und die Nation zu einen, gar nicht aktuell. Wenn wir der Deutschnationalen Volkspartei zu dem Kampf der Lambach und Everlinge einen Rat geben dürfen, so ist es der: dem Bogenschläger Lambach, gleiches Recht für Monarchisten und Republikaner in einer konservativen Partei zu willfahren, was fürchtbar einfach ist, weil solche Parität ja praktisch längst besteht. Am übrigen jedoch den Sinn auf Wichtigeres zu sammeln, sich lieber mit den Räten der Zukunft zu schlagen, als mit dem Schemen der Vergangenheit.“

Das ist eine sehr deutliche Sprache, die erkennen läßt, wie stark die Gärung ist, die die Deutschnationalen Volkspartei ergriffen hat.

Ob im übrigen Herr Lambach sich bei dem Beschluß der Deutschnationalen Reichstagsfraktion, der ihm eine Mißbilligung ausspricht, beruhigen wird, ist eine andere Frage. Er ist nach der Sitzung der Deutschnationalen Reichstagsfraktion nach Hamburg zurückgefahren, um dort an einer Sitzung der Zeitung des Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes teilzunehmen. Man darf wohl annehmen daß bei dieser Sitzung auch die Stellung des Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes zu den in dieser Diskussion aufgeworfenen Fragen besprochen werden wird.

Amnestie fordern . . .

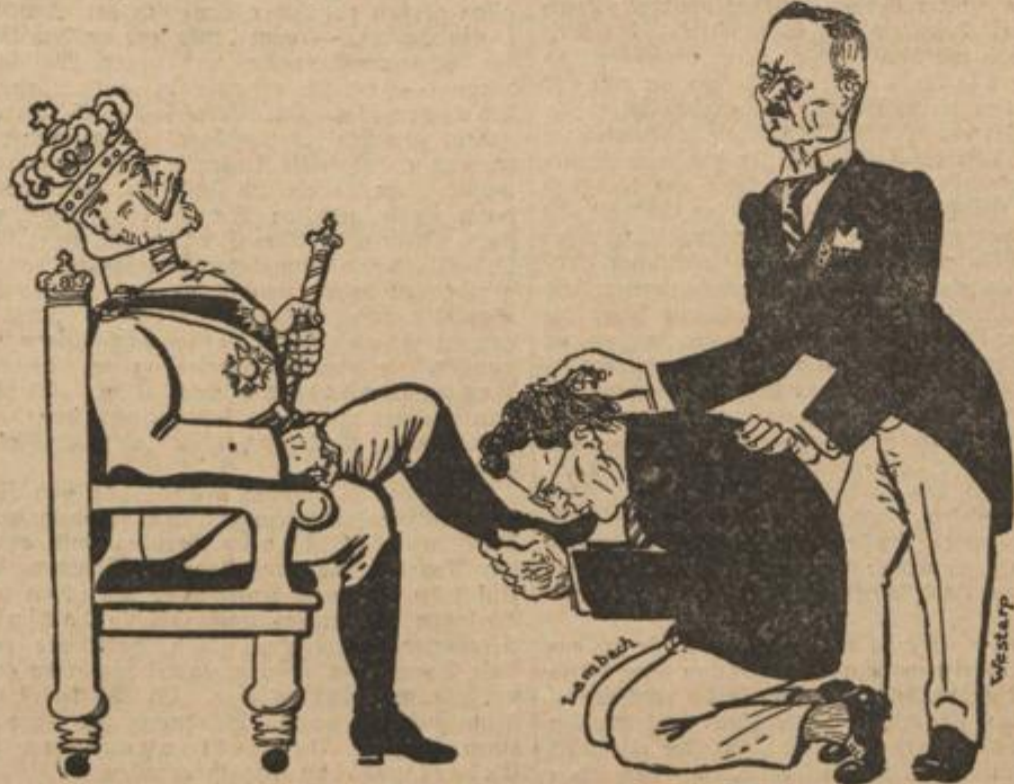
. . . aber selber keine Gnade üben.

An drei Stellen ihrer Dienstaussgabe lobt die „Rote Fahne“ über den angeblichen „Amnestieverrat“. Nach der gestrigen Regierungserklärung dürfte für weniger Böswillige wohl kein Zweifel bestehen, daß das Kabinett Hermann Müller eine Amnestie herbeiführen will, die unter die Laten der Revolutionsepochen einen endgültigen Schlusstrich setzt. Während also die Kommunisten nicht ohne Erfolg an die menschlichen Gefühle einer Regierung appelliert haben, die von ihnen als „Regierung der Trusts“ bezeichnet wird, offenbart die „Rote Fahne“ ihren eigenen Standpunkt durch überschwengliche Verteilung der 21 Todesurteile Kryptenkos. In ihrer zweiten Beilage vom Dienstag prangt dicht neben der Ueberschrift „Gegen den Amnestieverrat!“ die andere nicht weniger bezeichnende Ueberschrift: „Keine Gnade für die Saboteure!“ In diesem Artikel liest man:

„Die russischen Arbeiter und Bauern müssen hart sein und hart bleiben. Wenn derartig schwerwiegende und schädigende Sabotageakte nur mit ein paar Jahren Gefängnis (!) geahndet werden, dann würden vielleicht Hunderte von Saboteuren oder mit dem Kapitalismus kollidierender Spezialisten ja geradezu ermuntert werden, neue Sabotageakte zu verüben. Diese Leute würden sich dann sagen, na, vielleicht kriegen sie uns gar nicht. Sie würden nach Vollbringung ihrer Schandtaten ins Ausland gehen und dort als Märtyrer herumlaufen, ausgehalten von ihren Auftraggebern, den Kapitalisten. Die russischen Arbeiter können nur Gleiches mit Gleichem vergelten.“

Das Höchstmaß der russischen Freiheitsstrafe beträgt zehn Jahre. Zehn Jahre Gefängnis sind nach Auffassung der „Roten Fahne“ eine solche Vappalie, daß man sie überhaupt noch nicht als Strafe bezeichnen kann — in Rußland. Die Kommunisten dürfen wirklich von Glück sagen, daß sich in der „verrotteten“ Deutschen Republik ihre eigene Argumentation niemand zu eigen macht. Denn dann wäre eine Amnestie in Deutschland unmöglich. Aber es freut uns, einmal wieder zeigen zu dürfen, daß — mit einem Dichtermot zu reden — wir Wilde doch bessere Menschen sind!

Lambachs reuige Rückkehr zur Monarchie.



„Der Graf hat es befohlen.“

Kampfposition der PPS.

Scharfer Fraktionsbeschluß gegen Pilsudski.

Warschau, 3. Juli. (Eigenbericht.)

Die Parlamentsfraktion der polnischen Sozialisten hat zu den letzten politischen Vorgängen und den Schimpereien Pilsudskis einen Beschluß veröffentlicht, in dem es heißt, die letzten Erklärungen Pilsudskis seien nichts anderes als eine offene Bedrohung der Verfassung, auf die Pilsudski erst vor wenigen Tagen neu vereidigt wurde. Die Sozialistische Partei erachte es als unter ihrer Würde, auf die unerhörten Schmähungen gegen das Parlament einzugehen. Pilsudskis Absichten ließen darauf hinaus, einen neuen Staatsstreich zu begehen. Die Sozialisten würden jedoch die Demokratie mit allen Mitteln und bis zum äußersten verteidigen.

Der sozialistische „Robotnik“ ist wegen der Veröffentlichung dieser Resolution und wegen eines Kommentars des Abgeordneten Niedzialkowski beschlagnahmt worden.

Die Presse übt Vorsicht.

Warschau, 3. Juli.

Die beleidigenden Angriffe Pilsudskis scheinen nun doch nach dem anfänglichen Schweigen der Ratlosigkeit auch in der Presse wenigstens eine gewisse Abwehr finden zu sollen. Die Kommentare der Presse zu dem berühmten Interview zeichnen

sich allerdings nicht gerade durch besonders kraftvolle Sprache aus. Die „Gazeta Warszawska“ (rechts) deutet nur vorsichtig an, daß im Zustand die Auslassungen des Marschalls für Polen nicht gerade erwünschte Folgen haben könnten. Der „Czas“ (rechts) erwartet bereits während des Sommers (also während Pilsudskis Abwesenheit) die Vorbereitung wichtiger politischer Maßnahmen, die im Herbst bekannt werden würden: Verfassungsreform, Steuerreform, Erhöhung der Beamtengehälter. Der „Kurjer Polski“ (dem.) liest aus dem Interwiew die Ankündigung einer Aenderung der staatsrechtlichen Stellung des Präsidenten heraus. Die „Rzeczpospolita“ (hr-dem.) wagt eine etwas schärfere Kritik und weist darauf hin, daß Pilsudski bei seiner schroffen Ablehnung des parlamentarischen Systems die notwendige Ergänzung durch positive Verbesserungsvorschläge vermissen lasse. Das Blatt erwartet weitere Reibungen zwischen Regierung und Parlament und ernstere Verwicklungen.

Verhaftung eines Pressephotographen.

Zur Verhaftung des Danziger Photographen Albert Gottheil, der sich im polnischen Gefängnis zu Warschau befindet, teilt die „Deutsche W. Ztg.“ mit, daß er als Pressephotograph in ihrem Auftrag Aufnahmen vom Abbruch der Weichselbrücke bei Münsterwalde machen sollte. Gottheil hatte einen vollständigen Ausweis bei sich, durch den er sich als Pressephotograph einer deutschen Zeitung legitimieren konnte.

Seipel und Mussolini.

Oesterreichischer Kanossagang. - Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen.

Der italienische Gesandte in Wien, Auriti, den Mussolini nach der großen Südtirol-Debatte im österreichischen Nationalrat zur Berichterstattung nach Rom befohlen hatte, ist nach Wien zurückgekehrt. Dieser Wiederaufnahme der normalen diplomatischen Beziehungen zwischen Wien und Rom war ein Rollenwechsel vorangegangen, der in einer Erklärung Dr. Seipels gipfelte, daß Südtirol für Oesterreich nur eine kulturelle Bedeutung besitze, daß es eine interne Angelegenheit Italiens darstelle und daß die verantwortlichen Personen in Oesterreich sich gegen jeden Einmischungsversuch un verantwortlicher Elemente in diese italienische Angelegenheit entschließen werden müßten.

Nach dieser demütigenden Erklärung hat Mussolini geruht, den Wiener Posten wieder zu besetzen. Die „Arbeiter-Zeitung“ spricht von einer Kapitulation Seipels vor Mussolini, andere Blätter von einem „Kanossagang“. Regierungsfreundliche Organe deuten vorsichtig an, daß die italienische Gegenleistung in einem stillschweigenden Versprechen liege, die Verfolgungen in Südtirol einzustellen. Dafür fehlt aber leider jeder Beweis.

Der Kampf gegen die Handelschranke. Zweite diplomatische Konferenz in Genf.

Genf, 3. Juli. (Eigenbericht.)

Die zweite Konferenz für die Aufhebung der Ein- und Ausfuhrverbote und -beschränkungen trat am Dienstag unter dem Vorsitz des holländers Colijn zusammen. Auf der Konferenz sind 28 Staaten vertreten. Außerdem ist die Internationale Handelskammer eingeladen worden und erschienen. In seiner Begrüßungsrede umriß der Vorsitzende der Konferenz die beiden hauptsächlichsten Aufgaben, die sie zu erledigen hat: die Nachprüfung der nach der ersten Konferenz eingereichten Vorbehalte und die Bestimmung eines Zeitpunktes und sonstiger Vorbereitungen für die Inkraftsetzung der Konvention. Colijn teilte u. a. mit daß alle Staaten, die die Konvention bisher unterzeichnet haben, vertreten seien.

Die Schwere der Aufgaben der Konferenz ist aus der von dem amerikanischen Vertreter gegebenen Aufstellung ersichtlich, nach der

auf der Konferenz im November 1927 insgesamt 12 Vorbehalte angemeldet worden seien, bis heute aber 52 für mehrere Tausend verschiedene Waren vorliegen. Der Konferenz liegen neue schriftliche Bemerkungen Belgiens, Luxemburgs, Chiles, Deutschlands und der Tschechoslowakei vor. Während Belgien über die Zahl und Wichtigkeit der Vorbehalte enttäuscht ist und betont, daß für die meisten keine zureichenden Gründe angegeben seien, hat sich die Tschechoslowakei genötigt gefühlt, ihre zahlreichen Ausnahmen zu begründen, ohne daß diese Begründungen den Beweis dafür liefern, daß es sich nicht um protektionistische Maßnahmen handelt.

Deutschland legt in seiner Erklärung, daß es sich Gegenforderungen vorbehalte, wenn die vielen Ausnahmen für Automobile, chemische Waren, Weine, Rundholz und Petroleum aufrecht erhalten würden. Gegenüber dem polnischen Protest gegen das deutsche Importverbot für die Produkte des oberschlesischen Berges Chorzow begünstigt sich Deutschland mit der Feststellung, daß dieser deutsche Vorbehalt schon bei der Rooverberlegung genehmigt worden sei und infolgedessen nicht mehr zur Debatte stehe.

In der Nachmittags-sitzung wurden die folgenden positiven Erklärungen abgegeben: Belgien zog sein Exportverbot für Knochen zurück. Norwegen teilte mit, daß es seinen Antrag auf die Aufrechterhaltung eines Importverbots für verschiedene Lebensmittel zurückziehe, aber sein Exportverbot für gebrauchte Schiffe und Schiffsbaumaterialien aufrecht erhalte. Polen versuchte damit Eindruck zu machen, daß es auf seine sämtlichen, nach dem Roover angekündigten Warenvorbehalte verzichtete. In Wirklichkeit handelt es sich um Einfuhr- und Ausfuhrverbote, die Polen erst in Kraft setzen wollte bzw. nach dem September 1927 in Kraft gesetzt hat und die infolgedessen nach den Bestimmungen der Konvention sowieso nicht genehmigt werden konnten.

Die „Rote Fahne“ fügt weiter. Bekanntlich brachte die „Rote Fahne“ kürzlich einen Bericht, in dem sie genau feststellte, wie sich die Genossen Löbe, Müller und Graßmann bei einer Rede Hünefeldts im Rathaus beim Fliederempfang benommen haben. Wir stellen fest, daß keiner der Genossen an diesem Empfang teilgenommen hat. Jetzt redet sie sich darauf hinaus, sie habe den Empfang durch die Reichsregierung bei Kroll gemeint. Auch das ist eine Unwahrheit, denn auch bei Kroll war weder Graßmann noch Müller anwesend, nur Genosse Löbe, der als Vertreter des Reichstags dort genau so erschienen ist, wie er bei den Empfängen des Sowjetvolkesandens Kremlinski erscheint. Der Umstand, daß aber die „Rote Fahne“ Einzelheiten über die Aufnahme der Rede durch unsere drei Genossen berichtet, zeigt, daß sie über Kroll ebenso lügt wie über das Rathaus, wo keiner der Genossen anwesend war.

Deutsch-estnischer Entschädigungsstreit. Äußerungen der estnischen Regierung. — Deutsch-offizielle Entgegnung.

Der estnische Außenminister Rebane hat bei einem Empfang ausländischer Journalisten, auch reichsdeutscher, über die Schwierigkeiten gesprochen, die zwischen Estland und Deutschland wegen der Entschädigung der enteigneten Großgrundbesitzer deutscher Staatsangehörigkeit bestehen. Besonders hat er beanstandet, daß diese Frage von Deutschland mit dem Abschluß eines deutsch-estnischen Handelsvertrags in Zusammenhang gebracht wird und erklärt, Deutschland lege die estnischen Agrargesetze falsch aus. Dabei hat der Minister vor deutschen Hörern, die größtenteils an der deutsch-estnischen Differenz ganz unbeteiligt sind, eine Gegenüberstellung des Verhaltens anderer Regierungen und der deutschen Regierung zur estnischen Agrarreform und der Entschädigung ihrer enteigneten Staatsangehörigen vorgenommen. Nun liegen aber, wie deutsch-offiziös geschrieben wird, die unstrittigen Fälle anders als die mit anderen Regierungen bereits geregelten; und zwar deshalb anders, weil die estnische Regierung zwar die Gleichstellung der Reichsdeutschen hinsichtlich der Zahlung von Agrarentschädigungen an sich zugeführt hat, aber nach ihrem eigenen Geständnis bisher nicht durchgeführt hat. Der deutsche Vorschlag, an Stelle solcher Einzelentschädigungen eine Pauschalabfindung zu setzen, ist der estnischen Regierung vor etwa drei Monaten übermittelt worden, ohne daß bisher eine Antwort erfolgt wäre. Vorgelegt sind, was in Rebanes Darlegungen vor der Presse nicht zum Ausdruck kam, gerade im gegenwärtigen Augenblick Besprechungen über den gesamten Komplex der deutsch-estnischen Fragen im Gange, und die Reichsregierung hat sich bereits mit dem Beginn von Handelsvertragsverhandlungen einverstanden erklärt.

Soweit überhaupt Streitpunkte vorliegen, ergeben sie sich aus einem Schriftwechsel, der im vorigen Jahr zwischen den beiden Außenministern gepflogen wurde. Danach wollte die estnische Regierung gegenüber den Entschädigungsansprüchen Reichsdeutscher eine Reihe von Vorbehalten machen, so für Besitz, der erst durch Erbschaft erworben war, für Erbschaften, die nach dem 10. Oktober 1919 (Tag des Inkrafttretens der estnischen Agrarreform) angetreten wurden usw. Dadurch wurden den meisten Entschädigungsberechtigten nach estnischer Auffassung ihre Ansprüche genommen. Deutschland hat darauf erwidert, daß nach völkerrechtlichem Brauch eine Enteignung in keinem Falle ohne angemessene Entschädigung erfolgen dürfe, und daß auch nicht das Enteignungsrecht vom 10. Oktober 1919, sondern des estnische Enteignungsrecht vom 2. April 1926 als Stichtag für die Festsetzung der Ansprüche gelten müsse. Außerdem ist auf besondere Vergünstigungen hingewiesen worden, die anderen Ausländern, über den formellen Rahmen der gesetzlichen Entschädigungsquote hinaus selbst dann gewährt werden, wenn diese ausländische Staatsangehörigkeit erst nach dem 10. Oktober 1919 erworben wurde. Gleiches Recht fordert die Reichsregierung auch für „gleichgelagerte“ Ansprüche Reichsdeutscher, soweit sie vor Inkrafttreten des estnischen Enteignungsrechtes die deutsche Staatsangehörigkeit besaßen und ihre Ansprüche geltend gemacht haben. Der Vorschlag einer Abgeltung all dieser Ansprüche, insgesamt über 120, durch eine Pauschalergütung dient der Vereinfachung dieser Abwicklung und nimmt Rücksicht sowohl auf die estnische Gesetzgebung, wie auf die finanziellen Möglichkeiten; zumal eine bestimmte Summe nicht im voraus gefordert wird. Die Aufnahme der Handelsvertragsverhandlungen ist von dieser Regelung nicht abhängig gemacht worden, sondern lediglich der endgültige Abschluß von einer grundsätzlichen Einigung in der Entschädigungsfrage.

Gegen höhere Entschädigung Reichsdeutscher. Reval, 3. Juli.

Die zum Teil geheim abgehaltene Konferenz der Finanzkommission der estnischen Staatsversammlung hat die Berichte des Außen- und des Landwirtschaftsministers über die Entschädigungsfrage entgegengenommen. Es wurde einstimmig eine Entschärfung angenommen, die besagt, daß bei der Entschädigungszahlung an die reichsdeutschen Güterbesitzer, die bestehenden Gesetze strikt einzuhalten sind, die Zahlung einer höheren Entschädigung an einzelne Personen oder Gruppen durchaus unzulässig sei und daher gar nicht in Frage kommen könne. Jeder Versuch, Personen, die erst nach Inkrafttreten des Gesetzes über die Agrarreform in einer Staatsangehörigkeit eines anderen Staates eingetreten sind, zu Ausländern zu stempeln, sei aufs schärfste zurückzuweisen.

Eine merkwürdige Information.

Der „gute Eindruck“ des Stahlhelms in Norwegen.

Wie die „Kreuz-Zeitung“ berichtet, hat die Filmgenossenschaft den Film „Stahlhelm-Norwegenfahrt 1928“ freigegeben, nachdem vom Auswärtigen Amt förmlich bestätigt worden war, daß das Auftreten des Stahlhelms in Norwegen einen ganz vorzüglichen Eindruck hervorgerufen habe. Zu diesem glänzenden Zeugnis für den Stahlhelm schickt uns ein republikanisch gesinnter Reisetilnehmer folgenden Beitrag, der gerade das Gegenteil von dem Urteil des Auswärtigen Amtes ist:

Ich frage vor allem das Auswärtige Amt, woher es denn eigentlich seine Informationen über den „vorzüglichen Eindruck des Stahlhelms“ bezogen hat. Wer mit offenen Augen und nicht durch die Brille des Stahlhelms in Norwegen beobachtet hat, der ist schon ganz anderer Meinung über den „ausgezeichneten Eindruck“, den die Stahlhelmer in Norwegen erzielt haben sollen. Ist vielleicht das Tragen einer schwarzweißen roten Kofarde an der Stahlhelmmütze und das Demonstrieren mit schwarzweißen roten Abzeichen im Auslande dazu angeht, einen wirklich vorzüglichen Eindruck zu erwecken? Oder ist gar das Umherziehen mit schwarzweißen roten Fahnen, wie dies in Nordeuropa vorgekommen, auch dazu angeht, einen guten Eindruck über das republikanische Deutschland zu erzielen? Schwarzweiße Demonstrationen können wahrhaftig nicht das Ansehen Deutschlands im Auslande fördern, und das Auswärtige Amt täte wahrhaftig gut, den von ihm beschleunigten guten Eindruck der Stahlhelmer in Norwegen etwas näher zu untersuchen. Zum Glück haben die Stahlhelmer ihre schwarzweißen roten Ausführungen nur in kleinen Orten vollbracht. In der zweiten Hauptstadt Norwegens, in Bergen, waren sie schon etwas vorsichtiger. Aber immerhin ist der Fall dazu angeht, daß das Auswärtige Amt die Sache untersucht und sich nicht in einseitiger Weise darüber berichten läßt und dann dem Stahlhelm eine ausgezeichnete Zensur erteilt.

Die preußische Regierung wird den Regierungsparteien als Wahltag für die Kommunalwahlen, die Kreis- und Provinzialparlamentarier am 2. Dezember in Vorschlag bringen. Es ist anzunehmen, daß die Regierungsparteien sich mit diesem Vorschlag einverstanden erklären.

Badstieber, Krylenkos Kronzeuge.

Eine vernichtende Charakterisierung durch den Betriebsrat der Firma Knapp.

Die Anklage im Schacht-Prozess, wie überhaupt in allen großen politischen Prozessen der Sowjet-Union in den letzten Jahren, — man denke nur an das Verfahren gegen die Sozialrevolutionäre und gegen Wolsch und Kindermann — beruht offenkundig auf „Geständnissen“ von Lockspitzeln. Im Schacht-Prozess waren einige Angaben gewisser „reumütiger“ Angeklagten derart hinüberbrannt, daß selbst Krylenko schließlich von ihnen abrückte und sagte: Zum Beispiel im Falle des Monteurs Meyner, der durch einen gewissen Bajchlin beschuldigt wurde, ihm durch Mitbringen eines Hutes und eines Mantels aus Deutschland das Signal zur Ausführung von Sabotageakten gegeben zu haben; wobei der Hut „keine Sabotage“, der Mantel „große Sabotage“ bedeuten sollte! Ueber diesen Irrsinn haben sogar die sowjetgläubigen Betriebsabteilungen, die von der Regierung zur Teilnahme an dem Propagandaschauspiel im Gerichts-Theateraal kommandiert waren, so laut gelacht, daß der Ankläger es nicht länger wagte, sich diese „Geständnisse“ Bajchlins zu eigen zu machen.

Die Beschuldigungen gegen Otto und überhaupt gegen die deutschen Lieferungsfirmen, insbesondere gegen die Maschinenfabrik Knapp beruhen fast ausschließlich auf den Angaben des „angeklagten“ Monteurs Badstieber. Auf 1000 Kilometer Entfernung stankten schon die ersten Aussagen Badstiebers nach G.P.U.-Lockspitzelei. Der Strafantrag Krylenkos gegen Badstieber bestätigt restlos diese Vermutung, denn er lautet sozusagen auf schwere Bestrafung mit Strafaufschub. In Wirklichkeit, so verlautet schon jetzt, soll er als Belohnung für seine guten Dienste einen hohen Verwaltungsposten im Donez-Gebiet nach dem Prozess erhalten.

Interessant ist nun folgende Charakterisierung des G.P.U.-Kronzeugen Badstieber durch den Betriebsrat der Firma Knapp:

1. Badstieber ist nur zwei Jahre im Deutschen Werkmeisterverband organisiert gewesen;
2. hat sich derselbe sowohl in seiner Tätigkeit als Arbeiter wie später als Monteur nicht nur unkollegial, sondern darüber hinaus als ausgesprochener Kriecher und Angeber hervorgetan, was dazu führte, daß er von jedermann gemieden wurde.
3. In bezug auf Sowjetfreundlichkeit verdient der Auspruch festgehalten zu werden, den Badstieber nach seiner ersten Rußlandmontage im Jahre 1927 getan hat, und zwar: „Man trifft dort nur Spitzbuben und Halunken, die sich gegenseitig das Geld entwinden, sowie sich die Kleider vom Leibe reißen, so daß niemand seines Lebens dort sicher ist.“
4. Zu seiner Behauptung, manach ihm der Betriebsratsvorsitzende des Jahres 1927, Kirichbaum, wie auch der Schlichter Schütze gefügt haben sollen, es sei Altmaterial zu den Maschinen verwandt worden, wird festgestellt, daß dieses glatt erlogen ist, da sich sonst Kirichbaum nicht selbst zur Montage nach Rußland gemeldet hätte.
5. Was die Behauptung Badstiebers anbelangt in bezug auf Bestechung durch die Firma Knapp, vor allem durch Herrn

Direktor Coester, gab Herr Coester der Belegschaft einen Einblick in die geschäftlichen Gepflogenheiten mit Rußland. Nachdem verschiedenerseits diesbezügliche Fragen aus der Versammlung an Herrn Coester gestellt wurden, kommt die Belegschaft zu der Ansicht, daß die angeführte Behauptung Badstiebers genau wie alles andere erlogen ist.“

Sodann wendet sich die Erklärung des Betriebsrates mit detaillierten Angaben gegen die Behauptungen Badstiebers über die schlechte Qualität der gelieferten Maschinen und stellt fest, daß Badstieber

„vom August 1923 bis Januar 1925 und von März 1925 bis November 1925 selbst Kontrolleur war und auch bei der Abnahme der Maschinen zugegen gewesen ist und hierbei nichts zu bemängeln hatte, da er sich sonst wohl gewundert hätte, mit diesen Maschinen auf Montage zu gehen.“

Nach alledem hat es den Anschein, als ob Badstieber, um den wahren Sachverhalt zu verdecken und seine Person rein zu waschen, die Firma belastet.“

Der Beschluß des Betriebsrates schließt mit dem Wunsche, „daß bei Befetzung derart wichtiger Posten in Zukunft der Betriebsrat gehört wird.“

Es hat in der Tat den Anschein, als ob die Fabrikleitung Badstieber nur deshalb zum Kontrolleur bestimmt und als Hauptmonteur nach Rußland entsandt hatte, weil er sich „als Kriecher und Angeber“ bei der Direktion beliebt gemacht und seine Arbeitskollegen denunziert und schikaniert hatte.

Im übrigen kann Herr Krylenko, kann ganz Sowjetrußland auf diesen Kronzeugen stolz sein. Er verdient nicht nur einen hohen Verwaltungsposten im Donez, sondern sogar die Ehrenmitgliedschaft der Dritten Internationale mit dem höchsten neugeschaffenen „roten“ Orden.

Der letzte Akt.

Nach Meldungen aus Moskau bildete die Dienstagsitzung den letzten Akt der Schacht-Tragödie. Die letzten der Angeklagten erhielten das Schlusswort, darunter auch die deutschen Angeklagten. Diese erklärten, daß sie unschuldig seien und verlangten die Freisprechung. Der Angeklagte Rabinowitsch erklärte, er sei unschuldig und verlange seinen Freispruch. Einige der russischen Angeklagten zeigten gute Haltung und verzichteten auf ein Gnadengesuch.

Der Vorsitzende des Gerichts wird nun in einer Zusammenfassung das ganze Bild des Prozesses noch einmal entwerfen. Dann wird sich das Gericht zur Beratung zurückziehen. Das Urteil wird für Donnerstag erwartet. Die G.P.U.-Wochen im Gerichtssaal und um das Gebäude sind verstärkt worden.

Man nimmt an, daß das Gericht sich nicht zu 21 Todesurteilen entschließen werde, daß aber dennoch mit acht bis zehn solcher Urteile zu rechnen sei. Als Todesurteil werden u. a. Wolsch, Rabinowitsch, Budny, Skorutti und Bratanowski genannt. Für die deutschen Angeklagten besteht die Aussicht, daß sie aus der Sowjetunion ausgewiesen werden.

Frankreichs Flottenvermehrung. Parade vor Le Havre.

Paris, 3. Juli. (Eigenbericht.)

Bei der seit langem angekündigten Parade der atlantischen und Mittelmeerflotte vor Le Havre, legte der Präsident der Republik, Domergue, angelehnt an die umgebenden militärischen Drucks, der stark an gewisse Veranstaltungen in der Vorkriegszeit erinnert, Wert auf die wiederholte Betonung, daß Frankreich, wenn es zur See rüste, einzig und allein den Ehrgeiz habe, dem Frieden zu dienen, und daß eine mächtige Flotte zur Sicherung seiner Küsten und seiner Kolonien unbedingt notwendig sei. — Der Marineminister verglich die Parade mit der vor drei Jahren in Cherbourg abgehaltenen und wies darauf hin, daß seitdem die Flotte vollkommen umgestellt worden sei. In der Tat sind von den 80 Einheiten, die an der Parade teilnahmen, die Hälfte Neubauten, vor allem Kreuzer und Torpedoboots. — Der Minister für öffentliche Arbeiten, Tardieu, erwähnte in seiner Ansprache, daß aus den Dawes-Plan-Zahlungen 1½ Milliarden für Neubauten des Hafens von Le Havre vorgezogen sind.

Generalsrat in Peking.

Ohne Fengpuhsiang.

Peking, 3. Juli.

Zu der von der Ranking-Regierung angeregten Aussprache der Oberbefehlshaber der vier revolutionären Armeen, Tschiangtaichet, Densihhan, Fengpuhsiang und Taischungshil, in Peking ist heute morgen der Generalsrat Tschiangtaichet mit seiner Gattin und Pilsungjen, dem Vorsitzenden der hankauer Kuomintang-Provinzregierung, eingetroffen. Auf dem Wege nach Peking hatten Tschiangtaichet und Fengpuhsiang eine kurze Unterredung. Der ursprüngliche Vorschlag der Ranking-Regierung ist durch das Fernbleiben Fengpuhsiangs, der Tschiangtaichet nach Peking nicht begleitete, auf absehbare Zeit mißglückt. Es heißt, Fengpuhsiang werde, angeblich wegen einer Erkrankung, erst fünf Tage später eintreffen. Er hätte inzwischen zur Milderung des ungünstigen Eindrucks, den seine Nichtteilnahme an der Konferenz hervorruft, seinen Vertrauensmann, General Tutschunglin, nach Peking entsandt.

Russische Rachejustiz.

Todesurteile für Kriegsverrat von 1920.

Warschau, 3. Juli.

Polnische Blätter melden, daß vor einigen Tagen in Wliff sechs Polen vor dem Sowjettribunal zur Verantwortung hatten, und zwar unter der Anklage, daß sie vor Jahren während des polnisch-russischen Krieges 20 Kommunisten polnischen Feldgerichten ausgeliefert hätten. Nach den Meldungen der polnischen Blätter sind die Angeklagten, obgleich sie ein Alibi erbringen konnten, dennoch schuldig gesprochen und zwei von ihnen zum Tode verurteilt worden. — An der polnisch-russischen Grenze bei Chulorn fanden polnische Grenzposten eine Anzahl umgestürzter Grenzpfähle,

Die polnischen Grenzbehörden glauben, daß betrunkene Sowjetgrenzwächter die Pfähle umgestürzt hätten, was schon öfter vorgekommen sein soll.

Ruhm des russischen Minderheitenrechts.

Moskau, 3. Juli.

Die Sowjetpresse erinnert an die vor fünf Jahren erfolgte Bestätigung der Verfassung der Sowjetunion. Die meisten Sowjetblätter widmen ausführliche Betrachtungen der Nationalitätenpolitik und weisen die Minderheitenländer in der Sowjetunion darauf hin, daß gerade sie von dieser Verfassung besonders wichtige Vorteile und Rechte erhalten hätten. Reichspräsident Kollinowitsch äußert sich in diesem Sinne: die Arbeit der Sowjets zielt vor allem darauf hin, innerhalb der Sowjetunion eine kommunistische Familie völlig gleichberechtigter Nationalitäten zu schaffen. Es sei den Minderheiten jede Möglichkeit zu kultureller Entwicklung und Pflege ihrer Eigenart und Sprache gewährt, aber man dürfe von ihnen auch verlangen, daß sie sich ein klares Bewußtsein ihrer Rechte und Pflichten als Angehörige des Gesamtsozialstaates bewahren. Diese Warnung vor separatistischen Tendenzen und Eigenbrötelei lehrt in derselben ruhigen Tonart auch in anderen Presseäußerungen wieder. Zugleich wird natürlich die Begegnung benutzt, um den bürgerlichen Großstaaten, soweit sie nationale Minderheiten in ihrer Mitte haben, die Sowjetunion als leuchtendes Beispiel für die Lösung der Nationalitätenfrage entgegenzustellen.

Komfomol unterm Rantschu.

Zwischen dem Komfomol (Jugendorganisation) und den Berufsverbänden und dem Kommissariat für Auffklärung ist wegen der Zensur der Jugendzeitung ein scharfer Kampf ausgebrochen. Der Jugendverband erklärte, daß er von einer Zensur nichts wissen wolle und er eher die Herausgabe der Zeitung einstellen werde, als mit der feilschen Zensurung der Arbeiterjugend einverstanden zu sein, die von den Berufsverbänden systematisch betrieben werde.

Der estnische Senator General Bourgeois, der von dem Vorstand seiner Partei zur sofortigen Demission aufgefordert wurde, erklärte heute in einem Interview, er weigere sich, diesem Verlangen nachzukommen, denn das würde für ihn nichts anderes als Desertation bedeuten.

Zusammenstoß zwischen Arbeitern und Polizei in Tokio. Auf Grund des neuen japanischen Gesetzes zur Aufrechterhaltung des inneren Friedens sind 130 Personen verhaftet worden. In Tokio kam es zu einem Zusammenstoß zwischen Polizei und Arbeitern, die versuchten, eine Protestversammlung gegen das neue Gesetz zu veranstalten. 70 Personen wurden verhaftet.

In der südafrikanischen Regierung gärt es; obwohl sie beschlossen hat, zu bleiben, soll der Finanzminister zurücktreten sein. Die beiden Regierungsparteien, Radikale und Demokraten, wünschen Konzentrationsregierung und deshalb gilt der Belamiridritt des Kabinets Bultschemitsch als bevorstehend; es wäre so etwa — der fünfzehnte.

Beizelos, der Führer der griechischen Republikaner, ist mit der Neubildung der Regierung beauftragt worden.

Das Sterndampfer-Personal.

Protest gegen allgemeine Verdächtigungen.

Injere wiederholten Berichte über die Ausrückmächtigkeiten bei der Spree-Havel-Dampfschiffahrtsgesellschaft Stern liegen erkennen, daß ohne Zweifel viele Dinge als aufgebauscht und übertrieben zu bezeichnen sind. Schon gestern machten wir uns dagegen, daß seitens des Publikums in über Verallgemeinerung alle Angestellten und Arbeiter der Sterndampfer mit bloßen und häßlichen Bemerkungen bedacht werden.

Nun wird es den Angestellten der Gesellschaft selbst zu bunt; sie versammelten am Montag eine große Protestversammlung, die sich mit den Verdächtigungen des Personals beschäftigte. Nach längerer Aussprache wurde von der Versammlung eine Entschließung angenommen, wonach die Bediensteten der Spree-Havel-Dampfschiffahrtsgesellschaft „Stern“, Angestellte, Arbeiter und Mitglieder des Verbandes der Schiffahrt Rätischer Wasserstraßen öffentlich Protest erheben gegen die allgemeinen Behauptungen, wonach seit dem gesamt Personal der Unterbringung und des Betrages beachtet wird. Die Versammlung faßte sich ein, mit der von Direktor Rins, dem ehemaligen Leiter der „Stern“-Gesellschaft, abgegebenen Erklärung, daß der angegebene Verlust nicht auf die Betrügereien des Personals zurückzuführen ist. Man beauftragte die Gewerkschaftsleitung, gegen die allgemein verbreiteten Verdächtigungen schärfsten Protest zu erheben, und gab der Erwartung Ausdruck, daß von der Direktion der Spree-Havel-Dampfschiffahrtsgesellschaft ungeschuldig verdächtige Bedienstete öffentlich rehabilitiert werden. Auch beauftragte man die Gewerkschaftsleitung, dafür zu sorgen, daß geordnete Dienstverhältnisse, sowie Dienstpläne geschaffen werden und die Bezahlung der Überstunden erfolgt. „Sollte wider Erwarten“, so heißt es zum Schluß, „die Direktion der Spree-Havel-Dampfschiffahrtsgesellschaft dafür kein Verständnis haben, so wird die Gewerkschaftsleitung beauftragt, alle Maßnahmen zu ergreifen, die Gerechtigkeit und das Ansehen der Angestellten und Arbeiter zu wahren.“

Die Gewerkschaft, der die Arbeiter und Angestellten der Sterndampfer, von denen die Versammlung veranstaltet wurde, angehören, wählte zu den Vorsitzenden. Würden sie der einzigen wirklichen Vertretung der Arbeitnehmer, dem Deutschen Verkehrsband, angehören, dann wären sie sicher besser gefahren. Es wäre wohl nicht so weit gekommen, und vom Verbands aus wären gegen diese verallgemeinernden Unterstellungen rechtzeitig Schritte unternommen worden.

Denn bei der Post geht's nicht so schnell.

Im Tempo des Eisernen Gustav.

Nach dem Monatsersten herrscht Hochbetrieb auf den Postämtern wegen der vielen Ratenzahlungen, die dann geleistet werden müssen. Auf dem einen Postamt am Potsdamer Platz kann man folgendes erleben: Die Eingangsgehälter unterschieden Zulieferer mit einem, solche mit drei und wieder andere mit mehr als drei Eingangsformularen. Eine recht gute Einteilung.

Wir haben drei Eingangsgehälter zu leisten, treten also an den so bezeichneten Schalter. Vor uns sind vier Personen. Es ist genau 8 Uhr 8 Minuten früh. Der Beamte, der doch nur drei Eingangsgehälter vor sich hat, wird nicht fertig. Ein Angestellter, der vermutlich um 10 im Bureau sein muß, kichert eilig, ohne eingezahlt zu haben. Nun sind also noch drei Personen vor uns. Wie aber arbeitet der Beamte? Er hat offenbar eine schwere Hand, denn er schreibt sehr langsam, gemessenermaßen Buchstaben für Buchstaben und Zahl für Zahl. Er betrachtet sinnlos das, was er selbst geschrieben hat und das, was der Zulieferer geschrieben hat. Es ist alles in Ordnung. Dann beginnt er die Wertzeichen auf die Formulare zu kleben. Jede Marke wird sehr abgegriffelt in die rechte obere Ecke gepappt und es wird offenbar darauf geachtet, daß sie vom Rand genau drei Millimeter entfernt ist. Nun muß gestempelt werden. Der Beamte muß — für diesen Anfang ist nicht er, sondern die Post verantwortlich — nach rückwärts greifen, um den Stempel zu fassen, vermutlich weil er sich den Stempel mit noch einem Kollegen teilen muß. Er drückt den Stempel mit unmerklicher Gemütsanregung auf das Stempelfeld, sodann auf das Formular, wieder auf das Farbkissen usw. Eine weitere Schuld der Verwaltung: Wenn das Farbkissen auf eingeführt wäre, könnte der Beamte mit einemmal alle drei Formulare stampeln. Dann betrachtet der Beamte, nachdem er die Marken gestempelt hat, erneut sein Wert und findet es offenbar sehr gut. Er betrachtet nochmals das Ganze, vergleicht die Aufschriften mit seinen Eintragungen, addiert die Summe in seinem Buch, addiert sie gesondert auf einem Zettel und entschließt sich, mit einer in ihrer etwas müden Haltung ungenügend reißenden Verbewegung die Hand dem Schalterfenstergreif zu nähern und das Fenster zu öffnen. Nun vollzieht sich unter allgemeiner Aufmerksamkeit der wichtige Akt der Einzahlung. Aber siehe da, die Handlung stockt abermals. Der Herr Beamte kann nicht wechseln. Er hat — und das ist abermals Schuld der Verwaltung — nicht genügend Kleingeld zum Wechseln, schnappt also das Fenster zu und tritt einen Spaziergang zu seinen Kollegen an, von dem er gewöhnlich erfolgreich zurückkehrt. Jetzt wird die Zahlung, die Herausgabe des Restgeldes und der Postanweisungen tatsächlich ohne jede auch noch so geringe Hemmung vollzogen. Vier Mann stehen mit je drei Eingangsformularen am Schalter. Als die drei Formulare Nr. 10—12 des Wertes endlich erledigt sind, ist es genau 8 Uhr 37 Minuten. Im ganzen sind 21 Minuten verstrichen. Um es kurz zu sagen: Der Herr Beamte, zweifellos sehr gewissenhaft und zuverlässig, hat eine schwere Hand und ist auch wohl sonst etwas ängstlich. Warum aber legt ihn die Verwaltung ausgerechnet an einem Tag an eine Stelle, wo es unbedingt, wie der linke Berliner sagt, runter zu gehen muß? Nicht der Beamte, sondern die Verwaltung ist verantwortlich.

Bei der Gelegenheit sogleich noch ein anderes Beispiel für die „Fügigkeit“ der Berliner Post: An einem frühen Freitagabend gegen 9 Uhr wird am Belle-Alliance-Platz eine Karte nach Küstrin in den Kasten geworfen. Küstrin ist von Berlin etwa 80 Kilometer entfernt. Diese Postkarte vom Freitagabend kam erst am Sonnabendabend in die Hände des Adressaten, brauchte demnach 24 Stunden. Die Karte war nämlich am Abend gar nicht mehr abgeholt worden, kam daher auch, da sie Berlin 6—7 Uhr früh gestempelt war, nicht mehr mit den Frühzügen mit. Der Postbesitzer mußte nach Küstrin nur drei Stunden. Das nennt man zeitgemäßen Schnellbetrieb.

Die Folgen des Antreiber-Systems.

Häufige Unfälle im Saarbergbau.

Nach einer Meldung aus Saarbrücken ist in dem Osthoch der Grube Klaxenthal durch abertausende Gefährtenmassen der Bergmann Steiger getötet worden, fünf weitere Bergleute wurden schwer verletzt. Dem Bergmann König wurde ein Bein abgeschlagen. Steiger hinterläßt eine sechs-köpfige Familie. Nach einer Mitteilung der „Saarbrücker Zeitung“ häufen sich gerade auf dem Osthoch in letzter Zeit die schweren und tödlichen Unfälle. Die Bergleute klagen außerordentlich über das Antreiber-System und die unwürdige Behandlung. Die Aufsichtsbehörden der Saarregierung werden endlich energisch eingreifen müssen, um den unholdbaren Zuständen ein Ende zu machen.

Neues Eisenbahnunglück in Württemberg.

Drei Leichtverletzte.

Die Reichsbahndirektion Stuttgart teilt mit, daß gestern 13.20 Uhr der D-Zug 59 von Stuttgart nach München bei der Einfahrt in die Station Ulm mit Lokomotive und Tender und dem nachfolgenden Postwagen und einer Wägle des ersten Personenzuges entgleist ist. Ein Postbeamter hat eine Knochenverletzung erlitten. Zwei Reisende sind leicht verletzt worden.

Die Ursache des Unglücks ist noch nicht ermittelt. Eine Ueberbreitung der Fahrgeschwindigkeit liegt nach den getroffenen Feststellungen nicht vor. Der Präsident der Reichsbahndirektion Dr. Siegl hat sich mit den zuständigen Beamten der Reichsbahndirektion sofort an die Unfallstelle begeben. Der Zug konnte mit einstündiger Verspätung die Fahrt fortsetzen.

Der Transport des Marceller Frauenmörders.

Die Nachricht von der erfolgenden Ankunft des Frauenmörders Reg in Marseille hat die ganze Stadt in Aufregung und feierhafte Erwartung versetzt. Um Ausschreitungen der empörten Bevölkerung gegen den Mörder zu verhindern, wies Reg nicht in dem mitten in der Stadt gelegenen Hafen ausgeschifft, sondern an

Funkwinkel.

Abenteurerroman ist eine Verlegenheitsbezeichnung, stellte Ernst W. Freiherr in seinem Einleitungs-vortrag zu der Sendung „Abenteurer im Roman“ fest. Auch der echte Kolportageroman schließt das Abenteuer und ist aus der Freude am Abenteuer entstanden. Erst verhältnismäßig spät hat diese Freude auch in der wirklichen Literatur Nahrung gefunden, und zwar zuerst durch angelsächsische Schriftsteller. Allerdings ähnte Freiherr den Polen Joseph Conrad, der seine Romane in seiner Wahlheimat England und in der Sprache dieses Landes schrieb, auch zu den angelsächsischen Schriftstellern. Proben aus Romanen von Conrad, Stephen und Jack London las Alexander Granach, der diese abenteuerlichen Szenen mit glänzender Sprechkunst nachzuformen verstand. Anschließend folgte ein Konzert des Funk-Orchesters unter Selmar Remrowik, das den Titel führte: „Abenteurer in der Musik“. Man hatte, wie gewöhnlich bei diesen Veranstaltungen, Musik mit entsprechenden Titeln zusammengetragen. Das „Abenteurer“ wird z. B. in Mozarts „Don Juan“-Overtüre dem Hörer taumelnd bemerkt. Remrowik zeigte sich an diesem Abend von einer recht schlechten Seite und gab nie mehr als handwerksmäßige Routine. — Prof. Ludwig Hartmann stuzierte in einem Vortrag die „Aufgabe der graphischen Künste im geistigen Leben“. Der Vortragende unterschied dabei scharf zwischen Malerei und Graphik, die er als eine — im historischen wie im geistigen Sinne — nahe Verwandte von Schrift und Sprache charakterisierte. Die Graphik kann der banalen Mitteilung wie der phantastischen Schilderung dienen, kann so auf Dichtung wie allseitig Journalismus sein. Aber wie das Wort, bezieht sie den Menschen durch sein eigenes Leben, ja, sie spricht fast früher zu ihm als das Wort. Denn bereits das Bilderbuch des kleinen Kindes ist ein graphisches Ereignis. Deshalb verdient die Graphik die bewußte Aufmerksamkeit des Publikums, und, als selbstverständliche Folge dieser Aufmerksamkeit, eine rege Förderung.

Bord eines dem von Tunis kommenden Kurzdampfer entgegenfahrenden Motorbootes übernommen und nach dem Gefängnis gebracht werden. Man nimmt in juristischen Kreisen an, daß der 63jährige Reg zu lebenslänglichem Gefängnis verurteilt werden wird, da nach dem Gesetz vom Jahre 1854 ein Mörder, der 60 Jahre überschritten hat, nicht hingerichtet werden darf und Greise gemauheitgemäß nicht nach den Strafkolonien gebracht werden.

Beim Baden ertrunken.

Am Tegeler See in der Nähe der Scharfenberger Enge ging gestern nachmittag der 18jährige Bootslunge Fritz Schuker aus der Auguststraße in Rowaves beim Baden plötzlich unter. Sofort angestellte Rettungsversuche waren vergebens. Die Leiche des Ertrunkenen konnte einige Zeit später vom Reichswasserflug aus dem Wasser gezogen werden.

In der Nähe der Zigarstraße in Neukölln stürzte gestern nachmittag die neunjährige Elisabeth Piepe aus der Kaiser-Friedrich-Straße 205 zu Neukölln in den Schiffahrtskanal. Die Feuerwehr barg das Mädchen nach kurzer Zeit, doch blieben Wiederbelebungsversuche ohne Erfolg.

Amateur-Detective im Lunapark. Wie alljährlich fand auch diesmal das Sommerfest der „Kripo“ der Kriminalpolizeischen Vereinigung statt, dessen Höhepunkt stets der Wettbewerb kriminalistischer Begabung, des Wiedererkennens dreier Personen, bildet. Ob man der Regen daran schuld war, der viele Besucher vorzeitig verschloß, oder ob der detective Nachwuchs in diesem Jahre zu wünschen übrig läßt, jedenfalls war unter den Preisjuratoren keiner, der alle drei erraten hätte. Zwei Beobachtern war es gelungen, zwei der Geuchten herauszufinden und sich in die ausgelegte Brämle von 1000 M. zu teilen. Während einer der Gewinner, Angestellter eines Reisebureaus, bereits im glücklichen Besitz der 500 M. ist, wurde der zweite Gewinn noch nicht abgeholt. Der Betreffende, dessen Sucharte die 21 trägt, kann bei Kriminalkommissar Dr. Riese im Polizeipräsidium das Geld erheben.

Der „verbotene Gustav“. Nun hat auch unser „Jüngster“ Volksheros, der brave Dreißentwiger Gustav Harimann, den Weg auf die Bühne gefunden. Das Ueberrückel: „Der Eiserne“ wurde infolge geistlicher Differenzen mit den Angehörigen des modernen Theaters in das Pseudonym des „verbotenen“ verpackt. Und dies mit Recht (in bezug auf das Bühnengeld). War so humorlos und albern hätte die Sache im Residenztheater denn doch nicht ausfallen müssen, wenn gleich man keine Erwartungen abheben sollte geschraubt hätte. Aber das war weniger als nichts. Die Geisteskräfte waren entweder zum Weinen traurig oder plumpe, auch wieder wirklose Eindrücke. Hier paßt der Vergleich: Wie sich der kleine Moritz eine aktuelle Poie vorstellt. Die Darsteller, vom lieben Gott auch nicht gerade mit allzuviel Ursprünglichkeit bedacht, konnten das Stückchen Unglück auch nicht retten. Vielleicht verstreicht man sich den Hals selbst nach seiner Rückkehr als Hauptakteur?

Wetterbericht der öffentlichen Wetterdienststelle Berlin und Umgegend. (Nachr. d. d. h.) Zunehmende Bewölkung mit Gewittern, leichtes Temperaturrückgang. — Für Deutschland: Im Süden und Südosten sehr warm; im übrigen Deutschland kühler mit Gewittern.

Lunapark. Am Donnerstag, 5. Juli, bietet der Lunapark seinen Gästen die Möglichkeit, interessante Filmaufnahmen der Lunapark, die die Strauß-Film Co. in h. h. die letzten neuen Film „Kühler Wärsch“ dreht sich. Das Publikum wird sich an diesen Aufnahmen u. a. zu vermerken. Der Lunapark wird durch den Park, die im Film hergeboten werden sollen, beträchtlich können. Auf dem Mittelpostum wird eine Plakette aufhängen werden, zu welcher der Regisseur nach 10 Uhr am 10. Juli aus dem Publikum, nach was je 10 Stunden, heraus und heraus hat. Für einen großen Film-Preiswettbewerb „Krank Du mich“ hat 1000 Preise ausgesetzt.

PEEK & CLOPPENBURG

BERLIN C19 • GERTRAUDTEN-STRASSE 25-27 • ROSS-STR. 1-4

Sie kaufen bei uns

nur neueste, der Tagesmode entsprechende

Kleidung besserer Art

in eigenen Betrieben sorgfältig hergestellt

Preisstellung stets sehr niedrig!

Herrenanzüge
Herrenmäntel
Herrenartikel

Damenmäntel
Damenkostüme
Mädchenkleidung

Kleidung für Jünglinge und Knaben

Parteinachrichten für Groß-Berlin

Einladungen für diese Rubrik sind stets an das Bezirkssekretariat Berlin SW 68, Lindenstraße 2, zu richten.

4. Kreis Prenzlauer Berg. Achtung! Fahrkarten für die heutige Dampferfahrt sind vollkommene ausverkauft!

13. Kreis Tempelhof. Mittwoch, 4. Juli, Sitzung des engeren Kreisvorstandes, der Elternbeiräte sowie der ersten Erzieherinnen um 10 Uhr bei Riendorf, Mariendorf, Chausseest. 19. Wichtige Tagesordnung. Erscheinen dringend erforderlich. — Freitag, 6. Juli, 19½ Uhr, Sitzung des Kreisbildungsausschusses bei Riendorf, Mariendorf, Chausseest. 19. Um vollständiges und pünktliches Erscheinen wird dringend gebeten.

14. Kreis Reinickendorf. Donnerstag, 5. Juli, 19½ Uhr, an bekannter Stelle, Sitzung des erweiterten Kreisvorstandes. — Achtung! Montag, 9. Juli, Kreisfunktagssitzung.

15. Kreis Kreuzberg. Donnerstag, 5. Juli, 19½ Uhr, bei Thiele, Rieberschneide, Reiheweg Str. 38, Kreisvorstandssitzung.

20. Kreis Reinickendorf. Donnerstag, 5. Juli, 19½ Uhr, im Volkshaus, Reinickendorfer-Weiß, Schornweberstr. 114, Sitzung des erweiterten Kreisvorstandes.

Heute, Mittwoch, 4. Juli.

3. WM. 19½ Uhr im Saal I des Gewerkschaftshauses, Engländer 24-25, außerordentliche Mitgliederversammlung. Vortrag: „Wo stehen die Berliner Streikgewerkschaften? Referent Stadtverordneter Dr. Siegfried Weinberg. Stellungnahme zum Ausschluss eines Mitgliedes. Die Bezirksführer laden dazu ein. Alle Mitglieder werden um vollständiges Erscheinen dringend gebeten.“

9. WM. Achtung! Die Fahrkarten zu der am Dienstag, 17. Juli, stattfindenden Dampferfahrt nach Jüterbog sind bei der Genossin Anna Herrich, Wilsener Str. 46, von 4 Fr. (nicht wie irrtümlich angegeben, Wilsener Str. 43), zum Preise von 1 M. pro Stück zu haben.

53. WM. Charlottenburg, 20 Uhr bei Dr. Hartmann, 26, Sitzung des engeren Kreisvorstandes mit den Schiedsrichtern.

74. WM. Schöneberg, 20 Uhr bei Richter, Potsdamer Str. 20, Funktionärsitzung.

Morgen, Donnerstag, 5. Juli.

3. WM. 19½ Uhr bei Pöschel, Seckauerstr. 36, äußerst wichtige Funktionärsitzung. Jeder Bezirk muß vertreten sein.

5. WM. 19½ Uhr bei Lehmann, Partestr. 7, Sitzung sämtlicher Funktionäre.

23. WM. 20 Uhr bei Westalla, Behnhofstr. 3, Funktionärsitzung. Materialausgabe. (Jahresbericht des Parteivorstandes usw.)

26. WM. 19½ Uhr bei Busch, Tilsiter Str. 2, Funktionärsitzung. Erscheinen dringend erforderlich.

114. WM. Reinickendorf, 20 Uhr bei Schwarzer, Gabriel-Mag-Str. 17, Vorstand- und Funktionärsitzung. Erscheinen dringend notwendig.

Frauenveranstaltungen:

2. Kreis Wedding. Abrechnung der Dampferfahrten am Freitag, 6. Juli, in der Vorstandsitzung.

6. Kreis Kreuzberg. Donnerstag, 5. Juli, 19½ Uhr, Funktionärsitzung bei Wolf, Großestr. 1. Jede Abteilung muß vertreten sein. Wichtige Tagesordnung.

1. Kreis Charlottenburg. Die Abteilungsleiterinnen werden gebeten, die Dampferfahrten bis spätestens Donnerstag, 14. Juli, abzurechnen.

8. Kreis Spandau. Sonntag, 7. Juli, 19½ Uhr, in Ebbels Parkstr. 1, Parkstr. 1, Spandau, Propagandaveranstaltung der Frauengruppe der SPD, Spandau. Programm u. a.: Regitationen, lebende Bilder, Festspiel, Kapuze der Genossin Elfe Schönbühler. Alle Genossinnen, besonders die Charlottenburger, „Vorwärts“-Leser und Sympathisierende sind herzlich eingeladen.

20. Kreis Reinickendorf. Donnerstag, 5. Juli, nachmittags, Kaffeestunden in Regel im „Kleinen Seepavillon“. Alle Abteilungen sind herzlich dazu eingeladen.

14. WM. Dampferfahrten sind noch bei der Abteilungsleiterin, Frau Luise Popel, Ewinenmünder Str. 42, zu haben.

Bezirksausschuss für Arbeiterwohlfahrt:

3. Kreis Wedding. Donnerstag, 5. Juli, 20 Uhr, im Jugendheim Schönkehlstraße 1, Kreisleiter(innen)-Arbeitsgemeinschaftabend. Wichtige Tagesordnung. Erscheinen aller Helfer(innen) unbedingt notwendig.

Jungsozialisten.

Reinickendorf. Heute, Mittwoch, 20 Uhr, im Jugendheim Bergstr. 20, Vortrag: „Amerika“. Referent Genosse Decker.

Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde.

Tempelhof. Heute, Mittwoch, 4. Juli, von 16 bis 19 Uhr, Gymnastik auf dem Spielplatz Neuer Park, Volkstr. 1, nach dem Eingeladungen.

Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Berlin

Einladungen für diese Rubrik nur an das Jugendsekretariat, Berlin SW 68, Lindenstraße 3

Mitgliederveranstaltungen heute 19½ Uhr.

Gesundbrunnen II: Schule Christianistr. 20. — **Wedding:** Jugendheim Turiner, Eds Seckstr. — **Kaltenplatz:** Jugendheim Tilsiter Str. 4-5. — **Vetersburger Viertel:** Jugendheim Ebertstr. — **Reichenberger Viertel:** Bricker Str. 2-30, Zimmer 2. — **Charlottenburg-Kreis:** Jugendheim Silberstraße (Städt. Spielplatz). — **Spandau:** Lindenauer 1. — **Tempelhof:** Jugendheim August Hermannstr. 4-6. — **Friedrichshagen:** Friedr. 78. — **Friedrichshagen:** Jugendheim Schloßstr. 1, ede Wit-Friedrichshagen. — **Reinickendorf:** Jugendheim Hausstr. (Sportplatz).

Schöneberg-Mitte u. West: Vortrag: „Wir und andere Jugendorganisationen.“ — **Westen I:** Vortragsabend beim Genossen Georg Bauer, Steinstr. 5.

Werderbezirk Köpenicker: Spiel und Sport auf dem Sportplatz der Gruppe Köpenicker.

Werderbezirk Prenzlauer Berg: Sämtliche Kauten, Geigen- und Mandolinenspieler treffen sich am Sonntag, 7. Juli, 19 Uhr, im Jugendheim Danziger Straße 62, Parade Nr. 7, rechts, zur Probe für den Jugendtagabend am Freitag, 13. Juli. Die Gruppenleiter werden gebeten, dafür zu sorgen, dass alle Musikspieler erscheinen.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“.
Geschäftsstelle: Berlin S. 14, Seckauerstr. 37/38, Hof 2 Tr.
Mittwoch, 4. Juli, Friedrichshagen: 20 Uhr Funktionärsitzung Comenius-Säle, Memeler Str. 67, mit erweitertem Vorstand und sämtlichen Kreisleitern. Kreuzberg, Aug 8: 20 Uhr Versammlung bei Adam, Ubbendorf Str. 30, Vortrag Kom. Kreis. Charlottenburg, Kameradschaft Spreer: 20 Uhr Versammlung bei Ebert, Kaiserin-Augusta-Allee 90. — **Donnerstag, 5. Juli, Friedrichshagen, Kameradschaft Frankfurt:** 20 Uhr Versammlung bei Bomde, Feigstr. — **Schöneberg-Friedenau:** 20 Uhr Spielmannszug in der Turnhalle am Hertzbergplatz. Auch die anderen Kameraden werden ersucht, dort mitzubringen zu erscheinen. — **Tempelhof:** 20 Uhr Jug- und Gruppenleiterbesprechung bei Kroll, Köpenicker Str. 10. — **Freitag, 6. Juli, Prenzlauer Berg:** 20 Uhr erweiterte Vorstandssitzung bei Frau, Prenzlauer Allee. — **Kreuzberg, Aug 1:** 20½ Uhr Versammlung bei Seebal, Wilsener-Str. 43. — **Reinickendorf:** 20 Uhr, sondern von 20-22 Uhr im Vorwärtsgebäude, Lindenstr. 3, Hof 5. Die Jugendfahrt am 7. und 8. Juli findet nicht statt. — **Steglitz (Duisenberg):** Frankfurt-Fahrt sind von den Jugführern bis zum 5. Juli bei Kom. Brüder, Amst. 21, zu melden. — **Reinickendorf:** Sonntag, 8. Juli, 15 Uhr, großes Sommerfest des Musikkorps in den Rautenböden, normale Paraden, Treptow, am Treptower Park 69. Zwei Orchester für Garten und Saal. Eintritt 50 Pf. Kinder 20 Pf. Alle Republikaner sind herzlich eingeladen.

Sport.

Rennen zu Hoppegarten am Dienstag, dem 3. Juli.

1. Rennen. 1. Pelopen (D. Schmidt), 2. Stolzenfels (Blume), 3. Wilmann (Braun). Toto: 23:10. Platz: 12, 13:10. Ferner lief: Restinallente.

2. Rennen. 1. Timoretto (Knefel), 2. Fürstentum (Höhlke), 3. Elko (Grabsch). Toto: 110:10. Platz: 46, 36:10. Ferner liefen: Wandauf, Freier Hille.

3. Rennen. 1. Antonia (Janet), 2. Palmieri (D. Schmidt), 3. Heiderote (Quagenin). Toto: 15:10. Platz: 11, 12, 16:10. Ferner liefen: Hünfeld, Latern, Lebensretter, Frontsoldat.

4. Rennen. 1. Lampos (Blume), 2. Frelweg II (Williams), 3. Rheinwein (Knefel). Toto: 40:10. Platz: 18, 14:10. Ferner lief: Wanderer.

5. Rennen. 1. Rifolin (Höhlke), 2. Alexander der Große (Bermann), 3. Goral (Baigal). Toto: 23:10. Platz: 11, 14, 13:10. Ferner liefen: Perma, Solimo, Mädchenjäger, Marabida.

6. Rennen. 1. Maximus (Guagenin), 2. Baumstamm (Brehner), 3. Holofernes (Janet). Toto: 25:10. Platz: 14, 21, 29:10. Ferner liefen: Doldrio, Ver Sea, Erdgeist, Raurus, Schallmar, Angelus, Quaba, Quartiermacher.

7. Rennen. 1. Kunin (Brehner), 2. Dabibi (Janet), 3. Othwiga (Höhlke). Toto: 50:10. Platz: 17, 18, 20:10. Ferner liefen: Bundes-treue, Capanova, Verd, Kunter, Hildufer.

In fast allen Abteilungen: **Grosser Saison-** Beginn: Montag, den 2. Juli

AUSVERKAUF

PREISE = TEILWEISE HERABGESETZT BIS ZUR HALBTE

Verkauf soweit Vorrat — Mengenabgabe vorbehalten — Kein Verkauf an Wiedervorkäufer

Lederwaren

Ein Geldtaschen aus echtem ostindischen Leder, grosse Formen, für Damen und Herren..... durchweg Stück **1 90**

Ein grosser Damen-Taschen, Besuchstaschen und Beutelform aus echtem Leder, in vielen modernen Farben

Sortiment I **2 85** Sortiment II **4 50** Sortiment III **5 90**
durchweg St. durchweg St. durchweg St.

Ein grosser Geldtaschen aus echtem Leder, teilweise mit kleinen Fehlern.....Stück **95** Pf.

Seidenstoffe

Bastseide naturfarbig, abgekocht, ca. 80 cm breit, Meter **1 65**

Manteljacquard schwarz, doppeltbreit, Meter **2 25**

Taffet einfarbig oder moderne Schotten.....Meter **3 80**

Crêpe Florida reine Seide, für Kleider und Wasche.....Meter **3 80**

Bastbordüren gestickt, ca. 120 cm breit, Meter **5 80**

Satin Grenadine reine Seide, viele mod. Farben, ca. 100 cm breit, Meter **6 70**

Weißwaren

Ein Posten Bindekragen volle, 95 Pf. **55** Pf.
viele Farben..... früher Stück

Ein Posten Bindekragen Crêpe reine Seide, gr. Farbortiment.....früher Stück **2 50** **1 45**

Ein Posten Lavalleres reine Seide, 1 45 an, moderne Farben..... früher Stück **95** Pf.

Damen-Krawatten reine Seide, grosses Farbortiment..... jetzt Stück **75** Pf.

Kleiderstoffe

Travers kaschierter, moderner Kleiderstoff.....früher Meter bis 1,95, jetzt **95** Pf.

Wollmusselin viele aparte Druckmuster.....früher Meter bis 2,90, jetzt **1 45**

Kleiderstoffe reine Wolle, kaschierter, in Pastellfarben u. Travers, früh. Mtr. bis 2,90, jetzt **1 65**

Covercoat blau, ca. 140 cm breit, schwere Mantelware, früh. Meter bis 7,90, jetzt **2 45**

Fantasie-Mantelstoffe ca. 190-140 cm breit, früher Meter bis 7,90, jetzt **3 90**

Veloutine Wolle mit Seide, ca. 100 cm br., eleg. Kleiderware, grosse Farbsortiment.....früher Meter bis 7,90, jetzt **4 65**

Strickwaren

Handtücher schwere Qualität.....Stück **95** Pf.

Bademäntel gute Qualität..... **7 50**

Capes moderne Formen..... **5 90**

Stoffe für Bademäntel schöne farbige Anmusterung, Mtr. **3 90**

Elegante Bade- und Strandanzüge, sämtliche Badeartikel besonders preiswert!

Bathstoffe

Perkal für Oberhemden, ca. 80 cm breit, kariert, gestreift, Indanthren.....früher Meter bis 1,10, jetzt **62** Pf.

Wachseide Kunstseide mit Baumwollwolle, aparte Druckmuster, früher Meter bis 1,95, jetzt **68** Pf.

Façonné Kunstseide mit Baumwollwolle, helle Modifarben, früher Meter bis 1,45, jetzt **88** Pf.

Vollvoile ca. 100 cm breit, modern bedruckt.....früher Meter bis 2,50, jetzt **90** Pf.

Wachseide Kunstseide mit Baumwollwolle, mod. Tapfenmuster, früher Meter bis 1,50, jetzt **92** Pf.

Crêpe de Chine Kunstseide m. Baumwollwolle, neue Must., a.T. mit kleinen Fehlern, früher Meter bis 3,50, jetzt **1 75**

Kopfstoffenbezüge mit Bogen..... **95** mit Lan-guetto **135** mit **175**

Kopfstoffenbezüge **135** **165** **195**

Linon..... **135** **165** **195**

Garnierte Bettwäsche angestaubt, ganz bedeutend unter Preis

Deckbettbezüge **4 95** **6 25** **7 75**

Dimitt-Garnituren **10 50** **13 50** **16 50**

1 Deckbett und 2 Kissen.....

Grosse Posten Häkelkantentücher mit farbigem Hohlraum, wasch- und leicht

Serie I früher bis 25 **15** jetzt **15** Pf.
Serie II früher bis 28 **18** jetzt **18** Pf.
Serie III früher bis 38 **28** jetzt **28** Pf.

Ein grosser Posten **Herren-Taschentücher** weiss, oder weiss mit farbiger Kante, gute Qualitäten, a. T. mit kleinen Schönheitsfehlern

Serie I früh. **18** St. **10** jetzt **10** Pf.
Serie II früh. **28** St. **15** jetzt **15** Pf.
Serie III früh. **38** St. **23** jetzt **23** Pf.
Serie IV früh. **65** St. **38** jetzt **38** Pf.

Stubenhändtücher gutes weisses Dreifachgewebe, früher Stück bis 72 Pf., jetzt **48** Pf.

Stubenhändtücher Jacquardmuster, vollweiss geblickt, ca. 45-100 cm, abgepasst, gestammt u. gebündert, früher Stück bis 1,10, jetzt **78** Pf.

Damasttischtücher vollweiss geblickt, mit farbiger Kante, a.T. mit kleinen Schönheitsfehlern, im Preise bedeutend ermässigt

Grosse Postposten gewebter Tischdecken doppelseitig zu decken, geschmackvolle Blumen- und Fantasiemuster, ca. 180/180 cm ca. 180/180 cm ca. 180/210 cm ca. 150/150 cm ca. 150/210 cm

früh. **3 90** früh. **4 90** früh. **7 45** früh. **5 45** früh. **8 65**
bis bis bis bis bis
7,50 **8,90** **12,90** **9,50** **14,75**
jetzt jetzt jetzt jetzt jetzt

Reste und Abschnitte enorm billig

HERMANN TETZ

14

Kindergeschichten.

Von W. Wereschajew.

I.

Frühmorgens kitzelt es zu mir ins Zimmer.
„Onkel Wjtsja, sieh' auf! Ich war schon spazieren, und du schläfst immerzu!“
Und er versucht, mich aus dem Bett zu zerrn. Ich frage:
„Ist draußen Sonne?“
„Nein. Nur Himmel.“
Er schäumt über vor Lebenslust. Er saust im Zimmer herum, sprühend wie ein glühendes Kohlenstückchen. Bald bleibt er vor dem einen, bald vor dem anderen Gegenstand stehen.
„Das ist... das ist... das ist... Bürste! Und das ist... Kissen! Und das ist... Decke! Und das ist... das ist... Was ist das?“
Er hat sich schon früher bei mir erkundigt und prüft sich jetzt selbst.

„Ein Bleistift.“
„Bleistift... und das ist?“
„Ein Schmel.“
Man spürt, was für eine ungeheure geistige Arbeit in diesem kleinen Gehirn vor sich geht, wie angespannt das Gedächtnis die ganze Zeit ist; er lernt ununterbrochen — eifrig, spielend, mit der genialen Beiligkeit des Kindes.

Und den ganzen Tag lang kann man die angestrengte Arbeit, alle Lebenserscheinungen zu begreifen und in sich aufzunehmen, beobachten. Das Gehirn eines Erwachsenen würde nie eine so anstrengende Arbeit und eine solche Menge von Eindrücken aushalten können. Ich gehe mit ihm im Gärtchen des Landhauses spazieren. Im spärlichen jungen Gras, unter einer Birke, sehe ich einen rosenfarbigen Pilz.

„Sieh mal, das da ist ein Pilz.“
„Pilz...“
Zuerst hinterläßt das neue Wort nur einen flüchtigen Eindruck. Doch dann werden seine Augen aufmerksam, und er wiederholt noch einmal:
„Pilz!“

Es ist, als vertiefe er sich in das neubewältigte Wort. Und noch einmal wiederholt er, jetzt schon stegreich, befriedigt:
„Pilz!“
Er geht im Garten herum, fauert vor jedem Stoppstein nieder, betrachtet ihn aufmerksam und sagt vor sich hin:
„Pilz!“

Ich sitze neben ihm auf der Bank am Ende des Gartens. Mühsam hebt er langsam den Kopf und betrachtet angespannt die Kette der Pappel. Er starrt hinaus, ohne den Blick zu wenden. Was hat er denn? Dort oben ist doch nichts Besonderes los. Dann begreife ich: für mich nichts Besonderes, aber für ihn. Denn plötzlich haben sich die unbeweglichen Blätter ganz von allein bewegt, sie erzittern, räumen und rauschen.

Und abends steht über dem Horizont die riesige, runde, glühendrote Sonne. Was kann die erstaunten Augen nicht von ihr wenden. Er wird ins Bettchen gebracht, warm zugebedt. Und plötzlich wähnt es laut und deutlich:
„Pilz!“
Dann schweigt er eine Weile, überlegt und wiederholt noch einmal voller Befriedigung:
„Pilz.“

II.

Vor dem Fenster einer Konditorei. Ein kleiner Junge starrt angespannt auf eine Breyel. Ich frage ihn:
„Na, Freundchen, die Breyel gefällt dir wohl? Woßen wir sie kaufen?“
Er antwortet mit Bestimmtheit:
„Rein Geld.“
„Welch du, was wir machen? Wir werden uns die Arbeit teilen. Ich werde sie kaufen, und du wirst sie essen.“
Er schweigt, überlegt und sagt dann:
„Na, gut.“
Und so machten wir es auch. Und hatten beide viel Vergnügen davon.

(Aus dem Russischen von Nina Stein.)

Rheinischer Gutshof vor 2000 Jahren. Neue Ausgrabungen.

Wenn wir auch in der „Germania“ des Tacitus eine einzigartige Quelle für die Frühzeit deutscher Kultur besitzen, so schweigt doch dann die schriftliche Überlieferung lange Jahrhunderte, und wir sind auf die Funde angewiesen, die in der Erde als Urkunden bewahrt wurden. So haben denn die Grabungen im Rheingebiet von der Zeit der römischen Besetzung Deutschlands eine unendlich große und kostbare Fülle von Kenntnissen vermittelt. Hunderte von römischen Siedlungen sind ausgegraben worden, aber noch nie war bisher eine solche systematisch untersucht worden. Erst durch die Grabung des Kölner Museums, die einen großen Gutshof zum erstenmal mit allen seinen Anlagen und Einrichtungen genau untersuchte, ist das Leben am Rhein vor fast 2000 Jahren uns in vieler Beziehung nähergebracht worden. Ueber die wichtigen Ergebnisse dieser Forschungen berichtet der Leiter der Kölner Grabung, Dr. Fritz Fremersdorf, in „Reclams Universalium“. Den Mittelpunkt des Anwesens bildete das Herrenhaus, ein rechteckiger Bau von etwa 50 Meter Front mit 30 Räumen, dem auf drei Seiten Säulenhallen und Veranden vorgelagert waren. Vor der Hauptseite lag nach Westen hin eine Gartenanlage; an der nördlichen Schmalseite sind die ausgedehnten Baderäume mit Heizkammer und Dampfbad, nach Süden ein großer Saal; dann folgt ein Durchgang nach dem landwirtschaftlichen Betriebe im Osten des Hauses, der Speisesaal, dahinter die Küche und zum Schluß eine Reihe von Bohn- und Schlafzimmern. Es wurden ferner architektonische Gebilde, daß eine genaue Rekonstruktion des zweistöckigen Gebäudes hergestellt werden konnte. Die Pracht der Ausstattung läßt sich aus einigen Mosaikresten, aus bunten Marmorplatten und zahlreichen Bruchstücken von Freskomalereien noch ahnen. An die Baderäume schloß sich eine sorgfältig gebaute Entwässerung an, die in einen großen, künstlich angelegten Teich mündete, auf dem sich wahrscheinlich Enten tummelten. Frisches Wasser lieferte ein Ziehbrunnen, der bis zu einer Tiefe von 22 Meter reichte und technisch sehr geschickt angelegt war.

Der Gutshof, der etwa vom Jahre 50 bis 400 n. Chr. bestand,

Sonderbare Nuzpflanzen.

Seifenbäume, Zahnbürstensträucher, Pilze als Nachtbeleuchtung.

In China wächst eine Esche (*Fraxinus chinensis*) und eine Ligusterart (*Ligustrum lucidum*), die in der Industrie des Landes eine ziemlich wichtige Rolle spielen, weil sie ein brauchbares Wachs liefern. Der Wert dieser Wachsstränge geht jährlich in die Millionen. Um aus diesen Bäumen Wachs zu erhalten, muß man sie allerdings erst „reizen“; denn weder Esche noch Liguster sind von Natur aus Wachsproduzenten. Bringt man jedoch eine Anzahl von Wachsahlfäulen (*Coccus Pala*) — die von den Chinesen eigens für diesen Zweck gezüchtet werden — auf die Bäume und Sträucher von Esche und Liguster und läßt die Brut dieser Tiere die Zweige anstecken, so bilden sich im Verlauf von kurzer Zeit an den von den Fäulen befallenen Stellen dicke Schichten einer weißen, wachsartigen Masse. Wenn diese Masse mit den Zweigen, die sie bedeckt, in Wasser ausgekocht wird, erhält man das handelsfertige Produkt: ein helles Wachs, das sich zur Kerzenfabrikation wie auch zu verschiedenen anderen Zwecken vorzüglich eignet. Wenn in Brasilien die Bienen alles Wachs liefern müßten, das die Industrie verbraucht, so hätten sie wohl wesentlich mehr zu tun, als sie leisten können. Glücklicherweise wächst dort eine mächtige Fächerpalme, (*Copernicia cerifera*), die Carouba-Palme, und spendet Wachs, soviel man braucht. Die großen Wedel sind mit Wachs bedeckt, einem Ueberzug, den man im einfachsten Falle abklopft, auf offenem Feuer schmilzt oder auch in Wasser kocht, woraus sich aus dem grau-grünen Wachsflüchen, den man erhält, gut leuchtende, sogar wohlriechende Kerzen machen lassen. Die Natur der tropischen Länder läßt aber nicht nur Kerzenbäume, sondern auch richtige Seifenbäume wachsen. Nordafrika, Indien, China und Südamerika besitzen solche Seifenlieferanten in ihrer Sapindaceen-, eine Pflanzenfamilie, die unserem Kastanienbaum nahe verwandt ist. Die bis zu 10 Meter hohen Bäume tragen etwa linsengroße Früchte, deren Fleisch, mit Wasser und Alkohol behandelt, einen so starken Schaum erzeugt, daß diese Seifenfrüchte für viele Bewohner jener Länder einen wertvollen Ersatz der Seife darstellen.

Wenn die Pflanzenwelt Seife zu liefern imstande ist, könnte sie nicht Schwämme und Zahnbürsten hervorbringen? Diese Frage ist keineswegs so absurd, wie es auf den ersten Blick scheint. Sowohl Schwamm wie Zahnbürste kann der Mensch in den tropischen Ländern abpflücken. Den Schwamm spendet die hauptsächlich in Afrika und Asien vorkommende Luffapflanze (*Luffa cylindrica*), deren gartenähnliche Früchte ein dicht ineinander verschlungenes Gefäßgitterwerk enthalten. Welsch man die Luftfrucht in Wasser, so daß sich das Fruchtfleisch und die Samen von dem Füllergewebe lösen, so gibt es einen Schwamm, wie man ihn sich nicht besser wünschen kann. Die Luftfrüchte werden deshalb besonders geschätzt, weil man aus dem festen Gewebe die verschiedensten Gegenstände, Schuhe, Einlegesohlen, Röhren, Sattelunterlagen und dergl., verfertigen kann. Die Luffaindustrie hat heute eine große Ausdehnung genommen, und längst beteiligen sich auch andere warme Länder an dem gewerbmäßigen Anbau der Luffapflanze. Namentlich als Frostschwamm eignet sich das feste feine Gewebe nicht besser als der immer weiche Badeschwamm. Und wo pflückt man die Zahnbürsten? Wieder sind es ausschließlich die warmen Länder, die solche Annehmlichkeiten bieten. In Vorderindien, Persien und Arabien findet man den Strauch (*Salvadora persica*), der — nach J. Biers Bericht — mit vollem Recht als „Zahnbürstenstrauch“ bezeichnet wird, weil sich seine Zweige, wenn man sie an ihrer Spitze aufzersetzt, trefflich als Zahnbürsten verwenden lassen.

Man kann diesen seltsamen Nuzpflanzen nun noch eine ganze Reihe anderer, ebenso seltsamer Pflanzen an die Seite stellen, denn die Natur scheint als Spenderin von Nuzpflanzen geradezu uner-schöpflich zu sein. Als solche „Nuzpflanzen“ kann man z. B. die leuchtfräftigen Pilze betrachten. Unsere deutsche Flora besitzt freilich keinen besseren Vertreter dieser leuchtenden Pilze als den Hallimasch, dessen Fadengeflecht im Baumholz, das es durchdringt, schwach leuchtet. In den Tropen, namentlich in Australien und Brasilien, wachsen dagegen Pilze — *Agaricus*, *Planus* und *Psorosporium* — deren Leuchten so intensiv ist, daß man im Licht von nur wenigen solcher Pilze nachts ganz gut größere Druck-schrift lesen kann. Die Leuchtkraft, die auch gewissen Bakterien innewohnt, den Leuchtbakterien, welche oft Fleisch und Seefische befallen und dann zu einem seltsamen fahlen Leuchten bringen, hat man einmal praktisch auszunutzen versucht. Man züchtete Kolonien jener Bakterien in großen Glasflaschen, und bald darauf erglänzte der Kolben in einem schönen grünen Licht, das nahezu zwei Wochen hindurch gleichmäßig leuchtete. Für Zwecke, die eine explosionsfähigere Beleuchtung forderten, ließ sich die „kalte Lampe“ auch recht gut anwenden, um so mehr, als der „Brennstoff“ sehr billig kam.

In Südamerika wächst ein Nuzbaum eigener Art, von dem schon Humboldt in seinen Reiseberichten erzählt, und den die Eingeborenen ihren „Kuhbaum“ oder „Milchbaum“ nennen. Der Kuhbaum (*Galactocedron utile*) führt seinen Namen mit Recht, weil in seinem Stamm und seinen Ästen eine milchartige und wohlschmeckende Milch enthalten ist. Zur Zeit des Milchflusses, wenn der Saft schon früh am Morgen zu fließen beginnt, macht man in die milchhaltigen Teile der Bäume entsprechend tiefe Einschnitte und läßt die Milch auf, die sich in reichlichem Fluß aus den Deffnungen ergießt. Die Milch, die der Kuhbaum spendet, ist indes nicht nur schmackhaft, sondern hat auch einen verhältnismäßig hohen Nährwert, so daß jedes Jahr, während der Zeit, in der der Baum die meiste Milch liefert, die Eingeborenen sichtlich dicker werden. Auch Käse bereitet man aus der gelben Milch, und wer keinen Kuhbaum in seiner Nähe hat, kauft sich statt dessen von dem Käse, den diese Kuh aus dem Pflanzenreich liefert. Kann aber ein Baum Milch geben, so sollte man einem anderen auch Wein abzupfen können. Auch dafür hat die Natur gesorgt. In Vorder- und Hinterindien ist eine Palme heimisch, die Ritalpalme (*Caryota urens*), aus der, sobald man ihren im Australien begriffenen Blütenstand ausschneidet, gewaltige Saftmengen fließen. Im Laufe von 24 Stunden spendet die Ritalpalme oft bis zu 50 Liter eines süßen, aromatisch schmeckenden Saftes, aus dem man nach vorhergehender Gärung trefflichen Palmwein herstellen kann oder aber, wenn man ihn eindickt, Palmzucker kocht. Auch die Weinpalme (*Raphia vinifera*) Brasiliens und Westafrikas, deren Blätter zu den größten Blattformen der Erde zählen, weil sie bis 15 Meter lang werden und jede einzelne Fieder 2 Meter lang ist, läßt sich anzapfen, wenn man ihre Blütenkolben entfernt. Auch sie ist ein Weinbaum im wahren Sinn des Wortes, indem sie ebenfalls große Mengen eines widerständigen Saftes ausfließen läßt, der, vergoren, zum süßlumigen Palmwein wird. Aus dem Saft der Rotalpalme brount man dagegen einen starken würzigen „Loddy“, während die in Chile wachsende Jubaea (*Coccoloba chilensis*) aus ihrem Stamm einen dicken Sirup ausfließen läßt, den man als „Palmhonig“ in der Küche verwendet.

R. H. n. Lütgendorff.

„Steine-Jakob.“

Ein englischer Sammlertönig.

Der Inspektor der Grabungen am Londoner Museum, Lawrence, ist in den Ruhestand getreten, und aus diesem Anlaß wird in einem Londoner Blatt die Tätigkeit dieses Mannes geschildert, der seit 43 Jahren aus dem Schutt der abgedruckenen Häuser Korbwerkelei gesammelt und allein seinem Museum 12 000 Gegenstände zugeführt hat. Dieser „Sammlertönig“ ist bei den Abbrucharbeitern seit langem eine allgemein bekannte Persönlichkeit und wird von ihnen nur „Steine-Jakob“ genannt. Für die Deffentlichkeit aber war seine Arbeit bisher fast ein Geheimnis; er hat vollkommen im Stillen gearbeitet und gewartet. Wurde irgendwo im alten London ein Haus abgebrochen, dann suchte er an der Abbruchstelle ein gedungener, breit-schultriger Mann mit einer Brille auf und wurde von den Arbeitern mit fröhlichem Hallo begrüßt, denn sie wußten, daß er für alte schmuckige Steine, für verrostetes Eisen und anderem „Unrat“ unter Umständen klingende Münze zahlte. Sein Ruf verbreitete sich; von allen Seiten brachte man ihm Altertümer, und so machte er schließlich einen kleinen Laden auf, den er noch besitzt. Er ist wohl der reichste Mann Londons.

Eine Epoche der Geschichte stößt hier an die andere: neben alt-ägyptischen Gefäßen liegen japanische Schwerdgriffe und neben Töpfen der eisenzeitlichen Zeit ruhen Bronzen aus den Tagen der alten Sachsen, römische Münzen und Bleisphären aus Feuerstein. Hinter dem Ladentisch steht „Steine-Jakob“, ein Zigarre zwischen den Zähnen, stets bereit, mit freundlichem Lächeln einem fragenden Auskunfts zu geben oder für einen nicht sehr begüterten Sammler einen Mindestpreis zu machen. Der „Steine-Jakob“ ist nämlich kein Geschäftsmann und hat es, obwohl kostbare Schätze durch seine Hände gingen, zu seinem Vermögen gebracht. Die Arbeiter, die ihm ihre Funde bringen, handeln nie mit ihm, denn sie wissen, daß er für die Sachen das zahlt, was sie wert sind. Als das Museum der Stadt London gegründet wurde, tat man einen vortrefflichen Griff, indem man sich diesen erfahrenen Schatzsucher als Inspektor sicherte, und sein Laden wurde von nun an die Vertretung für das Museum, dem er über 12 000 wertvolle Funde aus dem Londoner Boden zuführte. Das größte Ereignis in seinem Sammlerleben war, als vor einigen Jahren Erdarbeiter mit einem Sod in seinen Laden kamen und große Stücke verrosteter Erde auf dem Boden ausleerten. Als „Steine-Jakob“ sich den Fund näher besah, entdeckte er wundervolle Goldbleiben der Tudorzeit und kostbaren Schmuck der Stuart-Zeit, und später brachten ihm die Arbeiter noch eine Menge anderer Gold- und Edelstein-sachen. Damit war der größte Fund historischer Schmucke in England ans Licht gekommen; ein ganzer Raum des Londoner Museums ist jetzt damit angefüllt, und auch andere Sammlungen haben Stücke erhalten. Aus allen Teilen der Riesenstadt hat dieser Sammler seine Funde zusammengeschleppt. Einmal bekam er einen Brief von einem Arbeiter, der ihm mitteilte, er habe in der Themis in der Nähe der London-Brücke „altes Eisen“ gefunden. Lawrence fuhr sofort zu ihm hin und fand die Familie beim Essen an einem Tisch, auf dem ein Haufen von Stralaggen der Wäscher lag. Bald kamen dann auch Speere mit Silbererlagen, Janzen aus der Themis hervor und der einzige Anterhofen, der überhaupt in England von einem Wäscherboot gefunden worden ist.

hat in dieser Zeit vielerlei Veränderungen erfahren; man konnte nicht weniger als sechs Bauperioden nachweisen. An das Herrenhaus gliederte sich der landwirtschaftliche Betrieb: 11 kleinere Gebäude, so das Wohnhaus für das Gefinde, Stallungen, Trocken-speicher, Schuppen, Scheunen, lagen östlich im Halbkreis vor dem Hauptgebäude. Westlich schloß sich ein kleiner Park an und im Norden ein besonders abgeteilter Gemüsegarten. Der ganze Gutshof war von einer steinernen Mauer umgeben. Zu ihm gehörten auch zwei Grabfelder, in denen die Toten der verschiedenen Jahrhunderte verschiedenartig beigesetzt waren. Im 1. und 2. Jahrhundert hatte man die Toten verbrannt und mit allerlei Beigaben dann bestattet, während sie im 4. Jahrhundert in großen Sandstein-sarkophagen begraben wurden. In diesen Sarkophagen fand man nun zum erstenmal überraschenderweise all die Dinge, die beim Leichenschmaus benutzt worden waren und die zum Schluß, mit Speise und Trank gefüllt, dem Toten auf die Kiste ins Jenseits mitgegeben wurden. Neben einfachen kösternen Kochtöpfen wurden stattliche Bronzegefäße aus Licht gebracht, große Mengen von Gläsern, Schüsseln, Tellern, Laffen und Flaschen, darunter kostbare Stücke, wie eine stache Schale, auf der in Schliß und Gravierung eine Hasenjagd dargestellt ist. Bei zwei großen silbernen Höffeln entzifferte man die eingelegte Inschrift „Deo Gratias“, die danach zweifellos christlichen Ursprungs waren. In dieser Epoche, der zweiten Hälfte des 4. Jahrhunderts, hatte also das Christentum bereits die Oberhand gewonnen, aber uralte heidnische Vorstellungen haften noch tief in der Seele des Volkes. In einer Glasflasche fand sich eine Anzahl von Mäuseköpfen, die als eine Art „Baugeseg“ unter dem Steinarg mütgebunden worden waren, wohl um die Erdgeister, die die schwere Last des Sarges zu tragen hatten, zu versöhnen. Neben verschiedenen landwirtschaftlichen Geräten aus Metall sind auch zahlreiche Tierknochen gefunden worden, die auf das Vorhandensein von Dachshund, Dogge, Zwerghund und anderen Haustieren zur römischen Zeit im Rheinland hinweisen und den ersten sicheren Beweis für die Existenz der römischen Haus-farbe in Deutschland bringen, von der bisher erst Spuren aus fränkischen Gräbern des 6. und 7. Jahrhunderts bekannt waren.

Zolluntersuchung mit Röntgenstrahlen. Alle Personen, die in New York ankommen und bei denen die Zollbehörde irgendwelchen Argwohn hegt, werden von jetzt an mit Röntgenstrahlen durchleuchtet werden, wie einer der Inspektoren der amerikanischen Zollbehörden J. P. O'Connor mitteilt. Wenn unsere Agenten in Europa, so erklärt er, uns berichten, daß eine reiche Amerikanerin z. B. in Paris eine Menge Diamanten gekauft hat und sie die Steine bei der Zolluntersuchung nicht vorzeigt, dann werden wir sie einfach bitten, in einen besonderen Verstoß zu treten, den wir in den Zollkammern eingerichtet haben. Hier wird sie mit Röntgenstrahlen durchleuchtet und dadurch sieht man sofort, ob irgendwelche festen Gegenstände irgendwo an ihr verborgen sind. Hat sie einen Diamanten ver-schluckt, bevor sie das Schiff verließ, so wird man ihn genau feststellen können. Verbirgt sie ein Perlenhalsband in dem hohen Koll-sack ihrer Schuhe, so wird dieses so gut sichtbar sein, als wenn sie es am Hals trägt.

Kritik der Wirtschaft.

Reichskredit A.-G. über Lage und Aussichten der Volkswirtschaft.

Die außerordentlich sorgfältig ausgearbeiteten Halbjahresberichte der Reichskredit A.-G., der Zentralbank der wirtschaftlichen Unternehmungen des Reiches, werden mit Recht weit über die deutschen Grenzen hinaus studiert und beachtet. Der erste Halbjahresbericht für das Jahr 1928 kommt nach einer eindringenden Untersuchung der Wirtschaftsentwicklung des letzten Halbjahres im Zusammenhang mit der der Vorjahre zu einem für die Beurteilung der Lage und Aussichten der deutschen Volkswirtschaft sehr bemerkenswerten Ergebnis.

Der Bericht geht von der Annahme aus, daß die natürliche fortwährende Bevölkerungsvermehrung Deutschlands, der durch die internationale Konkurrenz erzwungene technische Fortschritt, ganz besonders aber die hohen nur für Deutschland charakteristischen fortwährenden Reparationslasten die deutsche Volkswirtschaft zu einem beschleunigten Wachstum zwingen. Deutschland habe in den letzten Jahren große Anstrengungen gemacht, um seinen Wachstumsbedarf zu befriedigen und gleichzeitig Reparationen zahlen zu können. Die Zahl der Erwerbstätigen sei schneller gewachsen als die Zahl der Bevölkerung. Die Leistung der Beschäftigten habe sich in einer großen Anzahl von Gewerbezweigen erhöht. Alle diese Bemühungen hätten aber nicht in demselben Umfang aufgenommen und zum Erfolg geführt werden können, wenn nicht durch das Ausland ein sehr beträchtlicher Teil der erforderlichen Kapitalien zur Verfügung gestellt worden wäre.

Trotzdem drohe eine Störung in der Entwicklung einzutreten, obwohl weder der große vorhandene Bedarf schon befriedigt, noch das Kapitalangebot des Auslandes nennenswert geringer geworden sei. Die Ursache dafür seien die großen Lasten aus dieser Kapitalbeschaffung, die infolge der Zinsdifferenz zwischen den ausländischen und deutschen Kapitalmärkten auf der deutschen Gesamtwirtschaft lasten. Die Aussichten für eine baldige Verringerung dieser Lasten seien gering, weil einmal in den Vereinigten Staaten von Nordamerika, dem wichtigsten Geldgeber Deutschlands, Kapitalnachfrage und Zinshöhe stiegen und weil zum anderen in England und Frankreich, die zwar bald in größerem Umfange Kapital ausleihen können, die Kapitalnachfrage in den letzten Jahren beträchtlich sein würde.

Es bestehe deshalb zurzeit die Gefahr, daß trotz großen Bedarfs die vorhandenen Produktionsanlagen nicht voll ausgenutzt werden können und die Kapitalbildung in Deutschland sinke. Das bedeute, besonders wenn der Export forciert werden soll, daß mit dem bisherigen Aufwand entsprechend mehr hergestellt und noch schneller — der Bericht sagt nicht „länger“ — und noch ökonomischer als bisher gearbeitet werden müsse. Die bisher erreichten Betriebsfortschritte reichten bei weitem nicht aus, um den laufenden und seit Jahren rückständigen Bedarf an Häusern, Maschinen- und Einrichtungen aller Art zu befriedigen und gleichzeitig alljährlich Reparationen in einer Höhe zu zahlen, die dem Herstellungswert des jährlichen Wohnungsbedarfes in Deutschland entsprechen.

Der Bericht wird auch den sozialen Tatsachen und Notwendigkeiten, die mit einer stärkeren Intensivierung der Arbeit verknüpft sind, mit einflussreichen Argumenten gerecht. Deutschland müsse den technischen Fortschritt noch mehr als bisher seinem Wiederaufbau nutzbar machen.

„Ohne sozialen Fortschritt ist aber technischer Fortschritt in der Gegenwart nicht möglich, ohne Verbrauchsverbesserung, Zukunftssicherung und Arbeitsvereinfachung auf die Dauer keine Leistungsförderung.“

Für die Entscheidung der Frage, wieviel Reparationen Deutschland zahlen könne, sei nicht allein der jährliche Kapitalzuwachs maßgebend. Ebenso wichtig sei das Verhältnis der Kapitalbildung zu den Bedürfnissen des Wachstums und des sozialen Fortschritts, wie sie sich aus dem Zwang zur Intensivierung durch den Bevölkerungszuwachs, durch die wachsende Konkurrenz und gerade durch die Reparationslasten selbst ergeben.

Eine Stelle des Berichts veranlaßt zu einer kritischen Bemerkung. Es wird gesagt, daß der drohenden Störung in der Aufwärtsentwicklung nur dadurch vorgebeugt werden könnte, daß Deutschland stärker auf den Weltmarkt gebe, „um dort das zu verdienen, was à fonds perdu“ (gemeint sind die Reparationen) „abgegeben werden müsse“. Der Warenaustausch mit dem Ausland ist auch im verstärkten Umfange zweifellos zu begrüßen. Es ist sicher auch richtig, daß die Intensität der deutschen Produktion noch gesteigert werden muß, um das zu erreichen. Das Absatzgebiet für den Verkauf deutscher Produkte dürfen wir aber heute noch weitgehend im Inland suchen. Die Aufnahmefähigkeit des inländischen Marktes leidet heute sehr darunter, daß die Produktionsproduktion in der gesamten deutschen Volkswirtschaft durch den vielfachen künstlichen Schutz von Rohstoffindustrien, besonders in der Landwirtschaft und in der Schwerindustrie, viel weniger gefördert wird als es möglich wäre. Die Krisis in der Schwerindustrie und in der Landwirtschaft hat weder mit den Reparationen noch mit der teuren Kapitalzufuhr allzu viel zu tun. Hier können gewaltige Kaufkraftreserven erschlossen werden, sobald die extensive Rohstoffwirtschaft in der Schwerindustrie und der Landwirtschaft zur Förderung der intensiven Verarbeitungs- und Bauernwirtschaft umgestellt wird. Um das zu erreichen, darf man allerdings die Preisgabe unwirtschaftlich gewordener Anlagen und Bewirtschaftungsformen nicht so fürchten, wie es bei den bisherigen deutschen Regierungen nach der Inflation durch die Rücksichtnahme auf einflussreiche Interessentenkreise der Fall war.

Also doch: Die vor einigen Wochen heftig umstrittene Absicht der Banken, für den Geschäftserfolg in Berlin bei den Banken Abendkassenstunden einzurichten, hat jetzt zu einer Kompromißlösung geführt. Bei der Bank des Berliner Kassenvereins (Hinter der Kaiserlichen Kirche 2) wird eine Abendkasse eröffnet, die an den Werktagen von 6 bis 8,30 Uhr abends für Einzahlungen der Bankentkündigung auf das Konto aller Mitgliedsbanken geöffnet sein wird. Der Verband Berliner Spezialgeschäfte hat den beteiligten Banken mitgeteilt, daß bei seinen Mitgliedern ein wesentliches Interesse an der Schaffung der Einrichtung besteht. — Die Öffentlichkeit würde sich auch für die Bedingungen interessieren, unter denen die beteiligten Bankgesellschaften diesen Abenddienst durchzuführen haben werden.

Handel mit Kalkulanten. Auf der Generalversammlung der Halleischen Kalkwerke A.-G. in Schlettau (Saale) wurde beschlossen, die Verkaufspreise an den Salzdehlfurt-Konzernen zu verlaufen. Zur Begründung wurde angeführt, daß infolge der Konzentration in der Kalkindustrie es für ein Werk mit kleinen Quoten schwer sei zu konkurrieren. — Der Salzdehlfurt-Konzern, neben Wintershall und Burbach bekanntlich die stärkste Gruppe, erfährt damit eine nicht unerhebliche Erweiterung seiner Beteiligung. Die Öffentlichkeit hat ein Interesse daran, zu erfahren, was mit den Werken der Halleischen Kalkgesellschaft geschehen wird. Im allgemeinen ist die Stilllegung des Schicksal von Werken, deren Quote an einen Großkonzern übergeht.

Faschistischer Imperialismus.

Die Eroberungszüge der Banca Commerciale Italiana.

Die Wirtschaftspolitik des faschistischen Italien zeigt nach außen ein Doppelgesicht: einerseits ist Italien stark auf die Einfuhr von Auslandskapital angewiesen und sucht insbesondere den Zustrom amerikanischen Kapitals mit vielen Mitteln zu fördern, andererseits treibt das italienische Kapital seinerseits in verstärkter Weise Expansion, und zwar vorwiegend im Mittelmeergebiet und in den Balkanländern.

Große ausländische Kapitaleinfuhr.

Daß seit Anfang des Jahres 1927 die Auslandsanleihen Italiens ein besonders großes Ausmaß angenommen haben, ist darauf zurückzuführen, daß die italienische Handelsbilanz in höherem Grad als in den Vorjahren passiv gewesen ist (d. h. die Einfuhr war bedeutend größer als die Ausfuhr), daß weiterhin die italienische Kapitalbildung etwas nachgelassen hat, — daß jedoch Italien wie andere Länder gezwungen ist, in Elektrizitätsanlagen, Straßen- und Bahnbauten usw. fortlaufend große Summen anzulegen.

In Verbindung mit dem gesteigerten italienischen Kapitalbedarf stehen einige Bankgründungen auf dem amerikanischen Kontinent. Anfang Juni wurde in New York die „Bancomit Corporation“ errichtet, ein Institut, das ausschließlich dazu bestimmt ist, italienische Werte (Aktien und Anleihen) an das amerikanische Kaufpublikum heranzubringen. Gründer dieses Institutes ist die „Banca Commerciale“, die mächtigste italienische Großbank, die in New York bereits vorher eine Filiale und außerdem eine Tochtergesellschaft unter dem Namen Banca Commerciale Italiana Trust Company hatte. Kurz vorher war ein ähnliches Institut, ebenfalls in New York, entstanden, nämlich eine Finanzierungs-gesellschaft, die der italienischen Regierung nahe zu stehen scheint. Gründer sind die Bank of Italy, eine italienische Amerikabank, die ihren Sitz in San Francisco hat, sowie die Banca d'America e d'Italia. Die letztgenannte Bank war ursprünglich in Neapel groß geworden, hat ihren Sitz nach Rom und vor kurzem nach Mailand verlegt; ihr Aktienkapital betrug bis jetzt 200 Mill. Lire, soll aber nunmehr auf 500 Mill. Lire erhöht werden. Vorsitzender des Aufsichtsrats dieser Bank ist der bekannte Professor Scialoja, der Italien verschiedentlich auf Völkerverbandsberatungen vertreten hat und u. a. auch in Locarno eine wichtige Rolle spielte.

Imperialistische Gründungen.

Während Auslandsgründungen dieser Art darauf hinweisen, wie stark Italien auf amerikanisches Kapital angewiesen ist, finden wir gleichzeitig eine ganze Reihe anderer Auslandsgründungen und -beteiligungen, die einen rein imperialistischen Charakter zeigen.

So hat z. B. die schon genannte Banca Commerciale Italiana vor einigen Wochen die Aktienmehrheit der Kroatischen Bank (Hrvatska Banka) in Zagreb erworben und ist augenblicklich dabei, die Leitung der Geschäfte dieser Bank zu übernehmen. Diese Bank ist eins der wichtigsten Kreditinstitute Jugoslawiens und finanziert insbesondere einen großen Teil der kroatischen Industrie. Es wird damit gerechnet, daß die Bank unter ihrer neuen Leitung eine große Aktivität entfalten wird. Damit ist es dieser italienischen

Großbank gelungen, in Jugoslawien, mit dem Italien seit Jahr und Tag halb auf dem Kriegsfuße steht, festen Fuß zu lassen und Einfluß auf die jugoslawische Wirtschaft zu nehmen.

Die Banca Commerciale scheint diese Expansion nach dem Balkan systematisch zu betreiben. Erst im April dieses Jahres errichtete sie eine Filiale in Athen. Noch einige Wochen vorher hatte sie sich an der Bulgarischen Hypothekbank kapitalmäßig beteiligt. Damit ist diese Bank zu einem der wichtigsten Kreditinstitute des Balkans geworden. In Bulgarien steht sie an der Spitze sämtlicher Auslandsbanken, ihre Tochtergesellschaft hat in drei großen bulgarischen Städten (Sofia, Warna und Burgas) Bankhäuser. In Rumänien besitzt sie die Banca Commerciale Italiana-Romana mit Niederlassungen in fünf Städten Rumäniens. Schließlich kontrolliert sie noch die Böhmisches Unionbank, die ihren Sitz in Prag hat.

Auch sonst hat diese Bank starke Auslandsinteressen, so besitzt sie z. B. eine Filiale in Konstantinopel, eine Tochtergesellschaft in Ägypten und eine andere in Tunis, eine weitere Untergesellschaft arbeitet in Südfrankreich, außerdem hat sie fünf Filialen in Frankreich und mindestens ein Duzend in den verschiedenen südamerikanischen Staaten. In Smyrna (Türkei) und Marokko sind weitere Tochtergesellschaften vorbereitet.

Wer ist die Banca Commerciale Italiana?

1894 wurde sie gegründet, und zwar ging die Initiative hierzu nicht vom italienischen, sondern vom deutschen Kapital aus. Die Deutsche Bank, die Disconto-Gesellschaft und die Dresdner Bank waren die Hauptbeteiligten. Der Zweck der Gründung war die Verstärkung der deutsch-italienischen Handelsbeziehungen.

Schon vor dem Kriege war aus diesem Institut eine beachtliche Großbank geworden, deren Aktienkapital 105 Mill. Lire betrug. Der deutsche Einfluß ist durch den Krieg nicht ganz ausgeschaltet. Inzwischen hat sie aber alle übrigen Großbanken Italiens überflügelt und beherrscht einen großen Teil der italienischen Industrie. Mit dem Chemie- und Bergwerkskonzern Montecatini, mit der Kunstseide-Gesellschaft Soie de Châtillon, mit dem Großreedereikapital (Navigazione Generale, Consulich Line, Mond Triefino), mit den führenden Unternehmungen der italienischen Kraftzeugung steht diese Bank heute in engster Verbindung. Ihr Aktienkapital beträgt gegenwärtig 700 Mill. Lire, ihre Reserven 500 Mill. Lire. 1927 erzielte sie einen Reingewinn von nicht weniger als 115 Mill. Lire und konnte trotz der in Italien herrschenden Wirtschaftskrise wie im Vorjahre 13 Proz. Dividende an ihre Aktionäre auszahlen.

Diese Bank ist gegenwärtig zweifellos der wichtigste Repräsentant des italienischen Finanzkapitals, und ihre Expansion nach Europa, Kleinasien und Nordafrika ist mit der italienischen Außenpolitik aufs engste verknüpft. Für die politische Wiederausdehnung Italiens, die immer von neuem zur Verschärfung internationaler Konflikte führt, bildet die wirtschaftliche Expansion der Banca Commerciale Italiana die Unterlage.

Abgelehnte Ferngaspläne.

Der Vizepräsident des Städtetags gegen Ruhrprojekt.

Im Rahmen einer kommunalwissenschaftlichen Vortragsreihe an der Universität Berlin sprach vor kurzem der Vizepräsident des Deutschen und Preussischen Städtetages, Herr Dr. Elias, über „Das Problem der Ferngasversorgung und die Kommunen“. Der heutigen dezentralisierten Bewirtschaftung durch die öffentliche Hand, die ihrem wirtschaftlichen Aufbau entsprechend konsumorientiert ist, stellt er die geplante Ferngasversorgung gegenüber, die an die Lage der in Deutschland vorhandenen Kohlenlager gebunden ist und daher eine Rohstofforientierung erkennen läßt.

Die Kalkulation und die Kosten müßten bei beiden Produktionsformen als gleich angenommen werden. Die Frage des Gasverkehrs über weite Strecken sei bisher noch nicht einwandfrei gelöst; einmal stehe die Rentabilität des Ferntransports noch nicht fest, dann sei ferner die Frage zu prüfen, ob und in welchem Maße die zum Transport benötigten Röhren durch Raphthalnasaureidungen in Mitleidenschaft gezogen werden. Zwingende technische und privatwirtschaftliche Gründe, von dem bisherigen System der dezentralisierten kommunalen Gasversorgung abzugehen, bestehen zurzeit nicht.

Diese Meinung wird bekräftigt durch wichtige volkswirtschaftliche Momente. Bei der bisherigen kommunalen Gasversorgung habe an erster Stelle die Sicherheit der Versorgung und ununterbrochene Belieferung der Konsumenten gestanden, zwei Faktoren, die bei der geplanten Ferngasversorgung keineswegs als feststehend übernommen werden könnten. Ferner sei zu berücksichtigen, daß bei zentraler Produktionsweise die eventuelle Ersparung an Gaskosten wieder durch erhöhte Transportkosten für Rohs von der Produktionsstelle zu den Konsumenten wettgemacht würden.

Der Vortragende erkannte an, daß trotz des hohen Eigenbedarfs der Zechenbetriebe die Ferngasversorgung in ausgesprochenen Kohlengebieten möglich und auch zweckmäßig sei. Für das übrige Reichsgebiet käme die Ferngasversorgung jedoch vorläufig nicht in Frage; volkswirtschaftliche Gründe, insbesondere die Frage der Sicherheit der Belieferung der Konsumenten, sprächen zunächst jedenfalls gegen ihre Einführung.

Hierzu treten noch Bedenken innen-, außenpolitischer und spezieller Art. Die Kohlengebiete Deutschlands befinden sich an den Rändern des Reiches, sind also einem eventuellen fremden Zugriff leicht erreichbar. Die Streikgefahr ist in mehreren kleineren Bezirken geringer als in dem geplanten einen großen Unternehmen.

Bei Betrachtung des Problems vom volkswirtschaftlichen Standpunkte gebühre daher der bisherigen dezentralisierten Gasversorgung, die zu einer Gruppenversorgung auszubauen wäre, der Vorzug.

Generalversammlung Dessauer Gas.

Auf der Generalversammlung der deutschen Continentalen Gasgesellschaft in Dessau hat Generaldirektor Saurat Hed, dessen Konkurrenzstellung gegenüber den Ferngasplänen der Ruhrzechen bekannt ist, natürlich auch für seine Gesellschaft die Trommel gerührt. Immerhin ist die von Dessau eingenommene Stellung in der Ferngasfrage wichtig und die Ausführungen von Hed trafen auf der anderen Seite manches Richtige. So ist es richtig, wenn er feststellt, daß die Preise eine große Aufwärtsarbeit geleistet habe, so daß die beteiligten öffentlichen Körperschaften sich ein eigenes

Urteil über die zur Entscheidung stehenden Fragen bilden können. Die Gesellschaft nehme — hier spricht der präoaktualistische Laktierer Hed — eine vollständig neutrale Haltung ein und verhalte sich auch nicht ablehnend gegen den Gasbezug aus Ankerzeilen, wo dieser wirtschaftlich günstig und betrieblich sicher zu erreichen sei. Von dem verschiedenen Gasversorgungsumrechnungen laßt er, sie stünden einmütig auf dem Standpunkt, daß es nicht zum Segen der Gasindustrie sei, wenn nach der Stilllegung der größeren Gaswerke an einer Stelle Deutschlands die gesamte Erzeugung kontrolliert und damit allmählich ein Produktionsmonopol aufgerichtet würde. Man müsse sich darüber klar sein, daß die Steigerung des Gasverbrauchs lange Zeiträume erfordere und bei Investitionen große Vorläufe notwendig sei. Es sei den Gaswerken gelungen, die Selbstkosten des Gases frei Behälter bis zu 3 Pf. pro Kubikmeter zu senken, womit der Zechengasbezug von der Ruhr für Mitteldeutschland und für Groß-Berlin jedes Interesse verliere.

Billigere Finanzierung.

Technische Einzelheiten eines zwischen der kubanischen Republik und einem New-Yorker Bankenkonzern abgeschlossenen Anleihevertrages über 60 Millionen Dollar könnten durch ihre Eigenart geeignet sein, auch in Deutschland Augen zu fesseln. Die große Anleihe dient zum Ausbau des kubanischen Landstrafensystems. Nach dem Anleiheertrag sollen die Bauunternehmer nur in dem Maße aus der Anleihe bezahlt werden, in dem ihre Arbeiten fortschreiten. Die Anleihe wird nicht sofort aufgelegt, sondern zunächst erhält die Regierung von Kuba im Umfang der jeweils anfallenden Zahlungsverpflichtungen einen Bankkredit, worauf erst nach der Durchführung der gesamten Arbeiten die Fünfhundert dieser Bankschuld in eine Anleihe Schuld erfolgt, aus deren Erlös die Bankschuld abgedeckt wird. Auf diese Weise braucht die Regierung von Kuba solange keine Anleihezinsen zu zahlen, als die Arbeiten noch nicht fertiggestellt sind, und die anderweitige Anlegung der noch nicht verwendbaren Anleihegelder wird überflüssig. Es handelt sich hier im Grunde um eine Verbindung des sogenannten „Revolving“ Kredites in einem einseitigen Vertrag mit einem Anleihekredit, eine Verbindung, die auch für die deutsche Kredit- und Kapitalbeschaffung, und zwar nicht nur im Ausland, verwendbar wäre.

Unterstützungen für Ruhlandverdränge. Wie der Amtliche Preussische Preßedienst mitteilt, können deutschstämmige Personen, die in unmittelbarem Zusammenhang mit dem durch den Frieden von Brest-Litowsk bedingten deutsch-russischen Krieg — nicht im Zusammenhang mit späteren kriegerischen oder revolutionären Ereignissen — aus dem Gebiet des ehemaligen russischen Reiches verdrängt worden sind, aus einem vom Reich zur Verfügung gestellten Betrage von 3 Millionen Mark eine Unterstützung erhalten. Das Gleiche gilt für unterhaltsberechtigter Angehöriger solcher Personen. Anträge auf Unterstützung sind bis spätestens 31. Juli an die Kreditgemeinschaft gemeinnütziger Selbsthilfegemeinschaften Deutschlands G.m.b.H., Berlin N. 24, Monbijouplatz 3, unter Verwendung des untengeteilt erhältlichen Bordrucks zu richten. Der Verdrängte muß in der Regel spätestens seit 1. Januar 1923 ohne wesentliche Unterbrechungen seinen Aufenthalt im Reichsgebiet haben. Die in der Hauptsache für den Wiederaufbau einer Existenz berechneten Unterstützungen sollen in der Regel bei Darlehen 1500, bei Beihilfen 500 M. betragen. Verdrängte, bei denen keine Aussicht besteht, sie durch eine solche Unterstützung aus der öffentlichen Fürsorge herauszunehmen, scheiden nach der amtlichen Verkaufbarung aus.